Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH, Trollenhagen

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009 EUR	2008 EUR
1. Umsatzerlöse	453.387,98	327.806,05
2. Sonstige betriebliche Erträge	467.131,57	572.031,53
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7.112,03	10.180,55
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	45.350,75	54.214,00
c) Abwassereinleitungsentgelt	8.065,94	24.731,67
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	252.302,25	291.578,96
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	45.348,67	49.643,55
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	436.271,43	608.152,23
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	244.343,24	238.193,10
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.736,02	10.178,65
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20,53	22,28
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-114.559,27	-366.700,11
10. Sonstige Steuern	327,38	345,73
11. Erträge aus Verlustübernahme	56.364,64	291.108,40
12. Jahresfehlbetrag	-58.522,01	-75.937,44
13. Verlustvortrag	0,00	20.438,01
14. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	58.522,01	96.375,45
15. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00

WIKOM AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
An die Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH,
Trollenhagen,

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrages i. V. mit § 13 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

320

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahres-

abschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse geben nach unserer Beurteilung zu wesentlichen Beanstandungen nur insoweit Anlass, als die Gesellschaft auch zukünftig auf die gesellschaftsvertraglich geregelten Betriebsmittelzuschüsse ihrer Gesellschafter angewiesen ist.

Schwerin, den 25. Juni 2010

321

WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

WIKOM Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT SIEGEL BERLIN Zweigniederlassung Schwerin

Eysert
Wirtschaftsprüfer

Diegelmann
Wirtschaftsprüferin

3 Arbeitsförderung, Qualifizierung, Jugend- und Sozialarbeit

- NEUMAB-WQG Wirtschaftsentwicklungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH
- Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gGmbH

NEUMAB-WQG Wirtschaftsentwicklungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH

Lagebericht der NEUMAB-WQG Wirtschaftsentwicklungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2009

A Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die NEUMAB-WQG mbH ist die Arbeitsfördergesellschaft der Stadt Neubrandenburg. Entsprechend ihrem Gesellschaftszweck organisiert sie Arbeitsgelegenheiten für arbeitslose Bürger der Stadt. Dabei finanziert sie sich vornehmlich aus Zuschüssen der ARGE „Vier-Tore-Job-Service" Neubrandenburg, des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Stadt Neubrandenburg. In geringem Umfang erwirtschaftet sie Eigenmittel aus sonstiger Geschäftstätigkeit.

1. Strategische Ausrichtung

Zum 01.01.2009 wurde durch die Gesellschaft das operative Geschäft des BIAB e.V. übernommen. Mit gleichem Datum fand ein Trägerwechsel für alle Maßnahmen, die bis zum 31.12.2008 durch den BIAB e.V. betreut wurden, statt. Damit verbunden war ein Zuwachs von 109 Maßnahmeteilnehmern in 34 Maßnahmen und die Neuanstellung von 4 bis dahin beim Verein angestellten Mitarbeitern.

Durch die Übernahme aller Aktivitäten erfolgte keine Rechtsnachfolge. Durch eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Gesellschaft und dem Verein wurde sicher gestellt, dass der Verein keine eigenen Arbeitsfördermaßnahmen mehr durchführen wird.

Im Zusammenhang mit der Aufgabenübernahme wurde der Geschäftssitz der Gesellschaft in die Kirschenallee 26 verlegt. Das Gebäude wurde von der Stadt zum Beginn des Geschäftsjahres angemietet. Durch die örtliche Nähe zu der bereits bestehenden Betriebsstätte in der Kirschenallee 30 konnten Wegezeiten und Fahrtkosten erheblich reduziert werden. Gleichzeitig konnten die Werkstattkapazitäten zusammengezogen und optimaler genutzt werden.

Das im Eigentum der Gesellschaft befindliche Gebäude in der Kruseshofer Straße soll weiter vermietet oder bei entsprechender Gelegenheit verkauft werden

Die durch eine bereits im Jahr 2006 durchgeführte Portfoliountersuchung aufgezeigten Synergien aus der Zusammenlegung der Verwaltungsaufgaben mit dem Sozial- und Jugendzentrum Hinteste Mühle gGmbH konnten auch im Geschäftsjahr 2009 nicht gehoben werden. Trotz intensiver Bemühungen seitens der Gesellschaft kam es zu keiner weiteren Zusammenarbeit.

Zum Jahresende wurden die Aktivitäten durch entsprechende Einflussnahme der Gesellschafterin zwar verstärkt, konnten aber nicht planmäßig zum 01.04.2010 abgeschlossen werden. Unter Anderem war die Anstellung eines neuen Geschäftsführers für das operative Geschäft geplant. Allerdings führten diesbezügliche Bemühungen der Gesellschafterin noch nicht zum Erfolg.

2. *Operatives Geschäft*

Die NEUMAB-WQG mbH betreute im Geschäftsjahr 2009 insgesamt 1061 Teilnehmer (Vorjahr 724) in 214 (165) Maßnahmen und gehörte damit zu den stärksten Partnern der ARGE „Vier-Tore-Job-Service" Neubrandenburg.

Unterteilt nach den unterschiedlichen Förderprogrammen stellte sich die Beschäftigungssituation im öffentlich geförderten Bereich wie folgt dar:

Art der Beschäftigung	2009		2008	
	Anzahl AK	Anzahl Maßn.	Anzahl AK	Anzahl Maßn.
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)	30	18	52	22
Arbeitsgelegenheiten mit Aufwandsentschädigung (MAE)	896	127	589	104
Arbeitsgelegenheiten mit Entgelt	109	44	80	36
Beschäftigungsverhältnisse nach § 16e SGB II	15	15	3	3
Kommunalkombi	11	10	0	0
	1061	214	724	165

Die in der Tabelle aufgeführten Arbeitskräftezahlen sind die absoluten Zahlen der Beschäftigungen. Maßnahmen, die über den Jahreswechsel 2008 / 2009 liefen, sind in beiden Jahresscheiben enthalten.

Die Beschäftigtenzahlen sind gegenüber dem Vorjahr um 46% gestiegen. In Spitzenzeiten waren bis zu 430 Beschäftigte im Unternehmen aktiv. Das war neben arbeitsmarktpolitischen Einflüssen eine direkte Folge der Überleitung aller Maßnahmen des BIAB e.V. Neubrandenburg, dessen kompletter Geschäftsbetrieb von der Gesellschaft zum 01.01.2009 übernommen wurde.

323

Die Förderung von sogenannten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) lief im ersten Quartal 2009 aus. Neue Maßnahmen wurden nicht mehr aufgelegt, da das Programm aus dem SGB II gestrichen wurde.

Die qualitativen Anforderungen an die Betreuung erwerbsloser Hilfedürftiger im Bereich der Arbeitsgelegenheiten mit Aufwandsentschädigung (MAE) stiegen im Berichtsjahr kontinuierlich an. Zu Beginn des Jahres 2009 wurden durch die ARGE Zielgruppen definiert, in die Arbeitslose mit vergleichbaren Vermittlungshemmnissen eingeordnet wurden.

Gleichzeitig wurde an alle Maßnahmeträger die Forderung erhoben, spezielle zielgruppenorientierte Projekte zu entwickeln, bei denen der Abbau von Defiziten konkreter angesteuert und die Reaktivierung brachliegender Kompetenzen bei den Teilnehmern gefördert werden. Die Erfüllung der in der Maßnahme vorgesehenen Arbeiten trat dabei zunehmend in den Hintergrund. Die Konsequenz daraus war, dass Quantität und Qualität in bestimmten Bereichen sanken und viele Tätigkeiten nur noch mit gewissen Einschränkungen erledigt werden konnten. Parallel wuchs der Aufwand für die Projektabstimmung, die Bearbeitung der Anträge und die Betreuung in den Maßnahmen erheblich an.

Für die Planung, Betreuung und Abrechnung aller Maßnahmen setzte die Gesellschaft im Jahresdurchschnitt 13 fest angestellte Mitarbeiter ein, die zum Teil (3,5 Mitarbeiterstellen) von dem BIAB e.V. mit den laufenden Projekten übernommen wurden. Bis zum Jahresende wurden 2 Vollzeitstellen aus Kostengründen abgebaut. Durch den Einsatz von Mitarbeitern, die über Entgeltmaßnahmen finanziert wurden, konnten Arbeitsinhalte anderweitig verteilt und zum Teil weiter ausgebaut werden. Unter Anderem wurde durch das Bundesprogramm Kommunal - Kombi das Angebot in der Seniorenbetreuung und der allgemeinen Beratung arbeitsloser Menschen am Standort Kirschenallee 26 weiter erweitert.

Im laufenden Geschäftsjahr konnten weitere Betätigungsfelder für erwerbslose Hilfebedürftige, die nach § 16e SGB II gefördert werden, entwickelt werden. Hierbei handelt es sich um einfache Reinigungsarbeiten an den selbst genutzten Immobilien und für ein ortsansässiges Unternehmen aus dem Messebau. Zum 4. Quartal konnte eine Kooperationsvereinbarung mit dem Veranstaltungszentrum der Stadt zu diversen Hilfsleistungen bei der Durchführung von Märkten und Großveranstaltungen abgeschlossen werden.

Aus den einzelnen Förderprogrammen wurden im Berichtsjahr folgende Zuschüsse gezahlt:

Art der Beschäftigung	Zuschüsse gesamt	davon Personalkosten	Sachkosten
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)	137.643,72 €	127.805,44 €	9.838,28 €
Arbeitsgelegenheiten (MAE)	566.021,05 €	*230.962,15* €	335.058,90 €
Arbeitsgelegenheiten mit Entgelt	553.983,78 €	495.381,07 €	58.602,71 €
Förderung nach § 16 e SGB II	126.161,16 €	126.161,16 €	0,00 €
Kommunal-Kombi	63.412,61 €	63.412,61 €	0,00 €
	1.447.222,32 €	1.043.722,43 €	403.499,89 €

Die kursiv dargestellten Personalkosten bei MAE sind Aufwandsentschädigungen, die als durchlaufende Posten nicht zur Finanzierung der Maßnahmen zur Verfügung stehen. Für die Förderungen nach § 16e SGB II und Kommunalkombi sind Eigenanteile zu erbringen, die nur zum Teil durch personenbezogene Zuschüsse der Stadt Neubrandenburg gegenfinanziert werden.

Aus den Sachkostenpauschalen sind vorrangig alle maßnahmebezogenen Aufwendungen zu finanzieren. Somit stand für die Bewältigung der Betreuungsaufgaben nur ein Anteil zur Verfügung, der nicht ausreichte, um die Overheadkosten in voller Höhe zu decken. Aus diesem Grund wurden durch die Stadt Neubrandenburg Projektfördermittel in einer Höhe von insgesamt 225 T€ (Vorjahr 182,7 T€) an die Gesellschaft ausgereicht.

Auch im Jahr 2009 wurden von der Gesellschaft Vermittlungen in den 1. Arbeitsmarkt vorgenommen bzw. begleitet. So konnten 30 Mitarbeiter (Vorjahr 34) durch aktive Einflussnahme eine Tätigkeit im 1. Arbeitsmarkt außerhalb der Gesellschaft finden.

3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Investitionen in Höhe von 7,7 T€ (Plan 6,0 T€) getätigt. Hierbei handelt es sich um Ersatzinvestitionen im Bereich geringwertiger Wirtschaftsgüter. Darunter fallen Anschaffungen von Software in Höhe von 2 T€ sowie Sachanlagen (Werkzeuge, Geräte, Büromöbel) in Höhe von 4,8 T€. Für die Fertigstellung der Absauganlage – Montage des Rohrleitungssystems – sind Ausgaben von 0,9 T€ entstanden.

B Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

1. Vermögenslage

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert und betrug zum Jahresende 283 T€. Das Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital finanziert.

Das Umlaufvermögen hat sich, im Wesentlichen durch einen hohen stichtagsbezogenen Kassenbestand, gegenüber dem Vorjahr um 121 T€ erhöht. Dieser ist auf erhebliche Vorauszahlungen von Lohnkostenzuschüssen und Mehraufwandsentschädigungen zum Jahresende zurück zu führen. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich im Verhältnis zum Vorjahr um 15 T€.

Das Eigenkapital der Gesellschaft reduzierte sich um den Jahresfehlbetrag von 3,7 T€. Die Eigenkapitalquote sank auf Grund des gestiegenen Bilanzvolumens gegenüber dem Vorjahr und betrug zum Stichtag 56,9 % (Vorjahr 66,8 %).

Die Rückstellungen wurden dem Bedarf angepasst. Sie erhöhten sich unter Anderem auf Grund notwendiger Steuerrückstellungen im Zusammenhang mit einer ungeklärten Rechtslage bezüglich der steuerlichen Behandlung der Einkünfte aus Grundstücksvermietung sowie höheren Rückstellungen zur Erfüllung von Aufbewahrungspflichten.

Die Verbindlichkeiten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr auf Grund der in 2008 notwendigen Neuveranlagung in der Umsatzsteuer.

2. Ertragslage

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2009 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 4 T€. Er lag damit annähernd im Plan (Wirtschaftplan 2009 = 0 T€).

Für die Darstellung der Erfolgsrechnung ist die Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten umgegliedert worden. Den Aufwendungen und Erträgen des Berichtsjahres wurden die entsprechenden Vorjahreszahlen gegenübergestellt.

	2009		2008		Änderung 2008-2009
	T€	%	T€	%	T€
Umsatzerlöse	253	14,8	416	26,6	-163
Bestandsveränderung	0	0,0	-110	-7,0	110
Andere betriebliche Erträge	1.457	85,2	1.257	80,4	200
Betriebsleistung	**1.710**	**100**	**1.563**	**100,0**	**147**
Materialaufwand	-38	-2,2	-50	-3,2	12
Personalaufwand	-1.269	-74,2	-1.129	-72,2	-140
Abschreibungen	-20	-1,2	-24	-1,5	4
Betriebssteuern	-7	-0,4	-6	-0,4	-1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-367	-21,5	-402	-25,7	35
Aufwendungen für die Betriebsleistung	**-1.701**	**-99,5**	**-1.611**	**-103,1**	**-90**
Betriebsergebnis	9	0,5	-48	-3,1	57
Zinsergebnis	0	0,0	6	0,4	-6
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-13	-0,7	19	1,2	-32
Jahresergebnis	-4	-0,2	-23	-1,5	19

Die Betriebsleistung hat sich gegenüber dem Vorjahr um 147 T€ erhöht. Dennoch blieb sie unter dem Planansatz (1.896 T€), da die Zuschüsse für geplante Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) durch die Rechtsänderung des SGB II nicht die prognostizierte Höhe erreichten. Die Umsatzerlöse sind zwar gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, liegen aber mit 80 T€ über dem Plan.

Die gegenüber dem Planansatz (1.483 T€) gesunkenen Personalkosten korrespondieren mit dem Rückgang bei den Zuschüssen für ABM. Alle anderen Aufwandspositionen liegen annähernd im geplanten Rahmen.

3. Finanzlage

Die Entwicklung der Finanzlage ist in folgender Kapitalflussrechnung dargestellt:

		2009	2008	Änderung 2008-2009
		T€	T€	T€
1.	Jahresfehlbetrag/-überschuss	-4	-23	
2.	Abschreibungen Anlagevermögen	20	24	
3.	Zuschreibungen Anlagevermögen	0	0	
4.	Abnahme langfristige Rückstellungen	0	0	
5.	Sonderposten SonderAfA	-5	-5	
	Cash flow	**11**	**-4**	**15**
6.	Ab- / Zunahme kurzfristige Rückstellungen	33	-16	
7.	Gewinn aus Anlageabgängen	0	-3	
8.	Ab- / Zunahme sonstige Aktiva	11	133	
9.	Ab- / Zunahme sonstige Passiva	85	-98	
	Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	**140**	**12**	**128**
10.	Einzahlungen aus Anlageabgängen	0	3	
11.	Auszahlungen für Anlageinvestitionen	-8	-23	
	Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	**-8**	**-20**	**12**
12.	Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	0	0	
13.	Auszahlungen an Gesellschafter	0	0	
	Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	**0**	**0**	**0**
	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	132	-8	
	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	272	280	
	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	**404**	**272**	**132**

Die Finanzierung des Unternehmens war im Berichtsjahr jederzeit aus eigener Liquidität gesichert. Die Liquidität der Gesellschaft stellte sich auf Grund der periodenfremden Zuschusszahlungen stichtagsbezogen außergewöhnlich gut dar:

		31.12.2009	31.12.2008
Liquidität 1. Grades	frei verfügbare liquide Mittel / kurzfristige Schulden	940%	259%
Liquidität 2. Grades	frei verfügbare liquide Mittel und kurzfristige Forderungen / kurzfristige Schulden	1.067%	319%

C Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, die die Entwicklung des Unternehmens nachhaltig negativ beeinflussen können und die bisherigen Darstellungen in Frage stellen.

D Risikobericht

Die Beurteilung der Risiken der Gesellschaft erfolgt regelmäßig auf der Basis eines seit mehreren Geschäftsjahren vorhandenen und bewährten Risikomanagementsystems, mit dessen Hilfe Risiken aus der normalen Geschäftstätigkeit überwacht werden. Hierzu zählen aktuelle betriebswirtschaftliche Auswertungen und ein monatliches Berichtswesen gegenüber der Geschäftsführung, das auch der Berichterstattung gegenüber der Führungsgesellschaft dient.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Einsatz von nach § 16 e SGB II geförderten Mitarbeitern auf dem ersten Arbeitsmarkt nehmen die damit verbundenen marktüblichen Risiken in Bezug auf Forderungsausfälle und Personalauslastung wieder etwas zu.

Das bei der Bewirtschaftung der Immobilie bestehende Risiko kann nicht wesentlich beeinflusst werden. Immerhin sind etwa 48 % der betriebseigenen Immobilie an einen Mieter vermietet. Regelmäßige Gespräche im Rahmen einer breiter angelegten Zusammenarbeit gewährleisten einen regen Informationsaustausch, aus dem gegenwärtig keine Erkenntnisse über aktuell bestehende Risiken vorliegen.

Soweit erkennbar, sind alle Risiken in ausreichendem Umfang versichert bzw. durch bilanzielle Vorsorge abgesichert. Auch wenn keine Garantie dafür besteht, dass insbesondere aus den vorgenannten Risiken trotz aller Vorsorge Schäden entstehen können, ist davon auszugehen, dass Schadensfälle keine Auswirkungen auf die Liquidität, Finanzlage und Ertragssituation der Gesellschaft haben, die deren Existenz gefährden.

E Prognosebericht

Die Planung für das Geschäftsjahr 2010, die im September 2009 erarbeitet wurde, basiert darauf, dass die NEUMAB-WQG mbH als eigenständige Gesellschaft erhalten bleibt. Sie ist von einer vorsichtigen Prognose in Bezug auf die Umsatz- und Ertragsentwicklung geprägt. Grundlage bildeten dabei die voraussichtlichen Zahlen für das Jahr 2009. Nach den vorliegenden Berechnungen ist für das laufende Geschäftsjahr von einem ausgeglichenen Ergebnis auszugehen.

Die vorläufigen Quartalszahlen für das erste Quartal 2010 liegen im Bereich der Erwartungen. Sie führen somit zu keinen Korrekturerfordernissen.

Wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, unterliegen die Maßnahmen und deren Finanzierung einer kaum berechenbaren Diskontinuität. Insbesondere die vorläufige Haushaltsführung bei der Bundesagentur für Arbeit führte bei der ARGE Neubrandenburg zum Jahresanfang zu erheblichen Verzögerungen bei der Bewilligung von Maßnahmen.

Durch die angestrebte Grundgesetzänderung sollen die ARGEn in ihrem Bestand gesichert werden. Nach aktuellen Informationen ist keine Veränderungen bei der ARGE „Vier-Tore-Job-Service" Neubrandenburg geplant. So ist von einer Kontinuität in der Geschäftbeziehung auszugehen, die sich gegebenenfalls auf den Großkreis ausweiten lässt.

In der Planung wurde davon ausgegangen, dass die Gesellschaft die Liegenschaft in der Kirschenallee 26 mittels Erbbaurechtsvertrag von der Stadt anmietet und das aufstehende Gebäude zum Verkehrswert (17 T€) erwirbt. Auch unter Berücksichtigung steigender Instandhaltungsaufwendungen tritt durch den Erwerb des Gebäudes eine durchschnittliche Kostenentlastung von ca. 15 T€ p. a. ein.

Durch die geplante Intensivierung der Zusammenarbeit mit der SJZ Hinterste Mühle gGmbH und die angestrebte Ausweitung der Geschäftstätigkeit im Bereich der Beschäftigungsverhältnisse nach § 16e SGB II ist durch den Gesellschafter die Anstellung eines neuen Geschäftsführers für das operative Geschäft vorgesehen. Durch die im Berichtjahr erneuerte Bestellung des alten Geschäftsführers ist eine planmäßige Fortführung der Geschäftstätigkeit auf absehbare Zeit gesichert.

Die Finanzierung des Unternehmens wird auch im Jahr 2010 jederzeit aus eigener Liquidität zu sichern sein.

Neubrandenburg, den 12.04.2010

Frank Nötzel
Geschäftsführer

Bilanz zum 31. Dezember 2009
NEUMAB - WQG Wirtschaftsentwicklungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH
(NEUMAB - WQG mbH)

Anlage 1

AKTIVA

	€	€	Vorjahr T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		12,00	0
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	258.576,55		268
2. Technische Anlagen und Maschinen	5.839,55		3
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.409,00		21
4. Anlagen im Bau	0,00		3
		282.825,10	
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		3.396,06	4
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15.537,54		1
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: € 0,00)			
2. Sonstige Vermögensgegenstände	59.636,16		84
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 20.378,30(Vorjahr: € 22.699,30)		75.173,70	
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren: € 7.426,30 (Vorjahr: € 12.622,30)			
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		403.495,48	272
C. Rechnungsabgrenzungsposten		7.037,37	7
		771.939,71	663

PASSIVA

	€	€	Vorjahr T€
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.600,00		26
II. Kapitalrücklage	23.008,13		23
III. Gewinnrücklagen			
andere Gewinnrücklagen	76.991,87		77
IV. Gewinnvortrag	316.993,67		340
V. Jahresfehlbetrag	3.679,69		23
		438.913,98	
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		11.598,00	12
C. Sonderposten mit Rücklageanteil		64.557,00	68
D. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	15.000,00		0
2. Sonstige Rückstellungen	41.690,00		24
		56.690,00	
E. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.036,22		16
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 9.036,22 (Vorjahr: € 15.659,54)			
2. Sonstige Verbindlichkeiten	33.274,07		89
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 33.274,07 (Vorjahr: € 89.015,27)		42.310,29	
- davon aus Steuern: € 9.676,49 (Vorjahr: € 74.207,57)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 140,33 (Vorjahr: € 142,14)			
F. Rechnungsabgrenzungsposten		157.870,44	11
		771.939,71	663

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009
NEUMAB - WQG Wirtschaftsentwicklungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH
(NEUMAB-WQG mbH)

	€	2009 €	Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse		252.897,81	416
2. Minderung des Bestands in Arbeit befindlicher Aufträge		0,00	110
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		691,20	0
4. Sonstige betriebliche Erträge - davon aus der Auflösung von Sonderposten: € 4.572,00 (Vorjahr: € 4.572,00)		1.455.819,85	1.257
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	29.680,07		39
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	8.360,58		11
		38.040,65	
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.057.615,57		933
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für			
- Altersversorgung und Unterstützung	211.365,62		196
davon für Altersversorgung: € 1.200,00 (Vorjahr: € 1.200,00)		1.268.981,19	
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		19.706,71	24
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		367.288,53	402
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.842,75	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		2.631,00	6
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		15.603,53	-36
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		12.541,77	-19
13. Sonstige Steuern		6.741,45	6
14. Jahresfehlbetrag		3.679,69	23

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der NEUMAB – WQG Wirtschaftsentwicklungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH Neubrandenburg (NEUMAB – WQG mbH) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 geprüft. Durch § 13 Abs. 3 KPG wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 Abs. 3 KPG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des gesetzlichen Vertreters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Waren (Müritz), 21. April 2010

Fidelis Revision GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

FIDELIS REVISION GMBH · WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT · STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT · WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT · SIEGEL · WAREN (MÜRITZ)

Wirtschaftsprüfer

Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gGmbH

Sozial- und Jugendzentrum
Hinterste Mühle gemeinnützige GmbH,
Neubrandenburg

Lagebericht zum Jahresabschluss 2009

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gemeinnützige GmbH (SJZ) ist eine gemeinnützige Gesellschaft im Sinne der Abgabenordnung §52ff. Auf der Grundlage ihres Gesellschaftsvertrages ist sie darauf gerichtet, gemeinnützige Inhalte zu fördern.
Der Gegenstand des Unternehmens ist die:

- Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Sinne des SGB VIII
- Förderung der Bildung und Erziehung
- Förderung der Kultur
- Förderung des Umwelt- und Landschaftsschutzes

Der Zweck des Unternehmens wird vor allem verwirklicht durch die Betreibung des Zentrums für Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit Hinterste Mühle und

- Projekte zur Förderung der beruflichen Bildung und Qualifizierung, z.B. berufsvorbereitende Maßnahmen
- Projekte zur Integration sozial Benachteiligter und Behinderter
- Projekte zur Förderung der Kultur
- Gestaltung und Pflege von Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten
- Arbeitstherapeutische Beschäftigung und berufs- und sozialpädagogische Betreuung von schwer vermittelbaren und zuvor längere Zeit arbeitslosen Personen, um dadurch deren Eingliederung in den normalen Arbeitsprozess zu fördern

Die Gesellschaft war auch 2009 entsprechend ihres Gesellschaftszwecks auf Zuwendungen der Kommune und Fördermittel des Landes und des Bundes angewiesen.
Sie nutzte die Vorteile des Gemeinnützigkeitsstatus bei der Umsetzung der vom Gesellschafter Stadt Neubrandenburg übertragenen Aufgaben:

- als Träger der Jugendarbeit gemäß §11 und Träger der Jugendsozialarbeit gemäß §13 SGB VIII auf der Grundlage von Zielvereinbarungen
- als anerkannte Einrichtung des Tierschutzes nach §11 Tierschutzgesetz für die Unterbringung von Großtieren (Pferden), Heim- und Haustieren
- als Umweltpartner und Träger des Projektes: „Tag der Umwelt - Bildung für nachhaltige Entwicklung" - dieses Projekt ist eine Festlegung der Arbeitsgruppe Lokale Agenda 21 der Stadt Neubrandenburg

Die Gesellschaft bewirtschaftet zwei Liegenschaften im Stadtgebiet Neubrandenburg im Auftrage der Kommune und im Rahmen der Verwirklichung ihrer gemeinnützigen satzungsmäßigen Zwecke.
Diese Liegenschaften bilden die Grundlage und die Grundstruktur für die Umsetzung des Unternehmensgegenstandes.

Die Gesellschaft bietet am Standort Hinterste Mühle Projekte der Kinder- und Jugendarbeit als stadtübergreifende Leistungen an, als spezifische Leistungen für die Sozialräume sowie für Besucher des Feriendorfes.
Zu den Projekten zählen:

- Medienprojekte auf der Basis von Computer- und Videoarbeiten
- Reiten für Benachteiligte und Behinderte
- Praktikumsstellen im Rahmen der Berufsfrühorientierung, Berufsausbildung, Studium
  (Garten, Gewächshaus, Tierhof, Hauswirtschaft im Feriendorf)
- Werkstattprojekte im künstlerisch- kreativen Bereich
- Sportlich- touristische Projekte als Angebot mit präventiver Prägung
- Offener Kinder- und Jugendtreff mit themenorientierten Veranstaltungen
- Kinder- und Jugenderholung (themenspezifische Kinderfeste, Betreuung von Tagesgruppen in den Ferien, Gestaltung von Ferienlagern, touristische und erlebnispädagogische Exkursionen)

Bestehende Angebote werden monatlich analysiert, aktualisiert und verändert.
Im Jahr 2009 wurden die Tagesangebote von 55.863 Kindern und Jugendlichen aktiv genutzt. Das Interesse der Kinder und Jugendlichen an praktischer Tätigkeit, am Ausprobieren eigener Fähigkeiten in Vorbereitung beruflicher Entscheidungen und das Interesse an einer sinnvollen Freizeitgestaltung wurde durch die Angebote aktiv unterstützt.
Ihr Praktikum führten 32 Jugendliche am Standort Hinterste Mühle durch, Schwerpunkt bildete der Tier- und Pferdehof.
Im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres waren 2 Jugendliche tätig.
Außerschulische Kurse und Projekte wurden im Natur- und Erlebnisbereich mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt.
Im laufenden Jahr nutzten 25.233 Kinder und Jugendliche die Angebote im Bereich UNKE (Umwelt- Natur- Kreativität).
An thematischen Veranstaltungen des Tier- und Pferdehofes nahmen 19.521 Kinder und Jugendliche teil, lernten artgerechte Tierhaltung vor Ort kennen und bekamen Fütterungs- und Pflegetipps für ihre Haustiere.
Im laufenden Jahr 2009 wurden 274 Tiere (Verwahrtiere, Fundtiere, Abgabetiere) auf dem Tierhof der Hintersten Mühle aufgenommen und versorgt.
Durch Sachspenden von Unternehmen aus der Region konnten Futterkosten eingespart werden.
Das Feriendorf an der Hintersten Mühle hat im Juni 2009 erfolgreich die 3 Sterne Klassifizierung verteidigt und wird als Zweckbetrieb im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit geführt. Die Übernachtungen werden von den Gästen in Verbindung mit Pauschalangeboten der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort gebucht.
Die gGmbH ist Mitglied im Schullandheimverband und in der Arbeitsgemeinschaft „Junges Land für junge Leute" des Landestourismusverbandes M/V.
Im Jahr 2009 haben 1.486 Gäste aus verschiedenen Bundesländern im Feriendorf übernachtet, das sind 318 Gäste weniger als 2008. Realisiert wurden 3.841 Übernachtungen, die durchschnittliche Verweildauer der Gäste stieg von 2,2 Tagen in 2008 auf 2,5 Tage in 2009.
In die Betreibung des Feriendorfes und die Umsetzung inhaltlicher Zielstellungen konnten geförderte Mitarbeiter einbezogen werden.
Die Gesellschaft hat auch 2009 Umsatzerlöse durch eigene wirtschaftliche Aktivitäten erzielt. Die Erlöse wurden überwiegend im Rahmen des Zweckbetriebes auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendarbeit erwirtschaftet. Weitere Inhalte werden der Ge-

sellschaft als Zweckbetrieb und damit zur Erwirtschaftung finanzieller Mittel im Rahmen der Gemeinnützigkeit nicht anerkannt.
Die Erhöhung der Auslastung des Feriendorfes war ein Schwerpunkt der Gesellschaft, um über diesen Zweckbetrieb weitere Umsatzerlöse zu erzielen und sie für satzungsmäßige Zwecke einzusetzen.
Die Gesellschaft beschäftigte im Jahr 2009 durchschnittlich 85 Arbeitnehmer in folgenden Gruppen:

- Angestellte unbefristet	11
- Mitarbeiter in Arbeitsbeschaffungsmaßnahme	1
- Geringfügig Beschäftigte	4
- befristet Beschäftigte	2
- Arbeitsgelegenheiten mit Entgelt	1
- Kommunal- Kombi	4
- Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung 1 Euro	62

Die Gesellschaft war auch im Jahr 2009 Träger von Fördermaßnahmen des Landes M/V sowie des Bundes und übernahm koordinierende Funktion bei der Umsetzung des SGB II in Form von Kommunal- Kombi- Maßnahmen für Betreuungsleistungen im Pflegeheim und an Schulen der Stadt.
Der prozentuale Anteil des kommunalen Zuschusses am Gesamthaushalt der Gesellschaft 2009 betrug 60 %.
Aufgrund der Standortbedingungen an der Hintersten Mühle und im Tierhof Kulturpark nutzt die Gesellschaft zusätzliche Fördermittel, um interessante Projekte für Kinder und Jugendliche und andere Zielgruppen anzubieten und den Standort für Besucher attraktiv zu machen.
Wichtige Synergieeffekte ergeben sich vor Ort und ermöglichen es, Praxispartner zu sein für den Einsatz von 32 Jugendlichen:

- Freiwilliges Ökologisches Jahr
- Praktikumsstelle während der Schul- und Ausbildungszeit
- Berufsfrühorientierung für Haupt- und Realschüler
- berufsvorbereitendes Jahr im Rahmen der Aus- und Weiterbildung

Die Gesellschaft nutzt zusätzliche Instrumentarien der aktiven Arbeitsmarktförderung für die inhaltliche Gestaltung ihrer Angebote, wie:

- offene Kinder- und Jugendarbeit einschließlich Behindertenarbeit
- Umweltbildung, Natur-, Tier- und Landschaftsschutz
- Erlebnistouristik
- Kinder- und Jugenderholung
- Tierhaltung, Tierpflege

Die Gesellschaft sichert durch die Projektarbeit eine hohe Beschäftigungsförderung und kann ihre thematischen Angebote erweitert anbieten auch zu Veranstaltungen im Stadtgebiet und an anderen Standorten. Die Öffnungszeiten am Standort Hinterste Mühle können flexibel gestaltet werden.

Der Jahresabschluss 2009 schließt mit einem Jahresüberschuss von 5.344,79 EUR ab.

Ertragslage

	2009	2008
	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	120	119
Sonstige Erträge	826	853
Gesamtleistung	**946**	**972**
Materialaufwand	16	17
Personalaufwand	597	572
Abschreibungen	49	53
Sonstige Aufwendungen	291	382
	953	**1.024**
Betriebsergebnis vor Zinsen	- 7	-52
Finanzergebnis	13	14
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6	-38
Sonstige Steuern	1	2
Jahresergebnis	5	**- 40**
Entnahme aus Rücklage	0	40
Einstellung in Rücklage	5	0
Bilanzgewinn	**0**	**0**

Vermögenslage

	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	TEUR
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	2
Sachanlagen	374	418
	375	**420**
Umlagevermögen		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1	2
Sonstige Vermögensgegenstände	5	4
Flüssige Mittel	433	371
	439	**377**
Rechnungsabgrenzungsposten	2	4
Gesamtvermögen	**816**	**801**
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	26	26
Kapitalrücklage	626	626
Gewinnrücklage	119	114
	771	**766**
Fremdkapital		
Rückstellungen	12	12
Kurzfristige Verbindlichkeiten	19	23
	31	**35**
Rechnungsabgrenzungsposten	14	0
Gesamtkapital	**816**	**801**

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 15 TEUR auf 816 TEUR erhöht.
Das Anlagevermögen hat sich um 45 TEUR verringert. Den Investitionen von 4 TEUR stehen planmäßige Abschreibungen in Höhe von 49 TEUR gegenüber.

Finanzlage

Deckungsverhältnis

	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	375	420
Eigenkapital	771	766
Überdeckung	**396**	**346**
Umlaufvermögen		
(incl. Rechnungsabgrenzung)	441	381
Rückstellung	12	12
Kurzfristige Verbindlichkeiten	19	23
Rechnungsabgrenzungsposten	14	0
Durch langfristige Mittel gedeckter Teil des Umlaufvermögens	**396**	**346**

Liquidität

	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	TEUR
Liquidität 1. Grades		
Flüssige Mittel	**433**	**371**
Kurzfristig fällige Verbindlichkeiten	**19**	**23**
Überdeckung	**414**	**348**
Liquidität 2. Grades		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögensgegenstände	**6**	**6**
Kurzfristige Rückstellungen	**12**	**12**
Überdeckung	**408**	**342**
Liquidität 3. Grades		
Vorräte, Rechnungsabgrenzung	**12**	**4**
Überdeckung	**396**	**346**

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2009 ausreichend gegeben.
Die Investitionen in Höhe von 4 TEUR wurden durch die Gesellschaft als Ersatzinvestitionen aus eigenen Mitteln gedeckt.
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden zum 31.12.2009 nicht. Der Finanzmittelbestand erhöhte sich um 62 TEUR von 371 TEUR am 31. 12. 2008 auf 433 TEUR am 31. 12. 2009.
Langfristig gebundene Vermögenswerte sind in vollem Umfang langfristig finanziert.

Die Aufstellung der nachfolgenden Kapitalflussrechnung hat als Ausgangspunkt einen Finanzmittelfonds, der sämtliche Zahlungsmittel des Unternehmens umfasst.
In der Kapitalflussrechnung werden alle Quellen dargestellt, aus denen der Finanzmittelfonds im Geschäftsjahr 2009 gespeist worden ist. Weiterhin wird aus der Kapitalflussrechnung die Verwendung der Finanzmittel ersichtlich.

Kapitalflussrechnung

	2009	**2008**
	TEUR	**TEUR**
Jahresergebnis	5	- 40
Abschreibungen Anlagevermögen	49	53
Veränderungen Rückstellungen	0	-23
Gewinn/Verlust aus Anlagenabgang	0	0
Jahres- Cash- Flow	**54**	**-10**
Erhöhung(-) Verminderung(+) Forderungen	2	-3
Erhöhung(-) Verminderung(+) Verbindlichkeiten	10	-6
Mittelzufluss/-abfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	**66**	**-19**
Auszahlungen für Anlageinvestitionen	-4	-8
Einzahlungen aus Anlagenabgängen	0	0
Mittelzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit	**-4**	**-8**
Mittelzufluss/-abfluss aus Finanzierungstätigkeit	**0**	**0**
Erhöhung(+) Verminderung(-) der nettoverfügbaren liquiden Mittel	**62**	**-27**
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten Stand am 01.01.	371	398
Stand am 31.12.	**433**	**371**

Risikobericht

Die Gesellschaft ist ein „non- profit- Unternehmen", das mit dem bestehenden Gesellschaftszweck auch in den nächsten Jahren auf Zuschüsse der Kommune und auf Spenden angewiesen ist.
Die Hinterste Mühle gemeinnützige GmbH hat ihren besonderen Status als gemeinnützige Gesellschaft.
Mit dem Freistellungsbescheid des Finanzamtes vom 26. Januar 2010 wurde die Gesellschaft von Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer fürs Jahr 2008 befreit.
Grundlage des Freistellungsbescheides ist der bestehende gemeinnützige Gesellschaftszweck und die tatsächliche Geschäftsführung nach § 63 Abgabenordnung, die mit den Satzungsbestimmungen im Einklang zu stehen hat.

Der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hängt allein von gewährten Zuschüssen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab.
Für die Finanzierung bestehender Strukturen benötigt die Gesellschaft einen jährlichen kommunalen Zuschuss.

Die Gesellschaft ist berechtigt für Projekte zur
- Förderung der Jugendhilfe
- und des Umweltschutzes

Spenden zu empfangen und Zuwendungsbestätigungen auszustellen nach amtlich vorgeschriebenen Vordrucken.

Seit 01.01.2005 gilt das SGB II. Fördermittel werden über die ARGE (Vier-, Tore-Job- Service Neubrandenburg) für Arbeitsgelegenheiten (AGH) ausgereicht. Die Gesellschaft ist Träger dieser Fördermittel für gemeinnützige Inhalte.
Die Projektförderung 2009 durch die Kommune, das Land und den Bund waren für das Fortbestehen der Gesellschaft und die Weiterentwicklung der inhaltlichen Aufgaben von entscheidender Bedeutung.
Geringere Zuschüsse der Kommune bedeuten, dass zunehmend Personal- und Betriebskosten von der Gesellschaft erwirtschaftet werden müssten, der bestehende gemeinnützige Gesellschaftszweck ermöglicht diese Eigenerwirtschaftung der Mittel jedoch nicht.

340

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich bis zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

Prognosebericht

Der Geschäftsbetrieb, die Bewirtschaftung des Standortes Hinterste Mühle, kann auf Dauer nur aufrechterhalten werden, wenn Zuschüsse in ausreichender Höhe kontinuierlich fließen.
Im Rahmen des Gesellschaftszwecks zusätzlich Fördermittel zu erschließen, eigene Einnahmen zu erwirtschaften und sie zielgerichtet entsprechend der satzungsmäßigen Zwecke einzusetzen, wird weiterhin als Schwerpunktaufgabe für den Fortbestand des Unternehmens gesehen. Außerdem wird eine Marketingkonzeption zur optimalen Auslastung der Kapazität des Feriendorfes „Hinterste Mühle" als Jugend- und Familienfreizeitstätte erarbeitet.

Neubrandenburg, den 30. April 2010

Regina Peters
Geschäftsführerin

Siegfried Scheffler
Geschäftsführer

341

Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gemeinnützige GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2009

AKTIVSEITE

		Geschäftsjahr Euro	Euro	Vorjahr Euro
A.	Anlagevermögen			
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände			
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.483,00	2.223,00
II.	Sachanlagen			
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	322.685,98		343.273,98
2.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	51.005,00	373.690,98	74.084,00
			375.173,98	419.580,98
B.	Umlaufvermögen			
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	818,08		2.152,79
2.	sonstige Vermögensgegenstände	4.729,22	5.547,30	4.173,08
II.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		432.958,17	371.480,40
C.	Rechnungsabgrenzungsposten		2.505,17	3.764,79
	Bilanzsumme		816.184,62	801.152,04

342

Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gemeinnützige GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2009

PASSIVSEITE

		Geschäftsjahr Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A.	Eigenkapital			
I.	Gezeichnetes Kapital		25.600,00	25.600,00
II.	Kapitalrücklage		626.332,55	626.332,55
III.	Gewinnrücklagen			
	andere Gewinnrücklagen		119.299,26	113.954,47
IV.	Bilanzgewinn/Bilanzverlust			
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	5.344,79		-39.935,69
	Einstellung in/ Entnahme aus Rücklagen	-5.344,79	0,00	39.935,69
			771.231,81	765.887,02
B.	Rückstellungen			
1.	sonstige Rückstellungen		12.358,92	12.270,91
C.	Verbindlichkeiten			
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen -davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 5.323,67 (€ 3.746,86)	5.323,67		3.746,86
2.	sonstige Verbindlichkeiten -davon aus Steuern € 6.721,69 (€ 6.254,83) -davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 0,53 (€ 1,04) -davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 13.970,22 (€ 19.247,25)	13.970,22	19.293,89	19.247,25
D.	Rechnungsabgrenzungsposten		13.300,00	0,00
	Bilanzsumme		816.184,62	801.152,04

343

Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gemeinnützige GmbH, Neubrandenburg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2009 bis 31.12.2009

		Geschäftsjahr Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1.	Umsatzerlöse		120.240,44	118.399,50
2.	Sonstige betriebliche Erträge		825.911,57	853.156,82
3.	Materialaufwand			
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren		16.300,42	16.719,71
4.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	503.004,11		477.289,02
b)	soziale Abgaben	94.085,58	597.089,69	94.275,43
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		48.581,34	53.380,21
6.	sonstige betriebliche Aufwendungen		290.649,97	382.121,87
7.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		13.160,41	13.964,69
8.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		6.691,00	-38.265,23
9.	sonstige Steuern		1.346,21	1.670,46
10.	Jahresergebnis		5.344,79	-39.935,69
11.	Einstellung in/ Entnahmen aus Rücklagen		5.344,79	39.935,69
12.	Bilanzgewinn/Bilanzverlust		0,00	0,00

F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

52 Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 14. Mai 2010 unter der Bedingung, dass die im vorliegenden Jahresabschluss dargestellte Einstellung des Jahresüberschusses 2009 in die anderen Gewinnrücklagen von der Gesellschafterversammlung beschlossen wird, den folgenden mit einem Zusatz versehenen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gemeinnützige GmbH, Neubrandenburg,

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Durch § 13 Abs. 3 KPG M-V n. F. wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 Abs. 3 KPG M-V n. F. unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler

berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen. Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir darauf hin, dass die Gesellschaft auch künftig auf öffentliche Zuschüsse angewiesen ist."

Schwerin, den 14. Mai 2010

DOMUS AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Zweigniederlassung Schwerin

Koberg
Wirtschaftsprüfer

Fietzek
Wirtschaftsprüfer

4 Kultur, Sport, Bildung

- Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH
- Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz
- ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen

Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH

Lagebericht
der Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH
für das Geschäftsjahr vom 01.01.2009 – 31.12.2009

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die VZN GmbH ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Stadt Neubrandenburg. Organisatorisch wird sie in der Säule I – NEUWOGES.img – der städtischen Gesellschaften mit der NEUWOGES als Führungsgesellschaft betreut. Der VZN GmbH obliegt es, die Aufgaben des Objektmanagements für die im eigenen Besitz vorhandenen bzw. für die gegenwärtig gepachteten Immobilien inklusive aller dazu notwendigen Nebengeschäfte zu übernehmen bzw. zu betreiben.
Gegenwärtig sind das die Objekte:

- Konzertkirche Neubrandenburg (gepachtet von der Stadt)
- Haus der Kultur und Bildung (HKB, Foyer, großer Saal, gepachtet von der NEUWOGES)
- Jahnsportforum (Eigenbestand der VZN GmbH)
- Stadthalle (gepachtet von der Stadt)
- Ticket-Service in der Stargarder Straße 17 (Gewerberaum gemietet; Teilung der Mietfläche mit Neubrandenburg Information/Stadtentwicklungsgesellschaft Neubrandenburg mbH)

Seit 2008 wurde der VZN GmbH die anteilige Bewirtschaftung des Gebäudes Große Krauthöferstr. 16 „Latücht" für Veranstaltungen übertragen. Die anhaltende Auseinandersetzung des Latücht e.V. mit der Stadt Neubrandenburg über Umfang und Inhalt der Förderung des Filmbetriebes in dieser Immobilie war nicht förderlich für das Image des Veranstaltungsobjektes. Die langjährige Vermietungspraxis des Vereins sowie der Streit über Raumaufteilung, Mobiliar und Techniknutzung haben der VZN GmbH bei einer kontinuierlichen Bindung von Zielgruppen an das Objekt geschadet.
Für das Jahr 2010 ist ein neuer Ansatz für die Bewirtschaftung erstellt. Dem Unternehmen wird das Objekt Große Krauthöferstr. 16 vollständig in die Bewirtschaftung gegeben. Analog der Verfahrensweise Konzertkirche kann dann über die VZN GmbH die Einmietung erfolgen.

Die Umstellung des Catering auf flexible Vertragsgestaltung mit einer Gruppe ausgewählter Gastronomiebetriebe bzw. mit den Caterern der Veranstalter hat zu steuerbarer Servicequalität geführt. Für die Folgejahre ist die VZN GmbH offen für neue Partner, aber unter Beibehaltung der vertraglichen Regelungen für den Cateringpool.

Im Auftrag der Gesellschafterin Stadt Neubrandenburg musste die VZN GmbH weiter neue Geschäftsfelder im laufenden Geschäftsjahr übernehmen. Ihrem Inhalt nach sind sie nicht auf die Prämissen des vom Gesellschafter gegenwärtig bestätigten Zielkonzeptes ausgerichtet.

Mit dem Standesamt der Stadt Neubrandenburg wurden 2009 im Zeitraum 30.04. bis 02.10.2009 28 Eheschließungen auf Belvedere technisch und organisatorisch abgesichert. Dazu wurde ein Vertragswerk erstellt, in Möbel und Beschallungstechnik investiert sowie eine Reihe von Subunternehmen gebunden, die die spezifischen Vorstellungen der Paare erfüllen halfen. Da ein großer Anteil der Paare, die sich auf Belvedere haben trauen lassen nicht aus Neubrandenburg kam, ist auch dieses Geschäftsfeld ein wichtiger Bestandteil des Marketings für Neubrandenburg.

Ab dem II. Quartal 2009 hatte sich die VZN GmbH der Vorbereitung und Durchführung des Weberglockenmarktes zu stellen. Vorgenannte Aufgaben sind der GmbH ohne zusätzliche Haushaltsmittel und Personal übertragen worden.

Für den Weberglockenmarkt (WGM) war die Kooperation mit dem Verein Meine Stadt e.V., der Sparkasse Neubrandenburg-Demmin, der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH sowie der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Weberglockenmarkt entscheidend bei der erfolgreichen Umsetzung des bewährten Konzeptes. Der überdurchschnittliche Einsatz der Mitarbeiter und Azubis der VZN GmbH hat die Weiterführung der Qualität ermöglicht. Für die Folgejahre ist in wichtigen Vertragsbereichen eine Neuorientierung notwendig. Dazu gehört auch die personelle Entwicklung der GmbH durch die Übernahme der Azubis in der Ausbildungsrichtung Fachkraft für Veranstaltungstechnik und Veranstaltungskaufmann.

Einnahmen/Besucherzahlen der Veranstaltungshäuser

	2008	2008	2009	2009
Veranstaltungshaus	**Einnahmen**	**Veranstaltungen**	**Einnahmen**	**Veranstaltungen**
	€	**Anzahl**	**€**	**Anzahl**
Konzertkirche	395.358	Veranstaltungen 117 Proben 163	343.715	Veranstaltungen 109 Proben 146
HKB	76.539	Veranstaltungen 62 Proben 52	87.276	Veranstaltungen 90 Proben 46
Stadthalle	303.951	Veranstaltungen 96 Trainingseinh. 342	276.781	Veranstaltungen 81 Trainingseinh. 342
Jahnsportforum mit Halle II	770.637	Veranstaltungen 36 Trainingseinh. 2.698	709.833	Veranstaltungen 33 Trainingseinh. 2.698
Krauthöferstr. 16	6.143	Veranstaltungen 19	4.142	Veranstaltungen 13
Sonst. Veranstaltungen (Belvedere, WGM)	0	0	135.919	Veranstaltungen 118

Entscheidend für die Geschäftstätigkeit des Unternehmens ist die Pflege der Zusammenarbeit mit langjährigen Partnern in Agenturen, Firmen und Vereinen. Daraus erwachsen 92 % der laufenden jährlichen Veranstaltungsverträge. Agenturen sind neben der Theater und Orchester GmbH und den Neubrandenburger Vereinen wichtigster Geschäftspartner. Für die Region ist es aber zunehmend problematisch, dass der Kreis der Partner seit Jahren nur geringfügig wechselt. Seit 2006 richtet die VZN GmbH verstärkt die Akquisition auf neue Agenturen und Veranstalter, die im Einzugsgebiet unserer Häuser agieren, aber noch nicht zu unseren Vertragspartnern gehören.
Diese Bemühungen brachten 2009 121 Veranstaltungen mit 11 neuen Vertragspartnern nach Neubrandenburg.

Die VZN GmbH führte im Jahr 2009 insgesamt 3.676 Veranstaltungen mit 327.731 Besuchern in allen vier Häusern und außer Haus durch. Die Gesamtzahl der Veranstaltungen in den von der VZN GmbH betriebenen Häusern ist im Vergleich zum Vorjahr in etwa konstant geblieben. Die Besucherzahlen waren aber vor allem in der Stadthalle und im Jahnsportforum rückläufig. Ein nachlassendes Besucherinteresse zeigte sich besonders bei Show- und Unterhaltungsveranstaltungen, außerdem verringerte sich der Anteil geselliger Veranstaltungen (Betriebsfeste).
Traditionelle Veranstaltungen, wie das NETTO-Herbstfest und der Presseball des Nordkuriers, wurden bei der VZN GmbH abgesagt. Partner der VZN GmbH hielten sich 2009 bei Messe- und Eventplanungen wegen mangelnder Besuchernachfrage stärker als sonst zurück. Veranstaltungsabsagen wegen Besuchermangels bei z.B. „Buddy", „Traummelodien der Volksmusik", „Die verzauberten Brüder" und die CITTI-Messe brachten Einbußen bei Mieteinnahmen.
Große sportliche Akzente wurden besonders im Jahnsportforum gesetzt. Sportliche Höhepunkte wie die Deutschen Hallenjugendmeisterschaften der Leichtathletik, ein Handballspiel der I. Bundesliga, eine ARD-Boxgala im Februar, ein Box-WM-Titelkampf im Mittelgewicht im September oder das Training ausländischer Sportler im August zur Vorbereitung auf die Leichtathletik-WM waren hier die herausragenden Ereignisse.

Der überregionale Messehöhepunkt war einmal mehr die 14. Handarbeitsbörse als Ausstellung für textile Kunst und Handarbeit mit über 100 Ausstellern aus 11 Bundesländern.
Mit dem Festival des Sports – MISSION OLYMPIC – Anfang Juli zeigte sich auch die VZN GmbH engagiert im Titelkampf um Deutschlands sportlichste Stadt. Dazu gehörten ein Kindersportfest im Jahnsportforum und ein Tanzfestival in der Stadthalle.

Insgesamt konnte die Anzahl der Veranstaltungen im HKB im Vergleich zum Vorjahr wieder erhöht werden, da die vorbereiteten Bau- und Umbaumaßnahmen 2009 nicht begonnen wurden.

Die Besucher der Konzertkirche konnten wir im Rahmen der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern und mit Konzerten des Neubrandenburger Jugendorchestertreffens NB Jot „Baltikum 2009" besonders begeistern.

Im Ticket-Service ist durch die saisonale Einrichtung eines Telefonarbeitsplatzes eine Verbesserung im Kundenservice erreicht und durch die qualitative Verbesserung des Internetzuganges für die fünf Ticketsysteme die Flexibilität in der Kundenbetreuung verbessert worden. Neu im Veranstaltungsmarketing sind die Internetaktivität der Kulturnews sowie ein neues Angebot im Veranstaltungskalender und die Werbeblocks vor Ort in der Stargarder Straße 17.

Für die optimale Veranstaltungsplanung wurde in 2009 die Betriebssoftware TERESA getestet. Die Veranstaltungsplanung für 2010 wurde bereits über dieses Betriebssystem vorgenommen.

2. Personalbereich

Bezeichnung	**2009 (Stand 31.12.)**	**2008 (Stand 31.12.)**
Geschäftsführer	2	2
Anzahl der Mitarbeiter	20	19
Auszubildende	2	3
Anzahl in VbE	22	22
Löhne und Gehälter (€)	780.919,81	765.534,03
Soziale Abgaben (€)	147.885,56	149.142,01
Altersversorgung (€)	24.220,58	23.969,56
Gesamt (€)	944.863,42	926.888,81

Die Erhöhung der Personalkosten gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus den Tariferhöhungen zum 01.01.2009 mit einer Einmalzahlung von 225,00 €/Mitarbeiter und
einer Steigerung um 2,8 %.

Die VZN GmbH ist in die Verbundausbildung der NEUWOGES.img integriert.
Veranstaltungstechniker und ab 2007 auch wieder Veranstaltungskaufleute gehören zum Ausbildungsprofil des Unternehmens. Seit September 2008 werden im Unternehmen 3 Veranstaltungstechniker und über die Verbundausbildung 3 Veranstaltungskaufleute ausgebildet.
In der GmbH sind aktuell zwei Verträge zur Altersteilzeit geschlossen. Davon ist eine Mitarbeiterin im März 2009 in die Freistellungsphase gegangen.

Lagebericht 2009
VZN GmbH

3. Wirtschaftliche Lage

3.1. Vermögenslage

Die Vermögenslage zeigt folgendes Bild:

	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€	Veränderung T€
Vermögen			
mittel- und langfristig gebunden	11.031	11.912	-881
kurzfristig gebunden	1.483	1.508	-25
Gesamtvermögen	**12.514**	**13.420**	**-906**
Kapital			
Eigenkapital	26	26	0
Kapitalrücklage	167	90	77
Sonderposten	6.802	7.390	-588
mittel- und langfristiges Fremdkapital	3.952	4.260	-308
kurzfristiges Fremdkapital	1.567	1.654	-87
Gesamtkapital	**12.514**	**13.420**	**-906**

3.2. Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft stellt sich stichtagsbezogen wie folgt dar:

	31.12.2009 %	31.12.2008 %
Liquidität 1. Grades	56,9	56,2
Liquidität 2. Grades	77,0	80,3
Liquidität 3. Grades	94,6	91,2

3.3. Umsatzerlöse und Ertragslage

	2009	2008
Erlösart	**€**	**€**
Veranstaltungen	71.205,75	82.010,98
Vermietungen	1.507.954,18	1.502.228,79
Sonst. Dienstleistungen	80.429,42	82.895,62
Gesamt	1.659.589,35	1.667.135,39

	2009 T€	2008 T€	Veränderung T€
Betriebsergebnis	-2.348	-2.292	-56
Finanzergebnis	20	35	-15
Geschäftsergebnis	-2.328	-2.257	-71
Neutrales Ergebnis	1.078	1.081	-3
Ertrag aus Verlustübernahme	1.250	1.176	74
Jahresergebnis	0	0	0

Unter Punkt 1 des Berichtes wurde bereits ausgeführt, dass das Unternehmen in 2009 neue Geschäftsfelder erschließen musste, ohne jedoch zusätzliche finanzielle und personelle Zuwendungen zu erhalten.

Die VZN GmbH ist trotz dieser Tatsache im vorgegebenen Rahmen der Zuschusshöhe für 2009 geblieben. Das zeugt in erster Linie davon, mit welchem großen persönlichen Einsatz alle Mitarbeiter sowohl im Bereich der Veranstaltungsakquisition als auch der Optimierung von Geschäftsprozessen an die zusätzlichen Projekte herangegangen sind. Weitere Reserven bestehen nun jedoch nicht mehr. Das Unternehmen mit der jetzigen Personalstärke kann ohne zusätzliches Personal keine weiteren Projekte mehr tragen, ansonsten würde unweigerlich die Qualität der Durchführung der Maßnahmen vermindert.
Zur Wirtschaftlichkeit der VZN GmbH kann festgestellt werden, dass auch die Vorgabe durch die Stadt Neubrandenburg, für die Planung 2010 insgesamt 20.000,- € einzusparen, eingearbeitet wurde, trotz der zusätzlichen Übernahme der Tourismusinformation.
Die Festlegung des Gesellschafters, Stadt Neubrandenburg, dass per 01.01.2010 die Tourismusinformation durch die VZN GmbH zu übernehmen ist, führt zur Erhöhung des Zuschusses bei verhältnismäßig geringen Möglichkeiten der Erlössteigerung.

Jahr	Zuschuss
2006	1.568 T€
2007	1.217 T€
2008	1.176 T€
2009	1.250 T€
2010 Plan	1.471 T€

Im Zuschuss enthalten sind 280 T€ (rd.23 %) für den jährlichen Zinsaufwand für das Jahnsportforum.
Für die Tilgung der Kreditverträge zum Jahnsportforum wurden weitere Mittel in Höhe von 322 T€ von der Stadt Neubrandenburg bereitgestellt.

4. Investitionen

Investitionen sind nach Maßgabe der Stadt Neubrandenburg nur für Leistungen und Anschaffungen eingesetzt, die den Betrieb der vier Veranstaltungshäuser sichern und um den Anforderungen der Veranstalter gerecht zu werden.
Für 2009 hat die Stadt Neubrandenburg 100 T€ als direkten Zuschuss für Investitionen bereitgestellt. Damit wurden die Zeitmesstechnik und die Kugelstoßanlage im JSF erneuert, Tische für Ballveranstaltungen angeschafft und das Objekt Belvedere mit entsprechendem Mobilar für die Trauungen ausgestattet.
Im Wirtschaftsjahr 2008 hat die Gesellschaft Vorbereitungen für den Bau eines spezifischen Werferkabinetts getroffen. Es dient dem Trainingsbetrieb der Kugelstoßer und Diskuswerfer und ermöglicht die Nutzung der Halle II im Jahnsportforum als Dreifelderhalle. Die VZN GmbH wird hierfür 500 T€ aus den investiv gebundenen Liquiditätsmitteln des Jahnsportforums bereitstellen. Mit Stand 31.12.2009 wurden Planungskosten in Höhe von 118,1 T€ finanziert. Im Oktober 2009 wurde durch das Innenministerium die Genehmigung für den Neubau eines Werferkabinetts erteilt. Der erste Spatenstich erfolgte am 18.12.2009.

5. Risiko- und Prognosebericht

Das Erkennen bestandsgefährdender Risiken ist ein Teil der Aufgaben der Geschäftsführung. In monatlichen Beratungen der Fachbereiche und der Geschäftsführung werden Probleme der Vertragsvorbereitung und –durchführung sowie vorausschauend die Auslastung der Veranstaltungshäuser besprochen.
Die betrieblichen Gegebenheiten und die Größenordnung der einzelnen Verträge lassen die Kontrollmaßnahmen im Sinne einer Früherkennung von Risiken handhaben. Des Weiteren wird das Unternehmen in die Revisionstätigkeit der NEUWOGES.img eingebunden.
Als Mitglied der Creditreform M-V und des Verbandes EVVC nutzen wir die Möglichkeit, Auskünfte über Geschäftspartner einzuholen.
Die Geschäftsführung sieht aktuell keine Risiken, die den Bestand der GmbH gefährden.
Die Kapitalstruktur und die Vermögenslage der Gesellschaft werden sich im laufenden Geschäftsjahr nicht nennenswert ändern. Auf die existentielle Abhängigkeit von den laufenden Zuschüssen durch die Stadt Neubrandenburg wird ausdrücklich hingewiesen.

Lagebericht 2009
VZN GmbH

Die Geschäftsentwicklung 2010 schließt in wichtigen Geschäftsfeldern an die Vorjahre an.
Für das HKB ist derzeit ein aktiver Veranstaltungsbetrieb bis Oktober 2010 geplant.
Auf die Stadthalle und die Konzertkirche richten sich die Bemühungen der VZN GmbH, Veranstaltungen die bislang im HKB stattfanden, abzusichern. Ein weiteres Ersatzobjekt für das HKB wird mit Unterstützung des Städtischen Immobilienmanagement gesucht.
Zum Ende des Jahres hat die VZN GmbH die Kündigung des Mietvertrages für das Objekt Stargarder Str. 17 (Ticketservice) erhalten. Es wurde zwischenzeitlich mit der Eigentümerin verhandelt, den Mietvertrag bis zur Fertigstellung der Modernisierungsmaßnahmen des HKB zu verlängern. Erste Gespräche sind mit der Vermieterin geführt worden und es besteht ein grundsätzliches Einverständnis zu weiteren Vermietung an die VZN GmbH. Im weiteren Verhandlungsverlauf sind nunmehr die Mietvertragskonditionen zu bestimmen.
Die Eheschließungen auf Belvedere sind bereits für 28 Veranstaltungen vorgeplant.

Neu strukturiert werden muss der Bereich Tourismusinformation. Durch die Einordnung der Tourismusinformation ab 01.01.2010 in das Unternehmen ist ein leistungsfähiger Bereich erforderlich, der in Abstimmung mit der Stadtverwaltung Neubrandenburg und den Verbänden, in denen Neubrandenburg zu vertreten ist, die Aufgaben umsetzt.

Durch die Gesellschafterin ist vorgesehen, im Geschäftsjahr 2010 das vollständige Stadtmarketing (ab 01.07.2010), die Bewirtschaftung des Marktplatzes einschließlich aller Veranstaltungsplätze der Stadt und die Organisation des Vier-Tore-Festes einschließlich der NDR-Sommertour der Gesellschaft zu übertragen. Hier wird auf Punkt 3.3. dieses Berichtes verwiesen. Satzungsmäßige Änderungen sind hier nach Auffassung der Geschäftsführung eine notwendige Voraussetzung, aber auch personelle und finanzielle Maßnahmen sind dann neu zu regeln.

Für die Geschäftsführung ist es derzeitig nicht möglich, die Zuordnung der Zuschüsse für die neuen Aufgabenfelder einzuschätzen.

352

Neubrandenburg, 30.03.2010

Gert-Herwig Rose
Geschäftsführer

Barbara Schimberg
Geschäftsführerin

Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2009

AKTIVSEITE

		Geschäftsjahr Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A.	Anlagevermögen			
I.	Immaterielle Vermögens-gegenstände		8,06	8,06
II.	Sachanlagen			
1.	Grundstücke, grundstücks-gleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.576.633,04		11.488.028,53
2.	Technische Anlagen und Maschinen	84.196,36		38.666,36
3.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	252.665,11		270.762,60
4.	Anlagen im Bau	118.084,09	11.031.578,60	114.532,21
			11.031.586,66	11.911.997,76
B.	Umlaufvermögen			
I.	Vorräte			
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		240,24	240,24
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen -davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00 (€ 0,00)	196.165,15		209.686,89
2.	sonstige Vermögensgegenstände -davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 20.370,14 (€ 30.555,22)	55.719,93	251.885,08	101.452,65
II.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		1.193.932,38	1.170.148,62
C.	Rechnungsabgrenzungsposten		36.662,33	26.674,93
	Bilanzsumme		12.514.306,69	13.420.201,09

Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH, Neubrandenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2009

PASSIVSEITE

		Geschäftsjahr Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A.	Eigenkapital			
I.	Gezeichnetes Kapital		25.600,00	25.600,00
II.	Kapitalrücklage		166.957,95	90.019,30
			192.557,95	115.619,30
B.	Sonderposten			
1.	Sonderposten für Investitionszuschüsse		6.801.849,20	7.390.147,53
C.	Rückstellungen			
1.	Steuerrückstellungen	2.000,00		2.000,00
2.	sonstige Rückstellungen	384.655,96	386.655,96	484.310,00
D.	Verbindlichkeiten			
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten -davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 320.349,12 (€ 320.593,55)	4.022.176,15		4.343.853,55
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen -davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 399.523,41 (€ 270.787,94)	399.523,41		270.787,94
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter -davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 2.771,35 (€ 76.938,65)	2.771,35		76.938,65
			4.424.470,91	
E.	Rechnungsabgrenzungsposten		708.772,67	736.544,12
	Bilanzsumme		12.514.306,69	13.420.201,09

Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH, Neubrandenburg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2009 bis 31.12.2009

		Geschäftsjahr Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1.	Umsatzerlöse		1.659.589,35	1.667.135,39
2.	Sonstige betriebliche Erträge		526.608,31	552.608,11
3.	Aufwendungen aus der Durchführung von Messen und Veranstaltungen		1.444.401,45	1.421.026,94
	Rohergebnis		741.696,21	798.716,56
4.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter	780.919,81		765.534,03
b)	soziale Abgaben	172.106,14	953.025,95	173.111,57
	davon für Altersversorgung € 24.220,58 (€ 23.969,56)			
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		994.659,85	991.518,08
6.	Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse		588.298,33	588.302,92
7.	sonstige betriebliche Aufwendungen		351.979,38	352.670,33
8.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		19.935,87	35.478,66
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		275.606,81	292.493,81
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-1.225.341,58	-1.152.829,68
11.	sonstige Steuern		24.787,07	23.131,67
12.	Jahresergebnis		-1.250.128,65	-1.175.961,35
13.	Erträge aus Verlustübernahme		1.250.128,65	1.175.961,35
14.	Bilanzgewinn/Bilanzverlust		0,00	0,00

F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

44 Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 21. Mai 2010 den folgenden mit einem Hinweis zu den wirtschaftlichen Verhältnissen versehenen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH,
Neubrandenburg,

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009 geprüft. Durch § 13 Abs. 3 KPG M-V n. F. wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 Abs. 3 KPG M-V n. F. unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für

die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen. Wir weisen aber darauf hin, dass zur Verlustdeckung und Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit regelmäßig Zuschüsse des Gesellschafters erforderlich sind."

Schwerin, den 21. Mai 2010

DOMUS AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Zweigniederlassung Schwerin

Koßarg
Wirtschaftsprüfer

Fietzek
Wirtschaftsprüfer

Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz

Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2009

Inhalt

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs (§ 289 Abs. 1 HGB)

1. Allgemeine Entwicklung und strukturelle Situation in M-V zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterlandschaft
2. Schwerpunkte der konzeptionell-künstlerischen Arbeit im Geschäftsjahr
3. Öffentlich-rechtlicher Vertrag (Theatervertrag) und Kooperationsverträge der GmbH
4. Betriebskostenzuschüsse
5. Investitionen
6. Finanzierungsmaßnahmen bzw. –vorhaben
7. Personal- und Sozialbereich

B. Darstellung der Lage (§ 289 Abs. 1 HGB)

C. Hinweise auf wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung (§ 289 Abs. 1 HGB)

1. Bestandsgefährdende Risiken
2. Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz und Ertragslage

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres (§ 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB)
2. Voraussichtliche Entwicklung (§ 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB)

358

A. DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS (§ 289 Abs. 1 HGB)

1. Allgemeine Entwicklung und strukturelle Situation in M-V zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterlandschaft

Auf der Jahreshauptversammlung des Deutschen Bühnenvereins am 6. Juni 2009 in Leipzig wurde die über Jahre anhaltende außerordentlich angespannte finanzielle Lage der Theater und Orchester in der Bundesrepublik analysiert. Diese Situation führte u. a. in den neuen Bundesländern, wie auch an der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg / Neustrelitz (nachfolgend GmbH), zu Haustarifverträgen. Die Jahreshauptversammlung hat die sich daraus ergebende Bedrohung des Ensemble- und Repertoirebetriebs ausführlich beraten und eine öffentliche Erklärung in Leipzig verabschiedet. Von 1995 bis 2009 gingen 7.000 Arbeitsplätze bei den Theatern und Orchestern in Deutschland verloren. Diese Entwicklung darf sich aus Sicht des Deutschen Bühnenvereins gerade angesichts der globalen Finanzkrise nicht fortsetzen.

Die globale Wirtschaftskrise führt zu rückläufigen Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen. Insgesamt ist für das Jahr 2009 mit einem Rückgang von 37,1 Mrd. Euro und im Jahr 2010 von 12,5 Mrd. Euro zusätzlich zu rechnen. Beim Bund gehen die Steuereinnahmen von 239,2 Mrd. Euro im Jahr 2009 auf 227 Mrd. Euro und im Jahr 2010 auf 215,7 Mrd. Euro zurück. Die Zahlen bei den Ländern betragen 221,9 Mrd. Euro (2008), 207,0 Mrd. Euro (2009) und 201,5 Mrd. Euro (2010). Bei den Gemeinden ist die Ausgangszahl 2008 77,0 Mrd. Euro, die 2009 auf 69,3 Mrd. und 2010 auf 66,5 Mrd. Euro zurückgeht. Prozentual haben hierbei die Kommunen die größte Einbuße beim kleinsten Betrag zu verkraften. Das vorgelegte Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist mit weiteren Einnahmeverlusten, die sich für die Länder auf 4 Mrd. Euro jährlich und für die Gemeinden auf jährlich 1,57 Mrd. Euro entwickeln, zu rechnen.

Angesichts des Rückgangs der Steuereinnahmen befürchten einzelne Kulturverbände weitere Kürzungen im Bereich der öffentlichen Kultur- und damit auch Theaterfinanzierung.

Die unverkennbare prekäre Situation der kommunalen Haushalte wird neue, tragfähige und zukunftssichernde Konzepte für Theater und Orchester erforderlich machen.

Der Deutsche Bühnenverein und die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sprechen sich für die Sicherung und Weiterentwicklung des Ensemble- und Repertoirebetriebes der Theater in Mecklenburg-Vorpommern aus. Für die Landesregierung ist mit dem durch das Kabinett am 25. August 2008 beschlossenen Strukturkonzept auch eine klare Steuerung von Finanzzuflüssen aus dem FAG gekoppelt. Mit dem Landesregierungskonzept „Weiterentwicklung von Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern 2020" positioniert sich die Landesregierung dahingehend, dass die vier die Struktur bestimmenden Mehrspartentheater Schwerin, Rostock, Stralsund/Greifswald und Neubrandenburg/Neustrelitz mit einer Verstetigung der derzeitigen Landesförderung in Höhe von 35,8 Mio. Euro bis zum Jahr

359

2020 rechnen können und gleichzeitig in die Verantwortung für Theater- und Konzertangebote schwerpunktmäßig genommen werden.

Am 21. Oktober 2009 beschloss der Landtag Mecklenburg-Vorpommern das Finanzausgleichsgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Mit dieser Beschlussfassung des Gesetzgebers wurden Richtung weisend Strukturentscheidungen für die Theater und Orchester des Landes Mecklenburg-Vorpommern fiskalisch geordnet.

Zum einen manifestiert der Gesetzgeber die Finanzausstattung durch das Land Mecklenburg-Vorpommern mit dem stabilen Fixbetrag in einer Höhe von 35,8 Mio. Euro für die Theater- und Orchesterstrukturen im Land Mecklenburg-Vorpommern bis 2020. Zum anderen wurde Struktur bestimmend durch den Gesetzgeber normiert, dass ab 1. Januar 2010 ausschließlich die die Struktur bestimmenden Mehrspartentheater an den Zuflüssen aus dem FAG partizipieren werden. Die Einsparten- und Bespieltheater Anklam, Parchim und die Deutsche Tanzkompanie können für das Jahr 2010 FAG-Mittel erhalten, unter der Maßgabe, dass tragfähige Kooperationen oder Fusionen mit einem Mehrspartentheater erfolgt sind. Nach der Beschlussfassung des Landtages zum FAG Mecklenburg-Vorpommern legte das Kabinett am 8. Dezember 2009 Eckpunkte zum ausgestaltenden FAG-Erlass (wirksam ab 1. Januar 2010) vor. Die mit Kabinettsbefassung erarbeitete Grundsystematik des FAG ab 1. Januar 2010 hält an der ablaufenden Systematik des FAG-Erlasses (bis 31.12.2009) für die produzierenden Mehrspartentheater fest. Maßgebliche Änderungen werden jedoch sein, dass der Grundbetrag für die produzierenden Mehrspartentheater nunmehr gleich gewichtet zu einem Viertel an die Rechtsträger ausgekehrt wird. Eine weitere wesentliche Änderung mit den neuen Eckwerten des FAG wird sein, dass leistungsbezogene Anreize stärker als mit den bisherigen Regelungen gesetzt werden. So wird die variable Zuweisungsgröße nach Besucherzahlen von derzeit 10 % auf 20 % aufgewichtet. Diesen Leistungsanreizen wird sich die GmbH stellen müssen.

360

Nach Beschluss der Gesellschafterversammlung der GmbH am 1. Dezember 2008 zum Perspektiv- und Sicherungskonzept wurde der Aufbau einer Theater und Orchester Holdingstruktur weiter verfolgt. Die Geschäftsführung folgte der Aufgabe der Gesellschafter, die Umsetzung der ersten Stufe des Landesregierungskonzeptes – verstärkte regionale Vernetzung – zu sondieren und der Gesellschafterversammlung beschlussreif anzutragen.

Nach Verhandlungen mit dem Stiftungsrat der Deutschen Tanzkompanie wurden notwendige gesellschaftsrechtliche Vorkehrungen zur Errichtung einer gemeinsamen Tochter, der Deutschen Tanzkompanie gemeinnützige GmbH, Neustrelitz, mit 51%igen Mehrheitsverhältnissen bei der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg / Neustrelitz abgeschlossen. Die Gesellschafterversammlung der GmbH beschloss am 15. Dezember 2009 den Gesellschaftsvertrag der Tochter Deutsche Tanzkompanie gemeinnützige GmbH, Neustrelitz. Weiter beschloss die Gesellschafterversammlung am 15. Dezember 2009 als Binnenregulat die Beteiligungsvereinbarung zwischen der GmbH und ihrer Tochter Deutsche Tanzkompanie gGmbH mit Inkraftsetzung zum 1. Januar 2010.

2. Schwerpunkte der konzeptionell-künstlerischen Arbeit im Geschäftsjahr

NEULAND

Mit gewachsenem Selbstbewusstsein, mit großer Ausstrahlung im Norden, setzten unsere Sparten weiter nachhaltige künstlerische Akzente in Mecklenburg-Vorpommern. Zwischen hoher Kunst sowie theater- und musikkultureller Basisarbeit bewegten sich unsere Ensembles durch ein wertvolles, vielschichtiges Theater- und Konzertjahr.

Theater setzt in Bewegung. Betritt Neuland. Aus dem Theater kommen Anstöße zu neuen Ideen, künstlerisch und wirtschaftlich. Damit hier schöpferische Dynamik entfaltet werden kann, braucht das Theater einen festen Platz im Leben unserer Städte unserer gesamten Region. Theater- und Orchester-, Verwaltungs- und Gebietsreform machen es uns nicht leicht; dieser Boden ist unwegsam, und wir begeben uns auf genau dieses **NEULAND**. Krise: kein Begriff war in letzter Zeit häufiger zu hören. Im gesamtgesellschaftlichen, wie regionalen Umfeld. Alle sind sich einig: "Das Resultat der jetzigen Krise kann nur eine neue Krise sein, bzw. das Außerkraftsetzen der Endkrise durch permanente Krise sein. Zur Maßlosigkeit gehört, dass man nicht einmal mehr sagen kann, in welcher Dimension man sie sich vorstellen soll. Daraus folgt alles Übrige, vor allem das Gefühl einer bodenlosen Werte-Inflation, die sich nicht nur auf ökonomische Güter, sondern auf sämtliche Wertskalen bezieht.

361

NEULAND hieß unsere Spielzeit 2009, wir stellen uns Themen, die versuchen die Welt in ihrer Gänze zu erfassen, die unserer Gegenwart mehr Raum gibt, als bisher. Neugier auf Veränderung ist Grundvoraussetzung zur Bewältigung unserer immer wieder erschütterbaren Gegenwart, die die Balance zwischen Erneuern und Bewahren sucht. Religiöse, gesellschaftliche und individuelle Konflikte prallen aufeinander und zeigen immer wieder den Menschen, der sich nicht anpassen will, der seine Freiheit, seine Würde und vor allem seinen humanen Anspruch behauptet. In einer Inflationskultur können Menschen nicht so verrückt sein, wie das System. Der Wahnsinn ist offenbar aus den Personen ausgelagert worden. Wir haben auf unseren Bühnen Zeit mit unserem Publikum verbracht, Zeit, die das Wertvollste ist, das wir gemeinsam teilen, wir haben 2009 ein Stück **NEULAND** betreten.

Die Premieren (Auswahl):

19.09.2009 Landestheater Neustrelitz
Bis dass das Geld uns scheidet
Die Irre von Chaillot – Schauspiel von Jean Giraudoux

10.10.2009 Landestheater Neustrelitz
Carmen - Oper von Georges Bizet

18.11.2009 Landestheater Neustrelitz
Die Biene Maja - Märchen - Musiktheater

21.11.2009 Marstall am Landestheater Neustrelitz
Die wahre Geschichte des Ah Q – Schauspiel von Christoph Hein

28.11.09 Landestheater Neustrelitz
Guten Rutsch! - Komödie von Monika Hirschle

28.11.2009 Schauspielhaus Neubrandenburg
Agrippina - Oper von Georg Friedrich Händel

06.02.2010 Schauspielhaus Neubrandenburg
Sechs Tanzstunden in sechs Wochen - Boulevardkomödie von Richard Alfieri

20.02.2010 Marstall Neustrelitz
Sechzehn Verletzte - Schauspiel von Eliam Kraiem

27.02.2010 Landestheater Neustrelitz
Wie es euch gefällt - Komödie von William Shakespeare

27.03.2010 Landestheater Neustrelitz
Gasparone - Operette von Carl Millöcker

01.05.2010 Landestheater Neustrelitz
„Wir wollen niemals auseinandergehn" Eine deutsche Familienfeier - Liederabend Schauspiel

22.05.2010 Landestheater Neustrelitz
Ein Käfig voller Narren - Musical von Jerry Herman

12.06.2010 SchlossgartenFestspiele Neustrelitz
Pippi Langstrumpf - Schauspielmusical von Astrid Lindgren

19.06.2010 Schauspielhaus Neubrandenburg
Außer Kontrolle - Komödie von Ray Cooney

SchlossgartenFestspiele Neustrelitz
02.07.2010 LUISE – Königin der Herzen
2010 gedenkt Mecklenburg der Königin Luise, jährt sich doch in diesem Jahr zum zweihundertsten Male der Todestag dieser charismatischen Herrscherfigur.

Und außerdem fand die Reihe „Nachtschwärmer" ihren Anfang: Schauspieler stellen sich vor.

Das Konzertjahr (Auswahl):

Festkonzert zum Tag der deutschen Einheit
3. Land Fleesensee-Konzert - „Golf & Classic"

Konzerte zum Jahreswechsel
Ausschnitte aus berühmten Bühnenwerken von Mozart, Smetana, Bizet, Gershwin, Strauß, Lehár u.a. - Dirigentin / Moderation: Romely Pfund

27. Neubrandenburger Konzertnacht - „Jubilate: Händel – Haydn – Mendelssohn"
28. Neubrandenburger Konzertnacht - "Bravissimo" (artists in residence)
29. Neubrandenburger Konzertnacht - „Simsalabim"
30. Neubrandenburger Konzertnacht - „World Music: Cello & Sitar"

362

1. PHILHARMONISCHES KONZERT
„Perpetuum mobile“

2. PHILHARMONISCHES KONZERT
Ludwig van Beethoven: Sinfonie Nr. 1 C-Dur op. 21
Ludwig van Beethoven: Ouvertüre zu Goethes Trauerspiel „Egmont“ f-Moll op. 84

3. PHILHARMONISCHES KONZERT
Giuseppe Martucci: Klavierkonzert B-Dur op. 66
Giuseppe Martucci: Sinfonie Nr. 2 F-Dur op. 81
Solist: Pietro Massa, Klavier

4. PHILHARMONISCHES KONZERT
Detlev Glanert: „Argentum et aurum“,
geistliches Konzert nach Heinrich Isaak (2004)
Joaquin Rodrigo: Concierto de Aranjuez für Harfe und Orchester

5. PHILHARMONISCHES KONZERT
Franz Schubert: Sinfonie h-Moll D 759 („Unvollendete“)
Robert Schumann: Klavierkonzert a-Moll op. 54
Gustav Mahler: „Blumine“.

6. PHILHARMONISCHES KONZERT (artists in residence)
Philip Glass: Company für Streichorchester

7. PHILHARMONISCHES KONZERT
Jean Francaix : Thème et variations
Richard Strauss: Oboenkonzert
Max Reger: Vier Tondichtungen nach Arnold Böcklin op. 128

8. PHILHARMONISCHES KONZERT
Emilie Mayer: « Faust-Ouvertüre » op. 46

9. PHILHARMONISCHES KONZERT
Robert Schumann: Violoncellokonzert a-Moll op. 129
Gustav Mahler: Sinfonie Nr. 1 D-Dur
Solist: Trey Lee, Violoncello

10. PHILHARMONISCHES KONZERT
Zhenmin Xu: "Night Moon at Maple Bridge"

Daneben fanden verschiedene Sonntagskonzerte, Festivalkonzerte, Schulkonzerte, das bewährte Silvesterkonzert sowie das Sommerkonzert im Schlosspark in Neustrelitz statt. Vielfältige Kammermusikangebote erweitern das breite Spektrum des Konzertangebots der Neubrandenburger Philharmonie. Des Weiteren erlebte unser Publikum: Musikalische Radtour, Philharmonieball, Benefizkonzerte, Kammermusik im Müritzeum Waren, Familienkonzert, Unterwegs, Adventskonzerte und ein Festkonzert zum 200. Geburtstag von Fritz Reuter.

Die künstlerischen Vorstände der „Theater und Orchester GmbH“ sind:
Ralf-Peter Schulze, Intendant;
Romely Pfund, Operndirektorin und musikalische Oberleiterin;
Annett Wöhlert, Oberspielleiterin Schauspiel;
GMD Stefan Malzew, Chefdirigent.

363

3. Öffentlich-rechtlicher Vertrag (Theatervertrag) und Kooperationsverträge der GmbH

Der öffentlich-rechtliche Vertrag (Theatervertrag) läuft zum 31.12.2009 aus. Vor dem Hintergrund, dass die Grundfinanzierung der GmbH über öffentliche Mittel erfolgt, haben die Gesellschafter die Geschäftsführung beauftragt, hinreichend Sorge zu tragen, ab 01.01.2010 eine Fortsetzung des Vertragsverhältnisses mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern für die Grundfinanzierung der GmbH sicherzustellen. Entsprechende Beschlüsse der Vertretungen der Kerngesellschafter Neubrandenburg, Mecklenburg-Strelitz und Neustrelitz erfolgten im April/Mai 2008. Nach Verhandlungen mit der Landesregierung wurde ein neuer öffentlich-rechtlicher Vertrag (Theatervertrag) unterschriftsreif vorgelegt und am 9. Juli 2009 durch die Landesregierung, vertreten durch Kultus- und Innenminister, und durch die Kerngesellschafter Mecklenburg-Strelitz und Neustrelitz unterzeichnet. Mit dem neuen Theatervertrag ist für die Laufzeit vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2013 für vier Jahre eine finanzielle Konditionierung für die Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg / Neustrelitz gegeben. Das Land bindet sich mit diesem Theatervertrag, Aufwendungen der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg / Neustrelitz bzw. der späteren Holding im Kulturkooperationsraum aufzubringen. Die Zuweisungen des Landes nach dem Finanzausgleichsgesetz in der jeweilig aktuellen Fassung sind gebunden an betriebswirtschaftliche Zielvorgaben für die GmbH. So ist u. a. eine Prämisse, dass über die GmbH möglichst Holdingfunktionen für zu unterhaltende Töchter sichergestellt werden. Die Landesregierung erklärt ebenfalls mit dem abgeschlossenen Theatervertrag, temporär fusionsbedingte Folgekosten anteilig nach den Maßgaben des jeweils aktuellen FAG-Erlasses mit zu finanzieren. Die künstlerisch-kulturpolitischen Zielstellungen wurden durch die vertragsschließenden Seiten weiter entwickelt. Hierzu zählt u. a. auch, weitere überregionale Kooperationsbeziehungen, u. a. mit der Hochschule für Musik und Theater Rostock, der Hochschule Neubrandenburg, der Musikakademie Rheinsberg und der Euroregion Pomerania, aufzubauen.

Für die strategische Ausrichtung der GmbH wurden 2009 maßgebliche weitere Grundlagen im Rahmen von Kooperationsverträgen abgeschlossen. Mit dem Landkreis Güstrow erfolgte die Unterzeichnung des Kooperationsvertrages für die verantwortliche Bespielung des Ernst-Barlach-Theaters Güstrow von der GmbH am 15. Juni 2009. Mit der Vorpommerschen Landesbühne Anklam wurde am 21. Dezember 2009 ein tragfähiger wirtschaftlicher und künstlerischer Kooperationsvertrag abgeschlossen.

Dieser Kooperationsvertrag führt die GmbH und die Theater Vorpommern GmbH als gemeinsamer Kooperationspartner in eine Vertragsbeziehung mit der Vorpommerschen Landesbühne Anklam. Intention beider Kooperationsverträge ist es, eine stärkere regionale Vernetzung zwischen den Theatern aufzubauen und entsprechende sowohl wirtschaftliche als auch künstlerische Synergien für die Theater zu generieren. So wird mit dem Kooperationsvertrag für die Bespielung des Ernst-Barlach-Theaters Güstrow sichergestellt, dass ein spartenübergreifendes Theater- und Konzertangebot in der Ernst-Barlach-Stadt Güstrow durch die GmbH sichergestellt wird. Dieses geht weit über die in den zurückliegenden Jahren bereitgestellten 10 Philharmonischen Konzerte im Rahmen der Konzertreihe am Ernst-Barlach-Theater Güstrow hinaus. Die Kooperationsbeziehungen mit der Vorpommerschen Landesbühne Anklam werden zu einem Produktionsaustausch zwischen den beteiligten Bühnen führen und entsprechende Effekte auch über das FAG im Bereich der variablen Parameter des FAG-Erlasses für die beteiligten Bühnen nach sich ziehen.

394

Da die Grundfinanzierung der GmbH zu 90 % über Bereitstellung öffentlicher Mittel erfolgt, ist eine entsprechende betriebswirtschaftliche Orientierung an den entsprechenden Leistungsparametern der öffentlichen Finanzierung unabdingbar. Der für das Jahr 2009 wirkende FAG-Erlass kehrt Zuflüsse aus dem FAG gegenüber den produzierenden Mehrspartentheatern nach den Parametern
- 50%iger Grundbetrag
- 25 % Einwohner der Region
- 5 % Gesamtausgaben
- 10 % Besucherzahlen
- 10 % Quote aus Einnahmen und Personalaufwand

aus.

Daraus ableitend wird es notwendig sein, die effizient wirkenden Parameter auch unter der Novellierung des FAG-Erlasses ab 2010 für die Ausrichtung der Angebotsstruktur im Spielplan weiter zu beachten. Dies bezieht sich insbesondere auf die durch die GmbH generierten Besucherzahlen. In der Spielzeit 2008/2009 erreichte das Theater- und Konzertangebot der GmbH in 611 Vorstellungen 131.840 Besucher. Im Landestheater erlebten in 264 Vorstellungen 72.322 Besucher das Angebot der GmbH, im Schauspielhaus Neubrandenburg waren es 15.812 Besucher in 167 Vorstellungen und das Konzertangebot der Philharmonie erlebten 43.706 Besucher in 180 Vorstellungen. Die Schlossgartenfestspiele 2009 erlebten 26.097 Besucher in 16 Vorstellungen der Produktion „Die Fledermaus". Die Kinderproduktion „Das Dschungelbuch" sahen 8.420 Besucher in 19 Vorstellungen.

365

4. Betriebskostenzuschüsse

Mit dem Wirtschaftsplan 2009 wurden Gesamtaufwendungen in Höhe von 12.165.400 Euro bei erwirtschafteten Erträgen der GmbH in Höhe von 1.141.600 Euro festgesetzt. Der sich daraus ergebende Jahresverlust in Höhe von 11.023.800 Euro sollte nach dem Wirtschaftsplan 2009 durch kommunale Zuschüsse (Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter) und Zuflüsse aus dem FAG des Landes Mecklenburg-Vorpommern ausgeglichen werden. Für das Geschäftsjahr 2009 hat die Gesellschaft Betriebskostenzuschüsse in Höhe von T€ 3.903 erhalten. Die Kerngesellschafter der GmbH brachten nachfolgende Betriebskostenzuschüsse auf:

(KERN-)GESELLSCHAFTER	***BK-ZUSCHUSS 2009***	***VORJAHR***
Landkreis MST:	***547 T€***	***547 T€***
Stadt Neustrelitz:	***435 T€***	***435 T€***
Stadt Neubrandenburg:	***2.860 T€***	***2.860 T€***

Die Kerngesellschafter der GmbH brachten wie in den Vorjahren auch in einer Größenordnung von 98,4 % den überproportional maßgeblichen Anteil der Betriebskostenzuschüsse für die Gesellschaft auf. Die BKZ-Höhe des Landkreises Müritz wurde konstant in Höhe von 30.000 Euro, wie im Vorjahresberichtszeitraum 2008, gegenüber der Gesellschaft ausbezahlt. Neben den gewährten Betriebskostenzuschüssen wurden Zuschüsse der Gesellschafter im Rahmen von Projektförderung aufgebracht.

Hierbei erfolgte in der Fortsetzung einer Projektförderung erneut die Beförderung der Sonderkonzerte durch den Gesellschafter Stadt Neubrandenburg in Höhe von

90.000 Euro für Vorstellungen der Neubrandenburger Philharmonie mit einer überregional bedeutenden Ausstrahlung in der Konzertkirche Neubrandenburg. Die Stadt Neustrelitz brachte adäquat der vorhergehenden Projektförderung des Jahres 2008 erneut einen Projektzuschuss in Höhe von 50.000 Euro für die Durchführung der Operettenaufführungen „Fledermaus" im Schlossgarten Neustrelitz auf.
Die Gesellschafter Landkreis Demmin, Landkreis Uecker-Randow und die Gesellschafter Stadt Waren und Wittstock kauften einzelne Vorstellungsleistungen gegenüber der Gesellschaft ab.

5. Investitionen

Die durch die GmbH genutzten Theaterspielstätten/Konzertsaal und Probenhäuser und Nebenräume sind von den immobilienverwaltenden Eigenbetrieben des Landes M-V (BBL M-V) bzw. der Stadt Neubrandenburg (SIM) von den Rechtsträgern bzw. vom Land Mecklenburg-Vorpommern, vertreten durch das Verkehrsministerium, angemietet. Gegenüber dem Berichtszeitraum des Vorjahres 2008 hat sich in der grundsätzlichen Situation des Gebäudebestandes der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg / Neustrelitz keine Änderung ergeben.
Das durch das Planungsbüro esr Neubrandenburg erarbeitete Entwicklungskonzept – nachhaltige Standortentwicklung – Theater und Marstall Neustrelitz – befindet sich in der Abstimmung mit dem BBL M-V Geschäftsbereich Neubrandenburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern, vertreten durch das Verkehrsministerium.

366

Angestrebt wird eine Finanzierungsklärung, um die präferierte Variante 2a des Entwicklungskonzeptes – Sanierung des Marstalls und dortige Unterbringung der Werkstätten aus dem Probenhaus und Heizhaus – im Jahr 2010 zu einer Entscheidungsreife zu führen.
Die bauliche Situation im Landestheater Neustrelitz wird durch umfangreiche Sicherungsmaßnahmen im Jahr 2010 durch den Eigentümer, vertreten durch den BBL M-V Geschäftsbereich Neubrandenburg, gewährleistet bzw. aufgebessert. So wird es im Jahr 2010 zu brandschutztechnischen und lüftungstechnischen Investitionsmaßnahmen im Landestheater Neustrelitz kommen. Veranschlagt wurden für diese Maßnahmen Investitionsmittel in einer Größenordnung von 950.000 Euro durch den BBL M-V Geschäftsbereich Neubrandenburg.

Die theaterspezifischen Investitionen im Berichtszeitraum wurden insbesondere in die theatertechnischen Anlagen und Produktionsinvestitionen vorgenommen. Hier wurden über die GmbH insbesondere Investitionen getätigt im Bereich Beleuchtung und Ton in einer Größenordnung von 4.959,44 Euro (u. a. 2 Future-Light-Scheinwerfer). Eine notwendige Investition fand auch in der Theaterverwaltung im Bereich der Buchhaltung statt. Das Softwareprogramm Mecos wurde mit dem Personalkostenplanungsprogramm erweitert (6.854,00 Euro). Die größten Investitionen fanden in der Produktion statt. Für die Freiluftbespielung 2009 wurde für das Kinderschauspiel „Das Dschungelbuch" ein Investitionsaufwand für den Fundus in der Größenordnung von 22.388,18 Euro getätigt. Darüber hinaus wurde entsprechend der Auflassung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung Vorsorge für die angestrebte Genehmigung von Schlossgartenfestspielen durch die Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg / Neustrelitz ab 2011 getätigt. Die erfolgte Bauan-

tragstellung am 9. Juli 2009 durch das Architekturbüro Peters zog Investitionskosten als Entwicklungskosten in einer Größenordnung von 4.135,25 Euro nach sich.

6. Finanzierungsmaßnahmen bzw. –vorhaben

Das wichtigste Finanzierungsinstrument der GmbH zur Regelung von Zuflüssen ist der Theatervertrag, der neu gefasst am 9. Juli 2009 mit der Landesregierung unterzeichnet wurde. Im Rahmen der vorherigen Beschlussfassungen der Rechtsträger, Stadt Neustrelitz und Landkreis Mecklenburg-Strelitz, haben sich beide Gebietskörperschaften verpflichtet, in der Laufzeit dieses neuen Theatervertrages für die Wirtschaftsjahre 2010 bis 2013 die jährlich aufgebrachten Betriebskostenzuschüsse zu verstetigen.
Verbindliche Finanzierungsvereinbarungen unter den Kerngesellschaftern zu einer Binnenfinanzierung existieren nicht. Auch der Gesellschaftsvertrag der GmbH vom 8. Dezember 2005 trifft keine Regelungen, wie Betriebskostenzuschüsse durch die Gesellschafter – in der Systematik – aufgebracht werden. Hier besteht ein entsprechender Verhandlungs- und Klärungsbedarf der Gesellschafter untereinander zur Sicherstellung der kommunalen Zuschüsse für die GmbH. Der Gesellschafter Stadt Neubrandenburg hat sehr stringent mit Beschluss der Stadtvertretung Neubrandenburg vom Mai 2009 darauf verwiesen, dass gekoppelt an den Theatervertrag 2010 bis 2013 ein Binnenfinanzierungsmodell zur Aufbringung von Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter zu finden ist. Ohne die Vereinbarung zu einem Binnenfinanzierungsmodell ist der Gesellschafter Stadt Neubrandenburg nicht bereit, den Theatervertrag mit zu zeichnen.
Im Berichtszeitraum 2009 wurden weder der laufende Betrieb noch Investitionen zur Zeit der Abfassung dieses Lageberichtes durch Kreditinstitute längerfristig finanziert. Lieferantenkredite werden im Rahmen der gesetzlichen bzw. vertraglichen Zahlungsziele in Anspruch genommen.

367

7. Personal- und Sozialbereich

In der GmbH sind zum 31.12.2009 215 Mitarbeiter beschäftigt. Für 2009 sind im Personalaufwand für Löhne und Gehälter Gesamtaufwendungen von 7.288.423,63 Euro zu verzeichnen. Für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung wurden 1.768.702,82 Euro aufgewendet. Demnach betragen die Gesamtpersonalaufwendungen der GmbH 2009 9.057.126,45 Euro. Zum 31. Dezember 2009 liefen die abgeschlossenen Haustarifverträge aus. Mit diesen Haustarifverträgen haben die Beschäftigten der GmbH auf Einmalzuwendungen für das Jahr 2009 im Interesse der Unternehmenssicherung verzichtet. Für das Jahr 2010 besteht insofern kein neuer Haustarifvertrag.
Nach jahrelangem Dissens zwischen den Tarifparteien – Künstlergewerkschaften und Arbeitgeberverband (DBV) – wurde am 17. September 2009 eine Einigung zur Vergütung und der damit verbundenen Ost-West-Angleichung für Orchestermusiker erreicht. Zum 1. Januar 2010 greift diese Tarifeinigung in der Art, dass für die Orchestermusiker als letzte Tarifgruppe der Beschäftigten in der GmbH zum 01.01.2010 die Ost-West-Angleichung vollzogen wird. Diese Tarifeinigung führt zudem zu einem Nachzahlungsbetrag für die Wirtschaftsjahre 2008 und 2009. Hier ist bilanzielle Vorsorge getroffen worden. Subsumiert erfolgt eine 14%ige Aufstockung der Vergütung für die Orchestermusiker. Der Personalaufwand wird sich für diese

Beschäftigungsgruppe mit über 360.000 Euro mehr pro Wirtschaftsjahr ab 01.01.2010 ergeben.

B. DARSTELLUNG DER LAGE (§ 289 Abs. 1 HGB)

Vermögens- und Finanzlage

Das Vermögen der Gesellschaft ist insbesondere durch die vorhandenen technischen Bühnenanlagen, sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung und die Theaterausstattung bestimmt.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2009 der GmbH beträgt 1.252.865,61. Das Anlagevermögen entspricht 77,9 % der Bilanzsumme.

Das Eigenkapital zum 31.12.2009 beträgt 608.891,11 Euro. Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 48,6 %. Trotz der absoluten Höhe der Eigenkapitalausstattung ist diese nicht ausreichend, um eine fristenkongruente Finanzierung sicherzustellen. Das langfristig gebundene Vermögen ist lediglich zu 62,4 % durch gleichfristige Mittel (Eigen- und Fremdkapital) gedeckt. Die angestrebte Verbesserung der Eigenkapitalausstattung durch Erhöhung des gezeichneten Kapitals der Gesellschafter wird erst mit entsprechenden Nachbesserungen der Gesellschafter bzw. Umstrukturierung der Gesellschaft in der Zukunft möglich sein. Über den öffentlich-rechtlichen Vertrag (Theatervertrag) ist die Finanzausstattung über Zuflüsse aus dem FAG für die GmbH im Jahr 2009 bestimmend und durchgehend gesichert gewesen. Der Theaterverbund, die Städte Neubrandenburg und Neustrelitz und der Landkreis Mecklenburg-Strelitz, erbringen wie in den Vorjahren die notwendigen Betriebskostenzuschüsse (98,4 %) zur Verlustabdeckung im Geschäftsjahr 2009. Mit dem Wirtschaftsjahr 2009 wurden durch die Gesellschafter verstetigte, jedoch keine höheren Finanzzuschüsse gegenüber der GmbH als in den Vorjahren bereitgestellt.

368

Die verstetigte Situation der Zuschüsse der kommunalen Gesellschafter wie auch die Verstetigung der Zuflüsse des Landes über das FAG führen mittelfristig in strukturelle Anpassungsnotwendigkeiten für die GmbH, dies steht unter einer nur theoretischen Alternative, dass Zuschüsse wie Zuflüsse sich dem steigenden Personal- und Materialaufwand anpassen. Die Liquidität der GmbH im Jahr 2009 ist nicht zuletzt auch durch den noch monetär wirkenden Haustarifvertrag im Jahr 2009 gesichert worden. Über den 31.12.2009 hinaus gehend gibt es die Zielrichtung der Gesellschafter, die GmbH ohne liquiditätssichernde Maßnahmen durch einen Haustarifvertrag im Jahr 2010 zu führen. Zur laufenden Liquiditätssicherung im Wirtschaftsjahr 2010 ist das Instrument der mit dem Wirtschaftsplan der Gesellschafter bestätigten Kontokorrentkreditlinie, gewährt durch die Hausbank der GmbH, gegeben.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr konnte die GmbH Umsatzerlöse aus dem Theaterbetrieb in Höhe von 1.154.983,52 Euro erzielen. Die Erlöse 2009 konnte um 5,6 % gegenüber den Erlösen 2008 gesteigert werden. Die Steigerung der Umsatzerlöse ist sowohl im Erlösbereich aus Eintritt bei eigenen Veranstaltungen als auch im Bereich Erlöse aus

eigenen Gastspielen zu verzeichnen. Die Erlöse aus eigenen Gastspielen 2009 betragen 436.336,26 Euro gegenüber den Erlösen aus eigener Gastspieltätigkeit 2008 mit 399.791,57 Euro.

Mit diesem Erlösergebnis wurde die geschäftsführerische Ausrichtung und Auflassung des Aufsichtsrates – Erhöhung der Eigenerlöse – mit dem ablaufenden Geschäftsjahr 2009 realisiert. Dies war umso mehr zwingend erforderlich, da die Situation der Betriebskostenzuschüsse wie auch der Zuflüsse für die GmbH im Geschäftsjahr 2009 gleich bleibend war.

Die öffentlich bereitgestellten Mittel für die GmbH sind subsumiert Landesmittel nach dem FAG M-V sowie Zuschüsse der Gesellschafter, die mit 11.052.362,84 Euro in der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2009 ausgewiesen werden. Diese öffentlich bereitgestellten Mittel für die GmbH sind annähernd stabil zum Vorjahresbetrag (11.065.409,61 Euro).

Zum Bilanzstichtag 31.12.2009 wird durch die Geschäftsführung in der Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eingeschätzt, dass die GmbH auch weiterhin auf die notwendigen Zuwendungen der Gesellschafter wie auch der Zuflüsse der Landesregierung aus dem FAG M-V zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes für die Zukunft angewiesen ist.

C. HINWEISE AUF WESENTLICHE RISIKEN DER KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG (§ 289 Abs. 1 HGB)

369

1. Bestandsgefährdende Risiken

Die GmbH als öffentlicher Kulturbetrieb ist durch Zuflüsse aus dem FAG und Zuschüsse der kommunalen Gesellschafter zweckbestimmt ausgerichtet und finanziell untersetzt. Die Kürzung von Zuflüssen aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs und der Zuschüsse der kommunalen Gesellschafter wird die GmbH existenziell in ihrem Bestand gefährden. Der öffentlich-rechtliche Vertrag (Theatervertrag) läuft zum 31.12.2009 in der für das Geschäftsjahr 2009 und Vorjahre geltenden Fassung aus. Mit Unterzeichnung des Theatervertrages für die Laufzeit 01.01.2010 bis 31.12.2013 haben die vertragsschließenden Seiten eine Grundfinanzierung für die GmbH sichergestellt. Der Theatervertrag wurde von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und den Rechtsträgern des Theaterverbundes Landkreis Mecklenburg-Strelitz und Stadt Neustrelitz entsprechend der Votierung durch die Gesellschafterversammlung am 8. Juni 2009 unterzeichnet. Die Stadt Neubrandenburg als Rechtsträger im Theaterverbund der GmbH knüpft die Unterzeichnung des Theatervertrages für die neue Laufzeit 01.01.2010 bis 31.12.2013 an eine Klärung der Innenfinanzierungsanteile im Theaterverbund. Die derzeit im Geschäftsjahr 2009 wie in den Vorjahren seit Fusion der GmbH geltende Innenfinanzierung stellt ab auf die zum Zeitpunkt der Fusion im Jahr 2000 bereitgestellten kommunalen Zuschüsse der Städte Neubrandenburg, Neustrelitz und des Landkreises Mecklenburg-Strelitz für die bis zum Zeitpunkt der Fusion geförderten Kulturinstitutionen Landestheater Neustrelitz, Kammertheater Neubrandenburg und Neubrandenburger Philharmonie. Die kommunalen Zuschüsse auf Basis des Jahres 2000 wurden bis einschließlich des

Geschäftsjahres 2009 durch diese drei Rechtsträger gewährt. Die kommunalen Zuschüsse in den gewährten Größenordnungen 547.100 Euro durch den Landkreis Mecklenburg-Strelitz, 434.600 Euro durch die Stadt Neustrelitz und 2.859.900 Euro durch die Stadt Neubrandenburg stellen nicht ab auf das proportionale Verhältnis der gehaltenen Geschäftsanteile. Die Betriebskostenzuschüsse dieser drei Gesellschafter stellen weiter auch nicht ab auf die gewährten Leistungen der GmbH im Theater- und Konzertangebot für die Rechtsträger. Vor diesem Hintergrund hat sich die Gesellschafterversammlung darauf verständigt, ein neues Innenfinanzierungsmodell für die GmbH zu erarbeiten und möglichst zum 01.01.2011 anzuwenden. Ein einvernehmlich zu beschließendes Innenfinanzierungsmodell ab dem 01.01.2011 ist unerlässlich für den Bestand der GmbH.

Mit Beschluss zum Wirtschaftsplan 2010 durch die Gesellschafterversammlung am 15. Dezember 2009 verabredeten die Gesellschafter, der GmbH im Geschäftsjahr 2010 wie im Vorjahr Betriebskostenzuschüsse in der Höhe von 3.904.000 Euro zukommen zu lassen. Mit dem Beschluss zum Wirtschaftsplan 2010 wurde der notwendige Betriebskostenzuschuss der Höhe nach, jedoch nicht in der Innenverteilung beschlossen. Die bereits im Jahr 2009 aufgenommenen Verhandlungen der Rechtsträger der GmbH zu einem ausgewogenen Finanzierungsmodell der Betriebskostenzuschüsse sind im Jahr 2010 zu einer einvernehmlichen Lösung zu führen, auf deren Grundlage die Binnenfinanzierung ab dem 01.01.2011 erfolgen wird. Ohne Klärung zu einem Binnenfinanzierungsmodell der kommunalen Gesellschafter besteht eine akute Bestandsgefährdung für die GmbH.

Bestandsgefährdend für die GmbH werden nach wie vor überproportionale Tarifabschlüsse der Tarifparteien eingeschätzt. Nach dem Auslaufen der Haustarifverträge im Geltungsbereich des NV Bühne und TVK werden nahezu alle Beschäftigten der GmbH ab 01.01.2010 grundsätzlich im Ost-West-angeglichenen Lohngefüge beschäftigt und vergütet.

Mögliche Risiken bezüglich des Materialaufwandes und der übrigen betrieblichen Aufwendungen für den laufenden Theaterbetrieb werden durch die Geschäftsführung ausgesteuert.

Risiken aus der Nutzung der Landesliegenschaften bestehen mit folgenden Ausnahmen nicht. Ein Teilrisiko ergibt sich aus der Bausubstanz des Landestheaters Neustrelitz. Hier sind für das Jahr 2010 unabweisbare Baumaßnahmen in den Bereichen des Brandschutzes und der lüftungstechnischen Anlagen durch die Landesregierung, vertreten durch den BBL M-V Geschäftsbereich Neubrandenburg, geplant. Auf Grund der statischen Situation des Ranges im Landestheater Neustrelitz hat der BBL M-V Geschäftsbereich Neubrandenburg eine Teilsperrung des Großen Hauses des Landestheaters Neustrelitz (Rang) ab 01.01.2010 verfügt. Damit ist die Kapazität des Landestheaters von 400 auf 287 Sitzplätze eingeschränkt. Dem folgend wird sich eine Erlösabsenkung für Vorstellungen im Landestheater Neustrelitz ergeben. Die Teilsperrung ist für den Zeitraum 01.01. bis 30.09.2010 vorgesehen, um in dieser Zeit (insbesondere in den Monaten Juni bis September) notwendige Baumaßnahmen, einschließlich der statischen Sicherung des Ranges, durchzuführen. Eine Einigung mit dem Vermieter über eine Mietminderung zur Kompensation der Erlösminderung konnte zwischenzeitlich getroffen werden.

2. Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Neben den Betriebskostenzuschüssen wird auf Antragstellung der GmbH Projektförderung durch einzelne kommunale Gesellschafter gewährt. Die Projektförderung erfolgt insbesondere durch die Rechtsträger Stadt Neubrandenburg für Sonderkonzerte in der Konzertkirche Neubrandenburg, die Stadt Neustrelitz für die Durchführung der Schlossgartenfestspiele in Neustrelitz und für den Abkauf von einzelnen Veranstaltungsleistungen u. a. in der Stadt Waren, der Stadt Ueckermünde und im Landkreis Demmin. Ansprüche auf Gewährung adäquater Projektförderung wie in den Vorjahren bestehen für die GmbH nicht.

Für die Sommerbespielung im Jahr 2010 ist ein Vertrag zwischen der Schlossgartenfestspiele GmbH Neustrelitz und der GmbH abgeschlossen worden. Der Vertrag stellt auf durch die GmbH zu erbringende Vorstellungen für die Operette „Königin Luise – Königin der Herzen" und für zu erbringende Vorstellungen im Kinderschauspiel „Pippi Langstrumpf" ab. Mit diesem Vertrag erbringt die GmbH ihre Vorstellungsleistungen und erzielt ein vorstellungsbezogenes Honorar.

Für den Veranstalter, die Schlossgartenfestspiele GmbH Neustrelitz, und die GmbH besteht ein Ticketerlös- und witterungsbedingtes Risiko in der Zeit der Sommerbespielung im Schlossgarten Neustrelitz. Das Risiko eingrenzend wird in der Festspielzeit 2010, wie im Vorjahr, eine Zeltkonstellation, zumindest für die Aufführung des Schauspiels „Pippi Langstrumpf", erfolgen.

Die demografische Entwicklung in der Region, begleitet von der geringen Konsumkraft der Region, führt zu einem zunehmenden Druck auf die Erlössituation der GmbH. Hier ist nach der erfolgten Eintrittspreiserhöhung zum 01. 01. 2008 eine angemessene und vertretbare Erhöhung der Eintrittspreise im Geschäftsjahr 2010 vorzubereiten und umzusetzen. Mit der Weiterentwicklung der Theater- und Konzertangebote der GmbH wird durch die Geschäftsführung an der kontinuierlichen Bindung von Besuchern und gleichzeitiger Erschließung neuer Kundenklientel weiter gearbeitet. Die vertraglichen Bindungen mit der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern GmbH wurden auf das Jahr 2010 ausgedehnt. Hierzu zählen u. a. Vertragsprojekte, wie das Gitarrenfestival am 19. und 20. Juni 2010 in Marihn und die Aufführung der 8. Sinfonie von Gustav Mahler am 27. Juni 2010 in der St. Georgen Kirche Wismar.

Eine Ausrichtung in der Geschäftspolitik ist es, nachhaltige und mittelfristige Vertragskonstellationen herzustellen. Dies schließt Projektverträge über die Laufzeit eines Jahres mit ein.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres (§ 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB)

Durch die Geschäftsführung wurde in Abstimmung mit den Rechtsträgern der GmbH die Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband am 31.01.2010 im Status der Vollmitgliedschaft aufgekündigt. Die GmbH ist – bestätigt durch den KAV – Gastmitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband. Dieser Schritt war aus Sicht der Geschäftsführung und der Rechtsträger der GmbH notwendig, um die GmbH von linear entstehenden Lohnsteigerungen abzukoppeln. Der erfolgte Tarifabschluss im öffentlichen Dienst (1,2 % Lohnsteigerung 2010, 1,1 % Lohnsteigerung 2011 und Einmalzahlung in Höhe von 240 Euro) wurde in Verhandlungen zwischen dem Deutschen Bühnenverein und den Künstlergewerkschaften für den Geltungsbereich des NV Bühne übernommen. Mit Sondertarifvertrag zwischen dem Deutschen Bühnenverein – Bundesverband der Theater und Orchester, Köln, der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, Hamburg, sowie der Vereinigung deutscher Opernchöre und Bühnenkünstler e. V., Mainz, vom 12. April 2010 findet die flächentarifliche Gagenanpassung entsprechend dem Tarifabschluss des TVÖD keine Anwendung für die GmbH. Ein adäquates Ergebnis des Ausschlusses der flächentariflichen Anpassung für den Geltungsbereich des TVK steht zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Lageberichtes aus.

Die Gesellschafterversammlung der GmbH fasste am 15. Dezember 2009 grundlegende Beschlüsse für die weitere Ausrichtung der GmbH. So beschloss die Gesellschafterversammlung die Errichtung des Tochterunternehmens Deutsche Tanzkompanie gemeinnützige GmbH, Neustrelitz, und die Aufnahme der Tätigkeit zum 01.01.2010. Mit beschlossenem Gesellschaftsvertrag hält die GmbH als Muttergesellschaft 51 % der Geschäftsanteile. Die Deutsche Tanzkompanie Stiftung für traditionellen Tanz im Land Mecklenburg-Vorpommern hält 49 % der Geschäftsanteile. Von der Gesellschafterversammlung wurde weiter die Beteiligungsvereinbarung zwischen der GmbH und dem Tochterunternehmen beschlossen. Über diese Beteiligungsvereinbarung wird der operative Geschäftsbetrieb der Tochter sichergestellt. Die GmbH erhält als Holding-Muttergesellschaft FAG-Zuflüsse in Höhe des pauschalisierten Betrages des Jahres 2009 (950.000 Euro). Durch die GmbH werden Overhead-Leistungen für die Tochter sichergestellt. Mit der Beteiligungsvereinbarung sind die Zuflüsse von der Muttergesellschaft an die Tochtergesellschaft geregelt.

Die Gesellschafterversammlung beschloss weiter die Eckpunkte eines zu ändernden Gesellschaftsvertrages. Diese sind insbesondere

- Gegenstand der GmbH als Mehrspartentheater mit der erweiterten Sparte Tanz und Holdingfunktionen für Tochterunternehmen,
- Stimmkraftverhältnis nach gehaltenen Geschäftsanteilen der einzelnen Gesellschafter,
- Aufgaben der Gesellschafterversammlung entsprechend dem GmbH-Gesetz,
- Gewährung von Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter an die GmbH.

Der Veranstalter für die Schlossgartenfestspiele, die Schlossgartenfestspiele GmbH Neustrelitz, hat keine Genehmigung zur Durchführung von Festspielen im Neustrelitzer Schlossgarten ab 2011 erhalten. Durch den Aufsichtsrat der GmbH wurde die Geschäftsführung beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass nach einem eigenständigen Konzept der GmbH Festspiele im Schlossgarten von der GmbH eigenverantwortlich ab 2011 durchgeführt werden können.

342

Die GmbH hat nach Ablehnungsbescheid für den bisherigen Veranstalter, die Schlossgartenfestspiele GmbH Neustrelitz, einen Bauantrag mit neuem Durchführungskonzept gegenüber der kreislichen Baubehörde am 9. Juli 2009 gestellt. Auf Grundlage dieses geänderten Konzeptes – Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes, Berücksichtigung der Belange des Eigentümers (Land Mecklenburg-Vorpommern) und Zurückführung von Festspielen auf die Kernelemente Operette in der Mittelachse und Kinderschauspiel auf dem Schlossberg – gelang es, eine einvernehmliche Verständigung mit den Beteiligten zu finden. Mit Bescheid der kreislichen Baubehörde vom 12. April 2010 ist die GmbH nunmehr Inhaber einer Baugenehmigung ab 2011, Festspiele nach dem eingereichten Konzept durchführen zu können. Erstmals ist die Genehmigung unbefristet erteilt worden. Die GmbH ist nunmehr in einer neuen Konstellation ab 2011 in vollumfänglicher Verantwortung für die Durchführung von Sommerbespielungen im Neustrelitzer Schlossgarten.
Nach dem Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 15. Dezember 2009 zum Wirtschaftsplan 2010 sind die Betriebskostenzuschüsse nicht in der Höhe der durch die Gesellschafter beschlossenen Betriebskostenzuschusshöhe von 3.904.000 Euro tatsächlich bereitgestellt worden. Die Stadtvertretung Neubrandenburg beschloss auf ihrer Sitzung am 28. Januar 2010, Betriebskostenzuschüsse für die GmbH in Höhe von 1.952.000 Euro für das Jahr 2010 bereitzustellen. Damit würden der GmbH für das Geschäftsjahr 2010 durch alle Gesellschafter aufgebrachte Betriebskostenzuschüsse in einer Höhe von 906.000 Euro weniger zufließen. Daraus ergab sich bereits eine akute Bestandsgefährdung für die GmbH. Die Insolvenz wurde für die GmbH kurzfristig mit Beschluss der Gesellschafter Stadt Neubrandenburg, Stadt Neustrelitz und Landkreis Mecklenburg-Strelitz auf der Gesellschafterversammlung am 3. Februar 2010 abgewendet. Die Kerngesellschafter gewährten der GmbH eine Liquiditätsüberbrückung mit Vorgriff auf Zuschüsse des IV. Quartals 2010.
Am 17. März 2010 verständigten sich die Gesellschafter, die Landkreise Mecklenburg-Strelitz, Müritz, Demmin, Uecker-Randow und die Städte Neubrandenburg und Neustrelitz, Betriebskostenzuschüsse für das Jahr 2010 nach der Quote der gehaltenen Geschäftsanteile zu gewähren. Entsprechende Beschlüsse wurden durch die Vertretungen im März und Juni gefasst. Im Ergebnis dieser Vereinbarung erhält die GmbH Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 3.695.000 Euro. Die bestehende Liquiditätslücke wurde weiter durch eigen erwirtschaftete Maßnahmen der GmbH geschlossen. Mit Beschluss des Aufsichtsrates vom 22. März 2010 wurde ein Liquidität sicherndes Konsolidierungspaket verabschiedet. Dieses ist mit einem Volumen von 365.500 Euro beziffert. Einzelne Konsolidierungsmaßnahmen sind u. a. Nichtbesetzung offener Stellen (155.000 Euro), Begrenzung der Honoraraufwendungen in der GmbH und die Erhöhung der Eintrittspreise zum 1. April 2010.
Die Einigung der Gesellschafter, 2010 Betriebskostenzuschüsse in der Systematik der gehaltenen Geschäftsanteile zu gewähren, ist begrenzt auf das Jahr 2010 und mit der Auflassung verbunden, ein leistungsbezogenes Finanzierungsmodell zu erarbeiten und zum 01.01.2011 beginnend in die Anwendung zu bringen.

2. Voraussichtliche Entwicklung (§ 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB)

Der mit der Landesregierung am 9. Juli 2009 für die Laufzeit 2010 bis 2013 unterzeichnete Theatervertrag beschreibt die kulturpolitischen Aufgaben der GmbH. Als eines der vier bestimmenden produzierenden Mehrspartentheater des Landes Mecklenburg-Vorpommern sichert die GmbH Theater- und Konzertangebote in der Region mit einer Einwohnerzahl von über 370.000 Einwohnern. Die abgeschlossenen Ko-

373

operationsverträge mit der Vorpommersche Landesbühne Anklam (21.12.2009) und der Kooperationsvertrag mit dem Landkreis Güstrow zur Bespielung des Ernst-Barlach-Theaters (15. Juni 2009) sind in ihrer Qualität als Kooperationsvertrag entweder fortzuschreiben oder in eine gesellschaftsrechtlich stärkere Bindung an die GmbH fortzuentwickeln.
Auf der Grundlage des durch den Landtag beschlossenen FAG Mecklenburg-Vorpommern wurde durch das Kultus- und Innenministerium der FAG-Erlass am 7. Juni 2010 unterzeichnet. Mit diesem FAG-Erlass sind die Finanzzuflüsse über das FAG für die Jahre 2010 bis 2013 vorbestimmt. Strukturell ist über diesen FAG-Erlass im Kontext des FAG Mecklenburg-Vorpommern eine in den Jahren 2010 bis 2013 verstärkte Ausrichtung auf die vier produzierenden Mehrspartentheater gegeben. So erhalten kooperierende Einspartentheater, wie die Vorpommersche Landesbühne Anklam, ab dem Jahr 2011 geminderte FAG-Zuflüsse als im Jahr 2010.
Gleichwertige FAG-Zuflüsse sind für Einspartentheater ab 2011 nur möglich zu erzielen, wenn diese Einspartentheater ab 01.01.2011 mit einem der produzierenden Mehrspartentheater fusioniert sind. Hier sind notwendige Strukturentscheidungen der Gesellschafter der GmbH vorzubereiten und in eine mögliche umwandlungsrechtliche Einkleidung ab 01.01.2011 zu überführen.
Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern beschloss am 7. Juli 2010 das Kreisstrukturgesetz. Mit dem beschlossenen Kreisstrukturgesetz wird sich die Struktur der GmbH weiter ändern. Die Gesellschafter der GmbH haben am 15. Dezember 2009 die Eckpunkte zur Änderung des Gesellschaftsvertrages beschlossen und auch eine Ausrichtung auf die kreislichen Gesellschafter sanktioniert. Dem folgend übertragen/veräußern gemeindliche Gesellschafter ihre Geschäftsanteile auf die kreislichen Gesellschafter. Mit dem beschlossenen Kreisstrukturgesetz wird eine Straffung der 12 Landkreise auf 6 Landkreise und zwei kreisfreie Städte ab 2011 erfolgen. Der nunmehr am 7. Juli 2010 beschlossene Großkreis Mecklenburgische Seenplatte ist Rechtsnachfolger der Landkreise Mecklenburg-Strelitz, Demmin und Müritz. Die Stadt Neubrandenburg verliert nach dem Kreisstrukturgesetz vom 7. Juli 2010 ihren Status als kreisfreie Stadt. Dieses Kreisstrukturgesetz wirkt sich nachhaltig auf die Struktur der Gesellschafter ab 2011 aus.
Die Geschäftsführung verfolgt die Strategie zusammen mit dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung die GmbH neu auszurichten auf die beschlossene Konstellation des Kreisstrukturgesetzes. Weiter verfolgt die Geschäftsführung die Strategie, das Mehrspartentheater Neubrandenburg/Neustrelitz als Mehrspartentheater zu konsolidieren und in eine mögliche Konstellation eines Kulturkooperationsraumes II zu überführen. Dies bedarf prüfender Optionen, die ab dem III. Quartal 2010 zwischen den Rechtsträgern und den Theatern zu sondieren sein werden.

Mit den geplanten Sparmaßnahmen wird in den Folgejahren 2010 und 2011 von einem ausgeglichenen Jahresergebnis ausgegangen.

Neubrandenburg/Neustrelitz, 16. Juli 2010

Dirk Rautmann
Geschäftsführer / Kaufmännischer Direktor

Ralf-Peter Schulze
Geschäftsführer / Intendant

Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz, Neustrelitz
Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite

	31.12.2009	31.12.2008
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	18.048,77	12.591,75
II. Sachanlagen		
1. technische Anlagen und Maschinen	18.444,30	23.854,30
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	426.372,25	489.060,17
3. Theaterausstattung	483.113,00	481.654,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	17.133,25	12.998,00
	945.062,80	1.007.566,47
III. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	12.750,00	0,00
	975.861,57	1.020.158,22
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	110.000,00	110.000,00
2. unfertige Leistungen	58.603,48	46.444,07
	168.603,48	156.444,07
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegengstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; i.Vj. € 0,00)	14.652,58	24.176,80
2. sonstige Vermögensgegenstände (davon Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 4.685,67; i.Vj. € 5.701,08) (davon Forderungen gegen Gesellschafter € 0,00; Vj. € 5.000,00)	22.390,24	40.883,64
	37.042,82	65.060,44
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	45.990,58	20.140,58
	251.636,88	241.645,09
C. Rechnungsabgrenzungsposten	25.367,16	27.786,16
	1.252.865,61	1.289.589,47

Passivseite

	31.12.2009	31.12.2008
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	255.645,94	255.645,94
II. Kapitalrücklage	349.500,44	349.500,44
III. Gewinnvortrag	35.918,46	27.703,32
IV. Jahresfehlbetrag (i. Vj. Jahresüberschuss)	-32.173,73	8.215,14
	608.891,11	641.064,84
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	807,93	4.504,00
2. sonstige Rückstellungen	106.789,92	123.249,09
	107.597,85	127.753,09
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 235.683,23; i.Vj. € 179.849,60)	235.683,23	179.849,60
2. sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern € 120.928,43; i.Vj. € 109.985,76) (davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 90.446,27; i.Vj. € 87.062,01) (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 220.085,06; i.Vj. € 217.062,27)	221.288,83	218.735,90
	456.972,06	398.585,50
D. Rechnungsabgrenzungsposten	79.404,59	122.186,04
	1.252.865,61	1.289.589,47

Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz, Neustrelitz
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009	2008
	€	€
1. Umsatzerlöse	1.154.983,52	1.093.327,16
2. Öffentliche Zuschüsse Theaterbetrieb	11.052.362,84	11.065.491,61
3. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	12.159,41	5.647,80
4. sonstige betriebliche Erträge	229.918,60	253.230,07
	12.449.424,37	12.417.696,64
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	118.947,15	148.710,55
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.150.815,50	1.023.704,15
	1.269.762,65	1.172.414,70
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	7.288.423,63	7.319.196,65
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung € 299.398,03; i.Vj. € 294.654,03)	1.768.702,82	1.781.599,47
	9.057.126,45	9.100.796,12
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	117.473,94	119.900,54
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.033.979,14	2.019.332,29
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.329,79	9.439,21
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.128,30	1.272,19
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-27.716,32	13.420,01
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	870,56	1.477,00
13. sonstige Steuern	3.586,85	3.727,87
14. Jahresfehlbetrag (i. Vj. Jahresüberschuss)	**-32.173,73**	**8.215,14**

236

I. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes und Schlussbemerkung

I. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes

123. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2009 haben wir mit Datum vom 13. August 2010 den im Folgenden wiedergegebenen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der diesem Bericht als Anlage 5 beigefügt ist:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz, Neustrelitz,

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz,
Neustrelitz,

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Durch § 13 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft i. S. von § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festle-

gung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft ist zum 31. Dezember 2009 lediglich zu 65 % (Vj. 67 %) durch langfristig verfügbare Mittel finanziert. Insoweit ist die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft nicht als angemessen zu kennzeichnen. Der Betriebsaufwand des Geschäftsjahres war strukturell bedingt nur zu 11 % (Vj. 11 %) durch eigene betriebliche Erträge gedeckt. Auf die Ausführungen im Anhang unter Abschnitt B. 1. zweiter Absatz wird verwiesen. Die Gesellschaft wird auch zukünftig auf den Ausgleich der verbleibenden Defizite angewiesen sein. Auf die Beschreibung bestandsgefährdender Risiken im Lagebericht unter Abschnitt C. 1. wird hingewiesen. Insoweit geben die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft nach unserer Beurteilung Anlass zu wesentlichen Beanstandungen."

378

II. Schlussbemerkung

124. Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 und des Lageberichtes für des Geschäftsjahr 2009 der Theater und Orchester GmbH Neubranden-

burg/Neustrelitz, Neustrelitz, erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

125. Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerkes außerhalb dieses Prüfungsberichtes bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder Lageberichtes in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Schwerin, den 13. August 2010

WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

WIKOM Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Zweigniederlassung Schwerin BERLIN WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT SIEGEL

Eysert
Wirtschaftsprüfer

Bottner
Wirtschaftsprüfer

379

ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen

Lagebericht der ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen, für das Geschäftsjahr 2009

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundsätzliche Anmerkungen zur Unternehmenssituation/zum Geschäftsverlauf

Die beiden Geschäftsbereiche Medien und Ausstattung haben sich auch in 2009 planmäßig entwickelt. Auch wenn sich in der 2. Jahreshälfte die Anzeichen angespannter Haushalte in den Kommunen verstärkt haben, wurden die Budgets nicht oder nur in geringem Maße angepasst. Aus diesem Grunde konnte der Umsatz im Medienhandel und im Ausstattungsbereich im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden. Die Ergebnissituation kann weiterhin als gut bezeichnet werden, da im Vergleich zu 2008 nochmals Effizienzsteigerungen durch die bessere Auslastung realisiert werden konnten.

Der Bereich Ausstattung, der die Abteilungen Möbel, Material und Technik zusammenfasst, hat seinen Umsatz um 8,6% gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Besonders positiv ist der erneute Umsatzanstieg im Möbelbereich in Höhe von 19,4%. Hierbei haben das Inlands- wie Auslandsgeschäft gleichermaßen zur Umsatzausweitung beigetragen. Die durchgeführte ISO-Zertifizierung greift, die Auditierungen sind ohne Beanstandungen geblieben. Die Ertragssituation im Ausstattungsbereich hat sich im Vergleich zum Vorjahr stark verbessert. Die durchgeführten Kostensenkungsprogramme haben ihre Wirkung gezeigt. Für 2010 erwarten wir weitere Verbesserungen.

380

Planmäßig entwickelt sich die RFID-Beteiligung EasyCheck GmbH & Co. KG, Göppingen. Auf Grund gestiegener Steuereinnahmen der Kommunen verfügten viele Bibliotheken über entsprechend investive Mittel, um eine Umstellung auf diese neue Technologie durchzuführen. Auch für 2010 erwarten wir einen attraktiven Markt, da trotz Haushaltskrise viele Bibliotheken die RFID-Technologie als Investition in die Optimierung ihrer Geschäftsgänge sehen. Die Easy-Check als wichtiger Partner im Bibliotheksmarkt wird davon partizipieren. In diesem Zusammenhang war die Übernahme der restlichen 49% durch die ekz zum Ende des Kalenderjahres eine logische Konsequenz. Damit stärken wir die Position der ekz als Komplettanbieter im Bibliotheksmarkt und können weiter profitabel wachsen.

Um den Ausstattungsbereich nachhaltig zu stärken und die Ertragssituation stetig zu verbessern, wurden neben der Übernahme der restlichen Anteile der EasyCheck GmbH & Co. KG auch die gesamten Anteile der Noris Transportverpackung GmbH zu Jahresbeginn 2010 übernommen. Damit rundet die ekz das Produktportfolio ab und stärkt die Umsatz- und Ertragssituation nachhaltig. Bereits für 2010 erwarten wir entsprechende Resultate.

Für die DiViBib GmbH hat sich das Geschäftsjahr 2009 recht schwierig dargestellt. Einerseits hat der Aufbau einer Tochtergesellschaft nicht unerhebliche Ressourcen beansprucht, andererseits konnten die hohen Planvorgaben in Bezug auf Neukundenakquisition und Nachverkauf nicht erfüllt werden. Entsprechende Reorganisationsmaßnahmen wurden im 4. Quartal 2009 eingeleitet und werden bis zum 2. HJ 2010 greifen. Wir gehen derzeit von einer Stabilisierung der Umsatz- und Ertragssituation in diesem Jahr aus. Aus Gründen der Vorsicht wurde dennoch eine Wertberichtigung auf noch nicht fällige Darlehensforderungen in Höhe von 650 TEUR vorgenommen. Bei planmäßiger Entwicklung wird eine Rückführung der Darlehensforderungen erwartet, was handelsbilanziell zu einer Zuschreibung führen würde.

2. Marktentwicklung

Die Finanzkrise und die sich daraus ergebene Wirtschaftskrise im 2. Halbjahr 2008 wird eindeutig negative Folgen auf die Ausgabensituation der öffentlichen Hand und insbesondere auf die Medienetats haben. Der prognostizierte Nachlauf der Etats hat wie oben beschrieben noch keine signifikanten Auswirkungen auf das Geschäft der ekz in 2009 gehabt. Wir erwarten entsprechende Auswirkungen für 2010. Eine notwendige Vorsorge auf der Kosten- und Investitionsseite wurden für dieses Geschäftsjahr getroffen.

Der Möbelmarkt unterliegt weiterhin starken Schwankungen. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern betrifft den europäischen Markt gleichermaßen. Ziel muss es deshalb sein, durch verstärkte internationale Geschäfte, die direkt oder über unsere Vertriebspartner abgewickelt werden, diese Schwankungen auszugleichen. Auf Grund der schwierigen Marktsituation erwarten wir für 2010 einen moderaten Rückgang im Projektgeschäft.

381

3. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Gesamtleistung ist im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 % gestiegen. Medien- und Ausstattungsbereich konnten gleichermaßen zulegen.

4. Investitionen und Finanzierung

In 2009 wurden insgesamt 1,358 Mio. EUR in laufende und neue Geschäfte investiert. Wie auch in den Vorjahren erfolgte dies vollständig aus den eigenen Mitteln. Eine Darlehensaufnahme war nicht notwendig. Der Wert der Abschreibung stieg auf 1,244 Mio. EUR (Vorjahr: 1,176 Mio. EUR) und beläuft sich auf ca. 3,0 % der Gesamtleistung. Besonders positiv anzumerken ist hierbei, dass der Saldo Banken im Stichtagsvergleich 31.12.2008 zu 31.12.2009 um 1.368 TEUR gestiegen ist.

5. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

a) Personalbereich/Arbeitnehmerbelange

Zum 31.12.2009 waren 234 Personen beschäftigt (dies entspricht 206 Vollzeitstellen). Dies ist absolut betrachtet ein leichter Rückgang zum Vorjahr.

Für das Geschäftsjahr 2009 wird der Belegschaft gemäß Stabilisierungstarifvertrag eine erfolgsabhängige Gehaltskomponente mit der Märzabrechnung 2010 gezahlt. Der Stabilisierungsvertrag läuft bis 31.12.2010 und bietet somit weiterhin planbare Rahmenbedingungen bei diesem Kostenblock. Eine nicht zu unterschätzende Konstante in Bezug auf das eher als unberechenbar zu bezeichnende Wirtschaftsumfeld.

b) Umweltbelange

Das Geschäft der ekz ist grundlegend wissens- und dienstleistungsgetrieben. Grundsätzliche Umweltbelastungen existieren nicht. Die für die Medienbearbeitung eingesetzten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe entsprechen den Umweltschutzbestimmungen. Nach Möglichkeit wird Verpackungsmaterial reduziert und es werden Mehrwegpackungen genutzt.

c) Kunden-/Lieferantenbeziehungen

Im Bucheinkauf bestehen die branchenüblichen Kunden-/Lieferantenbeziehungen. Aufgrund der Buchpreisbindung und hohem Organisationsgrad der Parteien im Börsenverein bewegen sich die Kontakte im buchhändlerischen Rahmen.

Im AV-Medienbereich konnten die guten Beziehungen weiter vertieft werden. Margenverbesserungen waren die Folge.
Im Möbelbereich wurden besondere Programme für das Lieferantenmanagement ab Herbst 2006 ins Leben gerufen. Die in 2007, 2008 und vor allem in 2009 erzielten Erfolge in Bezug auf Wareneinstandskosten und Lieferzeitverkürzung sind Indikatoren der erfolgreichen Umsetzung dieser Maßnahmen. Das Arbeiten nach der ISO-Norm wird darüber hinaus die notwendige Prozesssicherheit bringen. Ebenso wurde der Einkaufsbereich neu strukturiert. Für 2010 müssen die Einkaufskonditionen weiter verbessert werden.

3827

B. Darstellung der Lage/finanzielle Leistungsindikatoren

1. Ertragslage

Das Betriebsergebnis beträgt 2.602 TEUR und war damit im Vergleich zum Vorjahr um 476 TEUR höher. Der Materialaufwand hat sich um 1,3 Prozentpunkte reduziert und bewegt sich aber weiterhin in dem üblichen Korridor von 58-60 %. Der Personalaufwand liegt für 2009 auf Planniveau und nur leicht höher als in 2008. Die sonstigen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 440 TEUR erhöht.

Die sonstigen laufenden betrieblichen Erträge betragen 606 TEUR. Das Mietverhältnis mit der Bundesnetzagentur, die ca. 1.000 qm im Erdgeschoss der Bismarckstraße langfristig angemietet hat, kann als stabil bezeichnet werden. Das betrieblich nicht genutzte Gebäude in der Storlachstraße war komplett vermietet.

Die Aufwendungen für Altersversorgung betrugen 698 TEUR gegenüber 621 TEUR im Vorjahr. Darin enthalten ist eine Auflösung aus Pensionsrückstellung in Höhe von 212 TEUR gegenüber 195 TEUR im Vorjahr.

Der Jahresüberschuss beträgt 1.434 TEUR. Die Umsatzrendite nach Steuern beträgt 3,4 %.

2. Liquidität/Finanzlage

Am 31.12.2009 betrug der Finanzmittelbestand 4.159 TEUR und war damit um 1.368 TEUR höher als zum Vorjahr.

Der Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug 3.482 TEUR (Vorjahr: 1.961 TEUR).

3. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist nachteilig geprägt durch den hohen Bestand an Rückstellungen für Altersversorgung.

Die Eigenkapitalbasis konnte aufgrund des positiven Ergebnisses verbessert werden. Die Eigenkapitalquote beträgt 29,4 %.

C. Voraussichtliche Entwicklung

Innerhalb des Medienbereiches wurden mit der Veränderung der Ablauf- und Aufbauorganisation im Rahmen der Einführung des neuen Lektoratsmanagementsystems planmäßig die Weichen gestellt, um die Effizienz der Lektorats- und Datendienste in 2010 ff. nachhaltig zu steigern. Wir sind überzeugt, dass dies bereits in diesem Jahr zu ersten positiven Effekten führen wird. Mit den Berufsverbänden wurden erste Gespräche geführt, wie die Lektoratskooperation in ihrer Gesamtheit an die neuen Systeme und Arbeitsweisen zukunftssichernd angebunden werden können. Hier liegt eine hohe Autonomie bei den externen Partnern, so dass keine verbindlichen Zeitaussagen zu treffen sind. Wir gehen davon aus, dass dies ein mehrjähriger Prozess sein wird.

Im Ausstattungsbereich werden wir den beschrittenen Weg der Reorganisation weiter fortsetzen und sind zuversichtlich nach konjunkturbedingten Rückgängen in 2010 auf die Wachstumsspur zurückzukehren.

Die Balanced Scorecard (BSC) als ganzheitliches Strategieinstrument ist gut eingeführt und dient weiterhin als exzellente Orientierung unserer strategischen Arbeit. Eine jährliche Überprüfung und gegebenenfalls eine Anpassung im Rahmen der Planung findet statt.

Das Risikomanagement als zusätzliches Strategieinstrument wird quartalsweise durchgeführt und im Führungskreis intensiv analysiert. Eine Modifikation sehen wir derzeit als nicht notwendig an.

Insgesamt wird für das Geschäftsjahr 2010 mit einer Entwicklung unter Vorjahresniveau in Bezug auf Erlös und Ertrag gerechnet. Von besonderer Bedeutung ist sicherlich die finanzielle Situation der öffentlichen Hand in 2010. Hier gehen wir von einer rückläufigen Entwicklung für unsere Geschäfte aus. Die Auswirkungen auf Erlös und

Ergebnis wurden in unterschiedlichen Szenarien abgebildet. Die Anpassungsmaßnahmen auf der Kostenseite sind entwickelt und in der Planung verarbeitet.

a) Chancenbericht

Im Rahmen einer mittelfristigen Betrachtung kann dennoch davon ausgegangen werden, dass die ekz nach der Finanz- und Wirtschaftskrise weiterhin stabile Umsätze und Erträge erzielen wird.

Die Investitionen in die neuen Gesellschaften geben weiterhin Anlass zur Annahme, dass die gewünschten Wachstumsziele des Unternehmens realisierbar sind.

b) Risikobericht

Ein stetes und elementares Risiko bleibt die hohe Abhängigkeit der ekz von der Entwicklung der Medienbudgets der Bibliotheken. Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte ist gerade in heutiger Zeit kaum vorhersehbar. Trotz Konjunkturpaketen gehen wir in 2010 von einer signifikanten Verschlechterung des Umfeldes für öffentliche Bibliotheken aus. Die Dauer und Stärke ist derzeit nicht prognostizierbar.

Die Bereiche Möbel, Material und Technik unterliegen über die vorstehend genannten Risiken hinaus den herkömmlichen Wettbewerbsrisiken eines unregulierten Marktes. Im Möbelbereich bestehen darüber hinaus besondere Herausforderungen im Lieferantenmanagement und Optimierung der Logistik- und Montagekosten.

D. Zweigniederlassungen

Die Entwicklung der Zweigniederlassung in Frankreich ist weiterhin positiv. Die Eröffnung des Büros in Paris hat positive Impulse in 2009 gebracht. Wir gehen für Frankreich in den nächsten Jahren von einer nachhaltigen Umsatzsteigerung aus.

E. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Keine

Reutlingen, im März 2010

Dr. Jörg Meyer

ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite

	Euro	Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	789.486,68		958.229,00
2. geleistete Anzahlungen	2.950,00	792.436,68	0,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.963.161,65		6.719.569,43
2. technische Anlagen und Maschinen	1.325.808,00		1.472.754,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	732.587,61		679.303,57
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	133.525,00	9.155.082,26	0,00
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	839.954,79		839.954,79
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	686.560,86		748.645,26
3. Beteiligungen	1.082.870,68		1.082.870,68
4. sonstige Ausleihungen	1.087,00		1.087,00
5. geleistete Anzahlungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen	6.853,70	2.617.327,03	0,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	198.029,00		230.639,00
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	82.746,00		60.109,95
3. fertige Erzeugnisse und Waren	1.381.240,69	1.662.015,69	1.313.282,38
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.657.108,15		2.087.139,52
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	17.383,38		7.920,44
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	173.201,92		296.656,76
4. sonstige Vermögensgegenstände	1.141.208,32	2.988.901,77	1.091.827,46
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr Euro 987.720,72 (Euro 871.380,05)			
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		4.158.837,03	2.791.254,92
C. Rechnungsabgrenzungsposten		108.159,52	101.566,30
		21.482.759,98	20.482.810,46

Passivseite

	Euro	Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.181.120,00		2.181.120,00
II. Kapitalrücklage	164.840,50		164.840,50
III. Gewinnrücklagen			
I. andere Gewinnrücklagen	2.539.454,53		1.987.704,60
IV. Bilanzgewinn	1.433.640,03	6.319.055,06	1.351.749,93
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8.228.052,00		8.439.792,00
2. Steuerrückstellungen	193.216,00		122.805,00
3. sonstige Rückstellungen	3.079.934,63	11.501.202,63	2.708.566,38
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 5.699,62 (Euro 1.009,51)	34.893,65		39.693,65
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 1.016.429,08 (Euro 1.316.312,62)	1.016.429,08		1.316.312,62
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 1.222.442,13 (Euro 1.182.819,66)	1.222.442,13		1.182.819,66
4. sonstige Verbindlichkeiten - davon aus Steuern Euro 421.287,81 (Euro 483.517,28) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 153.980,53 (Euro 114.135,77) - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 1.259.796,34 (Euro 932.076,60)	1.360.239,63	3.634.004,49	981.434,14
D. Rechnungsabgrenzungsposten		28.497,80	5.971,98
		21.482.759,98	20.482.810,46

ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009

	Euro	Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse		41.946.491,89	40.643.983,27
2. Erhöhung des Bestands an fertigen Erzeugnissen und unfertigen Leistungen		31.395,75	73.474,72
3. sonstige betriebliche Erträge		1.240.295,54	551.787,85
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	22.477.263,47		22.379.829,30
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.894.284,97	24.371.548,44	1.817.321,14
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	9.125.348,99		8.957.324,43
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.383.186,09	11.508.535,08	2.354.280,91
- davon für Altersversorgung Euro 717.853,29 (Euro 676.276,99)			
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.243.711,00	1.175.761,45
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		3.579.948,11	3.141.275,64
8. Erträge aus Beteiligungen		21.211,72	12.290,30
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		27.915,60	32.762,96
- davon aus verbundenen Unternehmen Euro 27.915,60 (Euro 32.762,96)			
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		36.605,54	127.724,36
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		650.000,00	0,00
- davon außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 (2) Satz 3 HGB Euro 650.000,00 (Euro 0,00)			
		1.950.173,41	1.616.230,59

386

ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009

	Euro	Euro	Vorjahr Euro
		1.950.173,41	1.616.230,59
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.603,53	1.322,62
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.948.569,88	1.614.907,97
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	467.955,51		216.766,08
15. sonstige Steuern	46.974,34	514.929,85	46.391,96
16. Jahresüberschuss		1.433.640,03	1.351.749,93
17. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		1.351.749,93	0,00
18. Einstellungen in Gewinnrücklagen a) in satzungsmäßige Rücklagen		551.749,93	0,00
19. zur Ausschüttung beschlossen		800.000,00	0,00
20. Bilanzgewinn		1.433.640,03	1.351.749,93

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Reutlingen, den 26. März 2010

RWT REUTLINGER WIRTSCHAFTSTREUHAND GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Thomas Walter (Wirtschaftsprüfer)

Andreas Kendel (Wirtschaftsprüfer)

RWT REUTLINGER WIRTSCHAFTSTREUHAND GMBH WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT
WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT
SIEGEL
REUTLINGEN

5 Eigenbetriebe

- Städtisches Pflegeheim „Max Adrion"
- Städtisches Immobilienmanagement

Städtisches Pflegeheim „Max Adrion“

Lagebericht
Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2009

1. Geschäftsverlauf und Entwicklung des Eigenbetriebes

Der Geschäftsverlauf des Städtischen Pflegeheimes „Max Adrion“ Neubrandenburg im Wirtschaftsjahr 2009 ist positiv verlaufen.

Die Kapazitäten des Städtischen Pflegeheimes „Max Adrion“ Neubrandenburg waren im Wirtschaftsjahr 2009 durchgängig ausgelastet.

Das Städtische Pflegeheim „Max Adrion“ Neubrandenburg verfügt insgesamt über eine Kapazität von 175 Plätzen. Davon ist ein Platz für die Kurzzeitpflege vorgesehen.
Damit ist die Pflege, Versorgung und Betreuung der Heimbewohner mit den Pflegestufen I – III nach dem Prinzip der ganzheitlichen aktivierenden Pflege sichergestellt.

Änderungen im Bestand und Ausnutzungsgrad sind nicht eingetreten.
Anlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen bestanden zum Bilanzstichtag nicht.
Veränderungen im Grundstücksbestand sind nicht erfolgt.

2. Entwicklung ausgewählter Kennziffern zur Finanz-, Liquiditäts- und Ertragslage

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Städtischen Pflegeheimes „Max Adrion“ Neubrandenburg stellt sich an Hand ausgewählter Kennziffern wie folgt dar (Angaben in T€):

	2009 T€	2008 T€
Vermögenslage		
Bilanzsumme	9.119	9.437
Anlagevermögen	7.222	7.421
Eigenkapital	3.568	3.564
Langfristiges Fremdkapital	1.351	1.479
Ertragslage		
Erträge aus Pflegeleistungen	4.522	4.299
Jahresüberschuss	3	2

Das Eigenkapital hat sich wie folgt entwickelt (Angaben in €):

	€	€
Stammkapital	50.000,00	50.000,00
Kapitalrücklage	1.689.387,46	1.689.387,46
Gewinnrücklagen	1.825.083,25	1.822.644,24
Jahresüberschuss	3.515,31	2.439,01
	3.567.986,02	3.564.470,71

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von T€ 97,5 haben sich wie folgt entwickelt (Angaben in T€):

Stand 01.01.2009	146,0
Inanspruchnahme	81,8
Auflösung	45,1
Zuführung	78,4
Stand 31.12.2009	97,5

Die Umsatzerlöse haben sich wie folgt entwickelt (Angaben in T€):

	2009	2008
Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen	2.944,2	2.825,9
Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.008,4	1.007,8
Erträge aus Leistungen Betreuung gemäß §87b SGB XI	105,4	0,0
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	464,1	465,5
Sonstige betriebliche Erträge	202,6	274,3
	4.724,7	4.573,5

Anzahl Belegungstage und Tarifstatistik im Vergleich

Pflege-Stufe	Belegungstage 2009	Tarifstatistik bis 31.08.09	Tarifstatistik ab 01.09.09	Belegungstage 2008	Tarifstatistik 31.12.2008
PSt 1	28.566	60,44 €	61,92 €	27.383	60,44 €
PSt 2	25.626	72,41 €	73,79 €	26.043	72,41 €
PSt 3	9.679	86,78 €	88,13 €	10.358	86,78 €
	63.871			63.784	

Personalentwicklung

	Mitarbeiter	Auszubildende
Bestand 01.01.2009:	104	7
Bestand 31.12.2009:	112	7

Zur Umsetzung der Betreuung von Bewohnern mit eingeschränkter Alltagskompetenz gemäß § 87 b SGB XI wurden ab dem 01.02.2009 8 Mitarbeiter eingestellt.

Die Liquidität war im Wirtschaftsjahr 2009 stets gesichert. Die Kredite wurden planmäßig getilgt.

3. Künftige Entwicklung

Die bestehenden Kapazitäten bleiben auch im kommenden Wirtschaftsjahr 2010 unverändert.

Veränderungen im Personalbestand im Pflege-, Verwaltungs- und Hauswirtschaftsbereich sind derzeit nicht vorgesehen.

Die Tilgung des Darlehens wird auch in den kommenden Jahren planmäßig erfolgen.

Bestandsgefährdende Risiken, die sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken, bestanden am Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 nicht und werden im Wirtschaftsjahr 2010 auch nicht erwartet.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Erträge und der Nichtanerkennung der Tarifbindung im Personalkostenbereich durch die Kostenträger in der Pflegesatzverhandlung wird es weiterhin schwierig werden im Jahr 2010 ein ausgeglichenes Betriebsergebnis zu erzielen.

Anke Saadan
Betriebsleiterin

Neubrandenburg, 31. März 2010

391

STÄDTISCHES PFLEGEHEIM "MAX ADRION", EIGENBETRIEB DER STADT NEUBRANDENBURG, NEUBRANDENBURG
BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2009

AKTIVA

	31.12.2009 €		31.12.2008 €
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		2,00	205,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.944.045,65		7.072.812,65
2. Technische Anlagen	11.704,00		17.249,00
3. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	266.410,44		331.179,44
4. Fahrzeuge	2,00		2,00
		7.222.162,09	7.421.243,09
		7.222.164,09	7.421.448,09
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte	6.948,81		6.508,97
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: € 0.00)	11.665,09		33.021,41
2. Sonstige Vermögensgegenstände - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 0,00 (Vorjahr: € 0,00)	5.081,25		13.431,30
III. Guthaben bei Kreditinstituten, Kassenbestand	1.530.861,76		1.620.442,15
		1.554.556,91	1.673.403,83
C. AUSGLEICHSPOSTEN			
I Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung		342.436,21	342.436,21
		9.119.157,21	9.437.288,13

PASSIVA

	31.12.2009 €		31.12.2008 €
A. EIGENKAPITAL			
I. Stammkapital	50.000,00		50.000,00
II. Kapitalrücklagen	1.689.367,46		1.689.367,46
III. Gewinnrücklagen	1.825.083,25		1.822.644,24
IV. Gewinnvortrag	0,00		0,00
V. Jahresüberschuss	3.515,31		2.439,01
		3.567.986,02	3.564.470,71
B. SONDERPOSTEN AUS ZUSCHÜSSEN UND ZUWEISUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS			
1. Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	3.982.516,00		4.070.106,00
2. Sonderposten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	5,00		5,00
		3.982.521,00	4.070.111,00
C. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Sonstige Rückstellungen		97.500,00	146.000,00
D. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 45.617,58 (Vorjahr: € 57.948,17)	45.617,58		57.948,17
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 71.140,00 (Vorjahr: € 127.865,68)	1.351.345,38		1.479.211,06
3. Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 13.512,98 (Vorjahr: € 38.092,66)	13.512,98		38.092,86
4. Sonstige Verbindlichkeiten - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 60.674,25 (Vorjahr: € 81.395,35)	60.674,25		81.395,35
		1.471.150,19	1.656.647,44
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		0,00	58,98
		9.119.157,21	9.437.288,13

STÄDTISCHES PFLEGEHEIM "MAX ADRION"; EIGENBETRIEB DER STADT NEUBRANDENBURG, NEUBRANDENBURG

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2009

	2009 €	2009 €	2008 €
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß PflegeVG		2.944.177.26	2.825.874,93
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung		1.008.386.25	1.007.833,90
3. Erträge aus Leistungen Betreuung gemäß § 87b SGB XI		105.369.57	-
4. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen		464.137,55	465.548,12
5. Sonstige betriebliche Erträge		202.664,70	274.314,31
		4.724.735.33	4.573.571,26
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	- 2.914.715.47		- 2.769.811,32
b) soziale Abgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	- 675.634.69		- 639.730,78
		- 3.590.350.16	- 3.409.542,10
7. Materialaufwand			
a) Lebensmittel	- 249.922,31		- 284.351,87
b) Aufwendungen für Zusatzleistungen	- 26.986,00		- 27.769,68
c) Wasser, Energie, Brennstoffe	- 243.353.02		- 233.636,32
d) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	- 98.428,59		- 102.919,16
		- 618.689.92	- 648.677,03
8. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen		- 197.377.85	- 195.764,90
9. Steuern, Abgaben, Versicherungen		- 27.720.05	- 28.168,22
Zwischenergebnis		290.597.35	291.419,01
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		87.590.00	87.644,00
11. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		- 205.346.55	- 228.973,27
12. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung		- 147.568.69	- 158.781.16
13. Sonstige ordentliche Aufwendungen		- 4.071.97	- 8.761,35
Zwischenergebnis		21.200.14	- 17.452.77
14. Zinsen und ähnliche Erträge		25.912.62	68.534,48
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		- 43.597.45	- 48.642,70
16. **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**		3.515.31	2.439.01
17. **Jahresüberschuss**		3.515.31	2.439.01

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Städtischen Pflegeheims „Max Adrion", Eigenbetrieb der Stadt Neubrandenburg, Neubrandenburg, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Durch § 15 Abs. 1 KPG wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 15 Abs. 1 KPG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes Städtisches Pflegeheim „Max Adrion". Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Neubrandenburg, den 20.5.

Jäger/Sadenwater
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dipl.-Kfm. Jäger-Sadenwater
Wirtschaftsprüferin

Städtisches Immobilienmanagement

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2009 sank die Arbeitslosenquote laut statistischem Jahrbuch der Stadt Neubrandenburg im Vergleich zum Vorjahr von 17,2 % auf 13,9 % und beziffert sich im Jahresdurchschnitt 2009 auf 4.994 (Vorjahr 5.742) Arbeitslose. Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse am Arbeitsort Neubrandenburg verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,1 % auf 33.489 Beschäftigte und spiegeln den hohen Altersdurchschnitt der Erwerbstätigen wieder.

Neben dieser strukturellen Belebung war die wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebes insbesondere durch die folgenden Rahmenbedingungen geprägt:

- die von der Stadtvertretung am 18. Dezember 2008 beschlossene Haushaltssatzung 2009 sowie der am 28. Mai 2009 beschlossene Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2009 des Eigenbetriebes Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg. Die Haushaltslage der Stadt war nach wie vor außerordentlich angespannt und besonders von der vorläufigen Haushaltsführung geprägt, die bis zur rechtsaufsichtlichen Entscheidung des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern am 09. Oktober 2009 anhielt.
- die weitere Entwicklung des Eigenbetriebes unter Umsetzung bereits gewonnener Erkenntnisse aus den Vorjahren,
- die Erstellung und Prüfung des mit Datum vom 20. Februar 2009 testierten Jahresabschlusses 2007 und des mit Datum vom 09. Dezember 2009 testierten Jahresabschlusses 2008,
- weiterhin steigende Rohstoffpreise, die zu weiter steigenden Energie- und Heizkosten führten und deren Umlage auf die Betriebskosten
- die Auswirkungen der Verwaltungsmodernisierung sowie der Einführung der doppelten Buchführung im Rahmen der Doppik im Kernhaushalt ab 01.01.2008
- die Anpassung des Rechnungswesens an die Anforderungen der neuen Eigenbetriebsverordnung vom 25. Februar 2008 und die damit verbundene Umstrukturierung der Finanzbuchhaltung und des Controllingsystems im Blue Eagle SAP-System.

2. Entwicklung der Branche

Der gesellschaftliche und demographische Strukturwandel in unserem Land hat bereits seit Ende der 90er Jahre gravierende Auswirkungen auch auf die Immobilienmärkte. In den meisten Regionen, so auch in Neubrandenburg und Umgebung, haben wir es nicht mehr mit Wachstum, sondern zum Teil mit einem extremen Schrumpfungsprozess zu tun. Die Entwicklung vom Nachfrage- zum Angebotsmarkt, vom Vermieter- zum Mietermarkt wird sich aufgrund der demographischen Veränderung weiter fortsetzen.

Insgesamt war im Berichtsjahr eine weitere Verringerung der Einwohnerzahl von 65.879 im Jahr 2008 auf 64.961 im Jahr 2009 zu verzeichnen. Im Bereich der Altersgruppe bis unter 18 Jahren wurde allerdings ein leichter Anstieg von 1,4 % verzeichnet, da der Bevölkerungsgröße in diesem Bereich von 7.974 für 2008 im Berichtsjahr ein Wert von 8.085 gegenübersteht. Trotzdem wirkt sich die allgemeine Entwicklung der Bevölkerungsstruktur und die immer größer werdende Anzahl älterer Bevölkerungsgruppen nachhaltig sowohl auf die Nachfrage nach öffentlichen Immobilien (Schul- und Sportbereich) als auch nach durch Dritte nutzbare Immobilien (Kultur) des Eigenbetriebes aus.

3. Umsatz- und Kostenentwicklung

Der Eigenbetrieb Immobilienmanagement ist ein Eigenbetrieb der Stadt Neubrandenburg. Ziel ist und bleibt die effiziente Bereitstellung von öffentlich genutzten Immobilien aller Nutzungsarten (Hochbau, Verkehr, Grün) zur Sicherung der Aufgabenerfüllung der Stadt Neubrandenburg auf einer soliden betriebswirtschaftlichen Basis.

Das Kerngeschäft des Eigenbetriebes Immobilienmanagement ist die Bewirtschaftung des städtischen Immobilienbestandes an öffentlich genutzten Immobilien. Zusätzlich werden vorhandene, an Dritte vermietete oder verpachtete Immobilienbestände bewirtschaftet, die Geodatenbasis der Stadt vorgehalten sowie hoheitliche Aufgaben als Straßenbau-, Vermessungs- und Kataster-, Friedhofs- sowie Jagdbehörde und weitere hoheitliche Einzelaufgaben wahrgenommen. Hinzu kommen diverse Dienstleistungsaufgaben für die öffentliche Verwaltung. Die Bearbeitung von Vermögens- und Restitutionsansprüchen wird im Rahmen des Liegenschaftsmanagements erledigt. Ebenfalls besorgt der Eigenbetrieb Immobilienmanagement das Technische Management für die eigenen Immobilienbestände. Im Geschäftsjahr 2009 wurde als weiteres Geschäftsfeld das Sachgebiet Verwaltungsdienste (Druckerei, Beschaffung, Poststelle und Fahrzeugpool) zum 01. September 2009 übernommen.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden wie im Vorjahr in Umsetzung des Vermieter-Mieter-Modells innerhalb der Verwaltung Nettokaltmieten insbesondere bei Schulen erhoben. Den erhobenen Mieten liegt, wie bei allen durch die Verwaltung genutzten Immobilien eine Kostenkalkulation zugrunde. Eine vollständige Kostendeckung über die kalkulierten Mietpreise wurde insbesondere durch die immer noch fehlende Einbeziehung von Abschreibungen in die Kalkulationen für die städtisch genutzten Immobilien sowie die bisher noch nicht vorgenommene Einbeziehung der Bereiche Straße und Grün in ein mietähnliches Modell nicht erreicht. Aufgrund dieser fehlenden Kalkulationsbestandteile war es dem Eigenbetrieb im Geschäftsjahr wiederum nicht möglich, seine Aufwendungen zu decken, die notwendigen Investitionen mit angemessenen Eigenkapitalanteilen zu finanzieren und eine Rücklage für künftige Investitionen über die vereinnahmten Mietentgelte zu bilden.

397

Zum Bilanzstichtag 31.12.2009 bewirtschaftete der Eigenbetrieb Immobilienmanagement folgende Bestände:

Bezeichnung	Anzahl	Nutzfläche m² (Nettofl.)	Anzahl	Nutzfläche m² (Bruttofl.)
Öffentliche Hochbauten	31.12.2008		31.12.2009	
Schulen	27	62.915	26	61.118
Sportstätten	41	44.177	40	43.037
Kultureinrichtungen	21	24.819	18	22.885
Verwaltungsgebäude incl. Friedhöfe	9	13.244	8	13.003
Feuerwehr	2	5.862	2	5.862
Kinder- / Jugendeinrichtungen	7	10.023	6	9.681
Gepachtete / angemietete Objekte	14	7.663	13	7.016
Buswartehäuschen	116	n/a	116	n/a
Drittgenutzte Hochbauten				
Gewerbe	168	67.905	115	62.620
Garagen	1.095	17.737	1.076	17.430
Gepachtete / angemietete Objekte	1	3.822	1	3.822
Grünflächen	Anzahl	ha	Anzahl	Ha
Kleingärten	6.964	308	6.615	308
Bootsschuppen	488	1	488	1
öffentl. Grünflächen + NSG	n/a	1.529	n/a	1.529
Gewidmete Friedhofsbereiche	3	36	3	36
Gedenkstätten	5	5	5	5
Spielplätze	84	18	83	19
Spielpunkte	7	0,1	7	0,7
Straßen	Anzahl	Km	Anzahl	Km
Bundesstraßen	n/a	0	n/a	0
Landesstraßen	n/a	0,3	n/a	0,3
Kreisstraßen	n/a	8,18	n/a	7,29
Gemeindestraßen	n/a	174,06	n/a	174,95
Gehwege	n/a	254,99	n/a	254,99
Parkplätze	47	2.754	47	2.754
Radwege	n/a	54,88	n/a	54,88
Wanderwege	n/a	38,00	n/a	38,00
Gleise	3	18,40	3	18,40
Seen / Gewässer	Anzahl	ha	Anzahl	Ha
Stege	13	0,36	15	0,37
Bootsliegeflächen	237	1,52	237	1,52
Seen	19 > 1 ha	2.272	19 > 1 ha	2.272
Städtische Wälder	1	950	1	950
Jagdbezirke /Jagdfläche	12	3.250	12	3.250

Im Bereich öffentliche Hochbauten wurde im Berichtsjahr der Schulkomplex Kopernikusstraße 2 an einen privaten Träger verkauft. Im Bereich der Sportstätten wurde in der Kanutrainingsstätte Schillerstraße ein baufälliges Gebäude abgerissen. Die Anzahl der Kultureinrichtungen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr aus der Umgliederung zweier Wiekhäuser und des Brigitte-Reimann-Literaturhauses aufgrund der Drittnutzung in die Gruppe der gewerblichen Vermietungen. Die Verringerung der Anzahl bei der Gruppe Verwaltungsgebäude und Friedhöfe bezieht sich auf den Verkauf eines Werkstattgebäudes im Kulturpark. Die Standorte der Feuerwehr im Mark-

scheiderweg und in der Ziegelbergstraße wurden auch in 2009 durch die Freiwillige und die Berufsfeuerwehr genutzt.

Die ausgewiesenen Kinder- und Jugendeinrichtungen betreffen die Jugendclubs sowie das Objekt Hinterste Mühle. Die ehemalige Kindertagesstätte Lindenstraße 10 wurde im Geschäftsjahr veräußert. Die Veränderung im Bereich der Anmietobjekte beinhaltet die im Berichtsjahr vorgenommene Anmietung der Turnhalle am Anger. Im Weiteren wurde der Anmietvertrag der Ausstellungsfläche Scheune Bollewick gekündigt.

Die Minderungen bei vermieteten Garagen und Kleingärten begründen sich aus Verkäufen und Abrissen im Berichtsjahr. Im Bereich der Spielplätze und Spielpunkte wurden im Berichtsjahr die Spielplätze Jägersteig und Spielboot Tollensee stillgelegt. Durch die Eröffnung des Spielplatzes Hufeisenstraße konnte die Fläche an Spielplätzen aber insgesamt vergrößert werden. Die Länge der Kreisstraßen nahm durch die Umwidmung der Ihlenfelder Straße und der Torgelower Straße geringfügig ab. Die Anzahl der Stege erhöhte sich im Berichtsjahr durch die Bestandszuordnung des Behindertensteges Augustabad und eines Dienststeges Ver- und Entsorgungskai um 2 Bauwerke. Im Bereich Gleise, Seen/ Gewässer und städtische Wälder gab es keine Veränderungen.

Grundlegend wird die Entwicklung des Immobilienbestandes auch weiterhin durch Rückbau und Veräußerung sowie die Umsetzungen des Sportentwicklungskonzeptes und des Schulentwicklungsplanes beeinflusst werden.

Für das Jahr 2009 ergeben sich folgende immobilienbezogenen Erlösstrukturen:

Jahr Angaben	2008	2009
Hochbau öffentlich		
Nutzfläche (qm)	168.703	163.394
Kaltmiete (EUR)	9.019.806	9.915.640
Nebenkosten (EUR)	4.030.825	3.648.770
ø Kaltmiete/Monat/qm (EUR)	4,46	5,06
ø Nebenkosten /Monat/qm (EUR)	1,99	1,86
Hochbau drittgenutzt		
Nutzfläche (qm)	89.465	83.872
Kaltmiete (EUR)	1.532.917	1.496.197
Nebenkosten (EUR)	143.840	179.160
ø Kaltmiete/Monat/qm (EUR)	1,43	1,49
ø Nebenkosten/Monat/qm (EUR)	0,13	0,18
Industriegleisanlagen		
Gleislänge (km)	18,4	18,4
Nutzungsgebühren (EUR)	57.862	130.749
ø Gebühr/Monat/km (EUR)	262,06	592,16

Erlösstruktur / Mieten

Die Kaltmieten wurden bei den durch die Verwaltung bzw. deren nachgeordneten Einrichtungen genutzten Hochbauten auf Kostenbasis und bei drittgenutzten Hochbauten auf Basis marktüblicher Werte erhoben. Für einzelne

öffentliche Immobilien sowie diverse drittgenutzte Objekte sind im Geschäftsjahr Mietanpassungen vorgenommen worden, um sich in diesen Bereichen einem branchenüblichen Miet-Kosten-Niveau anzunähern. Diese Maßnahmen werden in den Folgejahren fortgesetzt.

Durch die im Bereich des öffentlichen Hochbaus im vorangegangenen Geschäftsjahr vorgenommene Einführung einer Kaltmiete, auch für die Schulen, konnten im Berichtsjahr neben der kostendeckenden Umlage der Betriebs- und Nebenkosten auch anfallende Verwaltungs- und Instandhaltungsaufwendungen verursachergerecht dargestellt werden. Dadurch wurden im Gegenzug durch den Eigenbetrieb keine Zuschüsse für diesen Bereich vereinnahmt. Im Bereich der drittgenutzten Hochbauten resultiert die geringe Kaltmiete aus dem großen Anteil vermieteter bzw. verpachteter Garagen, Gärten und Bootsschuppen mit einer geringen Kaltmiete trotz großer Fläche.

Die Nutzungsgebühren für die Industriegleisanlagen konnten durch die Einführung von Trassenentgelten gesteigert und in dem Umfang der tatsächlich anfallenden Kosten angepasst werden. Das in diesem Bereich erzielte Defizit konnte dadurch erheblich verkleinert werden. Aufgrund der branchenspezifischen gesetzlichen Bestimmungen und den begrenzten Abnahmekapazitäten kann aber auch zukünftig in diesem Bereich keine Kostendeckung erzielt werden.

Die Unternehmensbereiche Straße (mit einer Straßenlänge von rd. 182 km) und Grün (mit einer bewirtschafteten Fläche von 2.540 ha) werden im Berichtsjahr durch Zuschüsse der Stadt Neubrandenburg finanziert, die unter der Ertragsposition Sonstige betriebliche Erträge ausgewiesen werden.

Sportförderrichtlinie

Im Geschäftsjahr 2009 wurde die zum 01.01.2007 begonnene Umsetzung der Sportförderrichtlinie weiter konsequent verfolgt und damit die Sportstättennutzung auf ein kostendeckendes Mietmodell umgestellt. Spezielle Nutzer werden nunmehr direkt gefördert. Dabei handelt es sich überwiegend um den Kinder- und Jugendbereich, den Behindertensport und den Leistungssport. Die Höhe der Förderung für die Nutzer ergibt sich dabei aus den Kosten je Stunde der Sporteinrichtung abzüglich des jeweilig festgesetzten Eigenanteils und wird transparent im Budget des zuständigen Fachbereiches 4 der Stadtverwaltung dargestellt.

Gleichzeitig wurde die im vorangegangenen Geschäftsjahr eingeführte Sportdatenbank erweitert. Die Dateneingabe, -pflege und -auswertung wurde im Geschäftsjahr 2009 weiter vorangetrieben und durch neue Programmbestandteile stetig verbessert. Neben der Erfassung der Nutzung der Sporthallen und Sportplätze getrennt nach Nutzer und Stunden werden verschiedene nach Sportstätten oder Benutzergruppen getrennte Auswertungen ermöglicht. Dadurch erfolgt eine genaue Erfassung der Ausnutzung durch Schul- und Vereinssport und Drittnutzern und letztlich eine genaue Kostenbelastung nach Auslastungsgrad. Zusätzlich können kurzfristige, meist stundenweise Nutzungen, gleichfalls im System erfasst werden. Kostspielige Fehlauslastungen der Vorjahre konnten dadurch verringert, das Kostenbewusstsein der Nutzer erhöht und somit ein gezielter Umgang mit der Inanspruchnahme der Vermietungsleistung gefördert werden.

400

Gebäudemanagement

Im Landesvergleich Mecklenburg-Vorpommern zeigt die Stadt Neubrandenburg ein durch den Eigenbetrieb sehr gut geführtes Gebäudemanagement. Dies wurde zuletzt in der vorgelegten Studie des Institutes für angewandte Informatik im Bauwesen e.V. Wismar in Zusammenarbeit mit der Hochschule Wismar (gefördert durch das Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern) aufgrund von erhobenen Daten aus dem Berichtsjahr 2007 mit Stand vom November 2008 bestätigt. Die Studie wies den Zusammenhang zwischen den Kosten und der Organisation der Gebäudebewirtschaftung nach und beschäftigte sich eingehend mit den zugrundeliegenden Prozessen. Im Ergebnis wurde der Stadt Neubrandenburg der professionellste Organisationsstand aller Beteiligten bescheinigt. Durch das vorhandene gute Gebäudemanagement wurden vor allem Einsparungspotentiale bei den Kosten genutzt. Im Städtevergleich zeigte Neubrandenburg in den Bereichen Instandhaltung und Bauunterhaltung sowie Reinigungsbewirtschaftung sehr niedrige Kosten. Im Bereich des Energiemanagements konnte auf ein zentrales Energiemanagement und ein fortgeschrittenes Vertragsmanagement verwiesen werden.

Damit konnte der Nachweis erbracht werden, dass sich, beginnend mit rein organisatorischen Maßnahmen, das Immobilienmanagement nachhaltig verbessern lässt. Alle bisherigen Schwachstellen, bspw. die dezentralen Strukturen, unbekannte Geschäftsprozesse, fehlende geeignete Softwarelösungen, schlechte Konditionen bei externen Dienstleistern durch mangelndes Vertragsmanagement, Reinigungsbewirtschaftung, Energiemanagement und wirkliche Kostenkontrolle konnten mit bzw. infolge der Eigenbetriebsbildung beseitigt werden. Es wurden transparente und verbesserte Abläufe und Strukturen geschaffen, Steuerungsmöglichkeiten entwickelt, Kostentransparenz geschaffen und bereits nachhaltige Kosteneinsparungen erzielt. Auf dieser Basis wird weiter gearbeitet und nach weiteren Möglichkeiten gesucht, das wirtschaftliche Ergebnis weiter nachhaltig zu verbessern. Insgesamt hat sich die Zentralisierung unter kaufmännischen Bedingungen bereits als ein erfolgreiches Modell für die Immobilienbewirtschaftung erwiesen.

Energiekosten

Im Geschäftsjahr 2009 setzte sich der Anstieg der Energiekosten aufgrund der lang anhaltenden strengen Witterung aber auch der gestiegenen Weltmarktpreise fort. Vor allem im Bereich der Fernwärme war eine erneute Steigerung von rund 25% im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Bereits in 2007 hatten die Preissteigerungen je Abrechnungseinheit von 2006 zu 2007 für das Medium Strom 17% und für die Fernwärme 31% betragen und setzten sich im Jahr 2008 mit Steigerungen von rund 10 % fort.

Um die Auswirkungen dieser direkten Preissteigerungen durch Umlage auf die Betriebskosten und somit auf den städtischen Haushalt zu verringern, wurden bereits in 2007 umfangreiche Vertragsverhandlungen zu einer Rahmenvertragsvereinbarung für den Strombezug geführt. Die Verhandlungen führten dazu, dass nunmehr alle städtischen Abnahmestellen sowie genau bestimmte Abnahmestellen solcher Verbraucher, die vollständig oder überwiegend von der Stadt alimentiert werden (überwiegend gemeinnützige Vereine), in den einheitlichen Rahmenvertrag Strom aufgenommen werden, der im Eigenverbrauch der Stadt abgerechnet wird. Der Vertrag trat zum 1.1.2007 in Kraft.

Weitere langwierige Verhandlungen wurden gleichzeitig zu den Bezugskonditionen für Fernwärme geführt, in deren Folge das Erhöhungsverlangen des Versorgers auf insgesamt vier Jahre schrittweise verteilt werden konnte. Zusätzlich wurden die ursprünglich vom Versorger vorgesehenen künftigen Preisbestimmungsklauseln in ihrer Wirkung abgeflacht.

401

Tatsächlich entstandene Aufwendungen, insbesondere durch Veränderungen in den Abnahmezahlen und witterungsbedingte Auflagen können jedoch durch den Eigenbetrieb nicht direkt beeinflusst werden und sind auch durch den Nutzer nur schwer absehbar.

4. Investitionen

Die wirtschaftliche Situation des Eigenbetriebes war, wie bereits im Vorjahr, von der außerordentlich angespannten Haushaltslage der Stadt Neubrandenburg geprägt. Dies führte wiederum zu einer über das gesamte Berichtsjahr andauernden Einschränkung der Investitionstätigkeit. Notwendige Instandhaltungsmaßnahmen wurden lediglich im Rahmen unaufschiebbarer Arbeiten und in Einhaltung von baurechtlichen Vorschriften getätigt. Eine branchenübliche zumindest werterhaltende laufende Instandhaltung konnte aus diesen Gründen nicht gewährleistet werden. Gleichermaßen konnten aufgrund der Immobiliensubstanz notwendige Neu- und Umbauten nicht im betriebswirtschaftlich sinnvollen Rahmen durchgeführt werden. Diese fehlenden Großinvestitionen führen wiederum zu einem erhöhten Instandhaltungsbedarf, der letztendlich in einem Substanzverzehr und damit einer Wertminderung des Immobilienbestandes mündet. So stiegen die Instandhaltungsaufwendungen in den ersten Geschäftsjahren von TEUR 1.989,3 (2005) auf TEUR 2.198,5 (2006) und TEUR 2.559,3 in 2007. Auch im Berichtsjahr 2009 war ein weiterer Anstieg auf TEUR 3.269,4 von TEUR 2.605,1 im Jahr 2008 zu verzeichnen. Diese Entwicklung halten wir nach wie vor für außerordentlich bedenklich.

Insbesondere bei den Schulen wurden dadurch nur dringend notwendige Tätigkeiten zur Havariebeseitigung durchgeführt. Um die Diskrepanz zwischen betriebswirtschaftlich sinnvollen Investitionen und knappen Haushaltsmitteln zu verdeutlichen, wurden im Rahmen der Berichterstattung an das Innenministerium Mecklenburg-

Vorpommern (Berichterstattung über die erzielten wirtschaftlichen Verbesserungen sowie über die sich aus der Betriebsform ergebenden Vorteile und gegebenenfalls Nachteile des Eigenbetriebes Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg 2007, Stand Juni 2008) jeweils vier bereits modernisierte bzw. neugebaute Schulen mit vier unsanierten Objekten verglichen. Die Gegenüberstellung zeigt einen Anteil für Instandhaltungskosten von 12 % an aufgewendeten Kapitalkosten für Neuinvestitionen (bezogen auf die Fläche des Objektes). Legt man anstelle der durchgeführten marginalen Instandhaltung eine sonst marktübliche substanzerhaltende Instandhaltung zu Grunde, würde sich dieser Anteil erheblich erhöhen.

Folgende wesentliche Investitionen (ohne Instandhaltungsaufwendungen) wurden in 2009 beendet:

in TEUR	
Straßenbaumaßnahmen	585,2
Schulen	5.077,9
Spiel- und Freizeitanlagen	317,0
Hochbaumaßnahmen	2.084,5
Marktplatz	4.313,3
Sonstige	193,5
Gesamtergebnis	12.571,4

Davon betreffen TEUR 5.623,8 Baumaßnahmen, die über die Kommunale Entwicklungsgesellschaft mbH (KEG) realisiert wurden. Weitere enthaltene TEUR 78,9 beziffern im Geschäftsjahr vorgenommene nachträgliche Aktivierungen aus der Eigentumsübertragung auf den Eigenbetrieb zum 01. Januar 2005.

Für in Durchführung befindliche Investitionsmaßnahmen wurden aufgewendet:

in TEUR	
Sonstige Maßnahmen	135,3
Schulen	2.627,4
Sportstätten	91,9
Straßenbaumaßnahmen	298,5
Gesamtergebnis	3.153,1

Die Auftragsvergabe erfolgte ordnungsgemäß auf Grundlage der Vergabeordnung der Stadt Neubrandenburg unter Einbeziehung der Vergabestelle der Stadt. Dabei wurden neben öffentlichen und beschränkten Ausschreibungen auch freihändige Vergaben vorgenommen.

Instandhaltungsaufwendungen wurden in folgender Höhe erbracht:

in TEUR	
Hochbau	1.165,0
Straßen	1.003,4
Gleise/Parkplätze/Sonstiges	111,7
Grün	989,3
Gesamtergebnis	3.269,4

5. Personal- und Sozialbereich

Der Personalbestand von 194 Mitarbeitern zum Jahresende 2008 sank im Berichtszeitraum um weitere 3 Mitarbeiter auf 191 Mitarbeiter zum 31. Dezember 2009. Trotz der Übernahme von 9 Mitarbeitern aus dem Sachgebiet Verwaltungsdienste der Kernverwaltung erfolgte im Vergleich zum Vorjahr ein weiterer Stellenabbau. Der Stellenabbau wurde im Wesentlichen durch altersbedingtes Ausscheiden bzw. im Rahmen der abgeschlossenen Altersteilzeitverträge und der Nichtwiederbesetzung freiwerdender Stellen erreicht. Der Personalbestand zum 31.12.2009 gliedert sich in:

Abteilung	Anzahl der MA 31.12.2008	Anzahl der MA 31.12.2009	Differenz 2009 – 2008
Betriebsleitung	2	2	0
Beschäftigte (ohne Betriebsleitung)	185	183	-2
Beamte (ohne Betriebsleitung)	7	6	-1
Gesamt	**194**	**191**	**-3**

Angaben gemäß dem Grundwerk des Landesrechnungshofes Mecklenburg-Vorpommern (Stand vom 27. Mai 2010) zu branchenspezifischen Kennzahlen, wie Anzahl der Mitarbeiter je Verwaltungseinheit bzw. vermietete Wohneinheit wurden aufgrund der fehlenden Aussagekraft nicht gebildet. Der Vermietungsbestand setzt sich im Eigenbetrieb nicht homogen aus Gebäudemieteinheiten zusammen, sondern umfasst verschiedene Nutzungen mit unterschiedlichen Größen- und Flächeneinheiten, wie Straßen, Plätze, Wald- und Seenflächen und Gleise. Die Bildung der benannten Kennzahlen führt daher zu keinen plausiblen Aussagen.

405

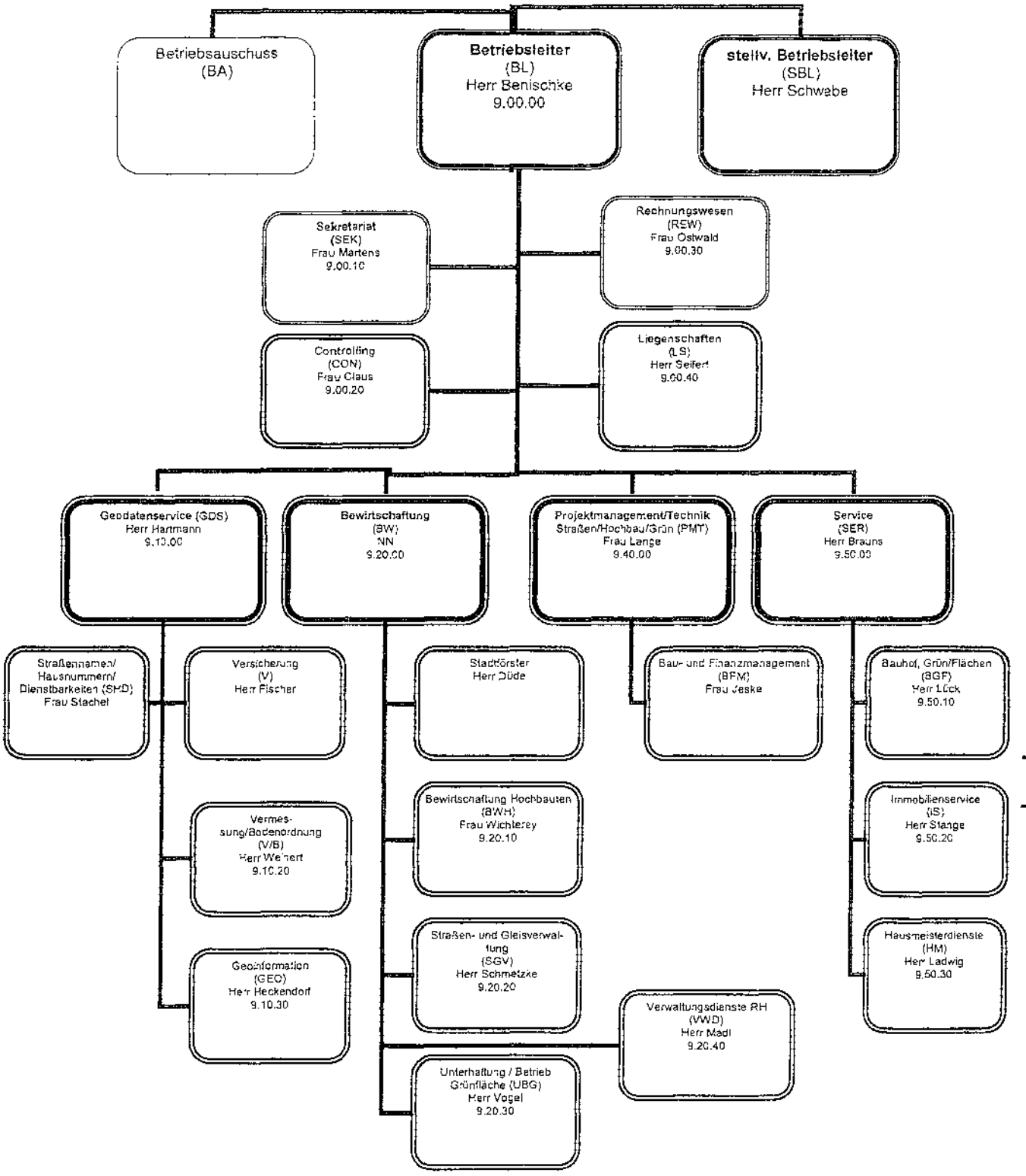
Die Organisation des Eigenbetriebes ist aus nachfolgendem Organigramm erkennbar. Wie im Vorjahr stand im Geschäftsjahr 2009 ein effektives Kostenmanagement, dazu gehört die Senkung der Personalkosten, und die effiziente Gestaltung der innerbetrieblichen Leistungen und Prozesse verbunden mit der Senkung der Immobilienbewirtschaftungskosten im Vordergrund.

Daher wurde auf Grundlage der externen Organisationsuntersuchung der Petersen & Co GmbH Unternehmensberatung für öffentliche Verwaltungen und Betriebe vom Januar 2009 die Stabstelle Liegenschaften aus dem bisherigen Sachgebiet Liegenschaften/Geodatenservice herausgelöst und der Betriebsleitung angegliedert.

Im Weiteren wurde zum 01. August 2009 das Sachgebiet Verwaltungsdienste mit 9 Mitarbeitern im Zuge einer Reorganisation in der Kernverwaltung von dieser übernommen. Das Sachgebiet beinhaltet die Abteilungen Beschaffung, Druckerei, Poststelle und Fahrzeugpool.

Eigenbetrieb Immobilienmanagement

(Stand 31.12.2009)



404

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Im Berichtsjahr wurden im Zuge Einführung der Doppik im Kernhaushalt und der Erstellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Neubrandenburg zum 01.01.2008 umfangreiche Abstimmungen über die Zuordnungen von Grundstücken und Gebäuden zu Sonderbetriebsvermögen vorgenommen. In der Folge wurden in Darstellung eines korrekten Vermögensausweises planmäßige und außerplanmäßige Auflösungen von Rückstellungen für D4-Vermögen in Höhe von TEUR 5.684 vorgenommen.

Im Weiteren wurde im Berichtsjahr das Risiko zukünftiger Zahlungen aufgrund geänderter Eigentumsverhältnisse durch die Bildung einer Rückstellung für Entschädigungszahlungen in Höhe von TEUR 1.403 berücksichtigt. Im Zuge der fortlaufenden Überprüfung des Bundes zur Zuordnung von Flächen im Land Mecklenburg-Vorpommern kann es zu Entschädigungszahlungen von erzielten Kaufpreisen bei bereits veräußerten Liegenschaften kommen, da die vollständige Zuordnung der Grundstücke der Stadt Neubrandenburg noch nicht erfolgt ist.

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

	31.12.2009		31.12.2008		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen						
mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	343.792	97	338.667	96	5.125	2
kurzfristig gebundenes Vermögen	11.082	3	15.206	4	-4.124	-27
Gesamtvermögen	**354.874**	**100**	**353.873**	**100**	**1.001**	**0**
Schulden						
mittel- und langfristiges Fremdkapital	134.870	38	136.111	38	-1.241	-1
kurzfristiges Fremdkapital	16.377	5	15.340	4	1.037	7
Eigenkapital	203.627	57	202.422	58	1.205	1
Gesamtkapital	**354.874**	**100**	**353.873**	**100**	**1.001**	**0**

Im Geschäftsjahr 2009 hat sich die Bilanzsumme gegenüber der Vorjahresbilanz um TEUR 1.001 (unter 1 %) erhöht. Das Eigenkapital mit einem Anteil von 57 % (VJ: 58 %) an der Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber der Vorjahresbilanz um TEUR 1.205. Die nicht erwirtschafteten Abschreibungen haben wesentlich zum Jahresverlust und damit zum Vermögensverzehr geführt.

Die Analyse der Vermögens- und Kapitalstruktur zeigt, dass das mittel- und langfristige Vermögen zu 99 % (VJ: 100 %) durch Eigenkapital und mittel- und langfristiges Fremdkapital finanziert ist. Die Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebes kann mit 57 % (Vorjahr 58 %) als solide betrachtet werden. Der Verschuldungskoeffizient des Eigenbetriebes liegt zum Jahresabschluss 2009 bei 74 % (Vorjahr: 75 %).

2. Finanzlage

Die folgende Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick über die Geldmittelzu- und –abflüsse des Eigenbetriebes:

		2009 TEUR	2008 TEUR	Veränderung TEUR
I.	**Laufende Geschäftstätigkeit**			
	Jahresergebnis	-3.523	-2.321	-1.202
+	Abschreibungen Anlagevermögen	8.548	8.862	-314
-	Sonstige nicht zahlungswirksame Vorgänge	-128	-312	184
-/+	Ab-/Zunahme langfristiger Rückstellungen	-4.166	453	-4.619
-	Auflösung des Sonderpostens	-3.138	-3.265	127
=	**Cashflow**	**-2.407**	**3.417**	**-5.824**
+/-	Zu-/Abnahme kurzfristiger Rückstellungen	-69	-3.303	3.234
+/-	Verlust/Gewinn aus Anlageabgängen	1.410	1.075	335
+/-	Ab-/Zunahme sonstige Aktiva	1.385	2.047	-662
+	Zunahme sonstige Passiva	769	994	-225
=	Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	*1.088*	*4.230*	*-3.142*
-	planmäßige Tilgung	-3.074	-2.401	-673
=	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit nach planmäßiger Tilgung**	**-1.986**	**1.829**	**-3.815**
II.	**Investitionsbereich**			
	Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	636	4.177	-3.541
-	Auszahlungen für Sachanlageinvestitionen und immaterielle Vermögensgegenstände	-12.944	-20.677	7.733
-	Sacheinlage der Stadt	-2.780	-2.955	175
=	**Cashflow aus Investitionstätigkeit**	**-15.088**	**-19.455**	**4.367**
III.	**Finanzierungsbereich**			
	Umfinanzierung Rückstellungen	0	-7.176	7.176
	Valutierung von Darlehen	4.922	12.415	-7.493
+	Kapitalerhöhung	3.315	6.117	-2.802
+	Veränderung Sonderposten	5.963	9.637	-3.674
=	**Cashflow aus Finanzierungstätigkeit**	**14.200**	**20.993**	**-6.793**
IV.	**Veränderung Geldbestand**			
	zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds per 31.12.	-2.874	3.367	-6.241
+	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	7.893	4.526	3.367
=	**Finanzmittelbestand am Ende der Periode**	**5.019**	**7.893**	**-2.874**

Die Liquidität des Eigenbetriebes hat sich zum Stichtag 31.12.2009 auf TEUR 5.019 (VJ: TEUR 7.893) verringert. Der aus der Kapitalflussrechnung ermittelte Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug 1.088. TEUR (VJ: TEUR 4.230). Die Investitionen wurden durch Außenfinanzierungsmittel einschließlich Zuschüsse sowie durch Verkäufe von Gegenständen des Anlagevermögens gedeckt.

3. Ertragslage

Der Jahresfehlbetrag 2009 beträgt TEUR 3.522,5 (Vorjahr TEUR – 2.321,4).

Nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen stellt sich für das Geschäftsjahr 2009 folgende Ergebnisentwicklung dar:

	2009 TEUR	2008 TEUR	Veränderung TEUR
Betriebsergebnis	-9.881,3	-8.577,0	-1.304,3
Beteiligungsergebnis	563,4	494,0	69,4
Finanzergebnis	142,6	116,9	25,7
Neutrales Ergebnis	5.652,8	5.644,7	8,1
	-3.522,5	**-2.321,4**	-1.201,1

Die Erhöhung des Jahresfehlbetrages im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von TEUR 1.201,1 bezieht sich auf die im Betriebsergebnis enthaltene Erhöhung der Materialaufwendungen, insbesondere durch höhere Instandhaltungen für Straßen und höhere Aufwendungen für Straßen- und Winterdienst im Vergleich zum Vorjahr.

407

Die Spartenrechnung stellt folgendes Bild dar:

	Abteilungen-Sachgebiete	Sparten					Eigenbetrieb
		Grün	Straßen	Hochbauten	Hochbauten	Anschluss-Bahnen	Gesamt
		BVG-UBG	BVG-UBS	Vermietung Dritte	interne MV		
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1.	Personalkosten	1.040	391	0	2.180	57	3.668
1.1.	Umlage PK - Hilfsbereiche	567	992	113	1.133	28	2.833
1.2.	Overheadumlage	261	457	52	522	13	1.305
2.	Sachkosten	668	5.412	1.196	5.533	116	12.925
2.1.	Umlage SK - Verwaltung	705	1.233	141	1.410	35	3.524
2.2.	Umlage Sachkosten - Hilfsbereiche	116	204	23	233	6	582
3.	Betriebskosten	128	757	280	5.252	1	6.418
3.1.	Umlage BK - Verwaltung	0	0	0	0	0	0
3.2.	Umlage BK - Hilfsbereiche	1	1	0	1	0	3
4.	Instandhaltung	974	1.016	124	564	87	2.765
4.1.	Umlage Instandhaltung – Verwaltung	4	7	1	8	0	20
4.2.	Umlage Instandhaltung – Hilfsbereiche	0	1	0	1	0	2
	Summe Kosten	**4.464**	**10.471**	**1.930**	**16.837**	**343**	**34.045**
5.	Erträge von Dritten	1.691	5.588	1.822	0	178	9.279
6.	sonstige Erträge	0	0	0	14.546	0	14.546
6.1.	Umlage Erlöse - Verwaltung	182	319	36	364	9	910
6.2.	Umlage Erlöse - Hilfsbereiche	27	47	5	54	2	135
	Erträge insgesamt	**1.900**	**5.954**	**1.863**	**14.964**	**189**	**24.870**
	Entgeltdeckungsgrad (%)	37,9	53,4	94,4	86,4	52,1	27,3
	Kostendeckungsgrad (%)	42,6	56,9	96,5	88,9	55,1	73,1
7.	**Ergebnis ohne neutrales Ergebnis**	**-2.564**	**-4.517**	**-67**	**-1.873**	**-154**	**-9.175**
8.	**Neutrales Ergebnis**						**5.653**
	Jahresfehlbetrag						**-3.522**

Die Spartenrechnung zeigt unter Umlage von Personal- und Betriebskosten der Hilfsbereiche (wie Verwaltung und Service) den Anteil der produktiven Sparten am Betriebsergebnis (incl. Beteiligungsergebnis und Finanzergebnis) des Geschäftsjahres. Unter Hinzurechnung des Neutralen Ergebnisses, welches aufgrund der Verursachung durch das Gesamtunternehmen nicht auf die einzelnen Sparten aufgeteilt wurde, ergibt sich der Jahresfehlbetrag des Eigenbetriebes.

Gemäß den Anforderungen der Eigenbetriebsverordnung in der aktuellen Fassung vom 25. Februar 2008 werden ab dem Geschäftsjahr 2010 die bisherigen Sparten zu zwei Bereichen zusammengefasst. Der Bereich Hochbau enthält die Bereiche interne Vermietung und Vermietung an Dritte. Der Bereich Straße/ Grün umfasst die Sparten Grün, Straßen und Anschlussbahnen. Die Bereichsrechnung zeigt damit:

		Eigenbetrieb		
		Hochbau	Straßen	Gesamt
		Interne Vermietung, Vermietung Dritte	Grün, Straßen, Anschlussbahnen	
		TEUR	TEUR	TEUR
1.	Personalkosten	2.180	1.488	3.668
1.1.	Umlage PK - Hilfsbereiche	1.246	1.587	2.833
1.2.	Overheadumlage	574	731	1.305
2.	Sachkosten	6.729	6.196	12.925
2.1.	Umlage SK - Verwaltung	1.551	1.973	3.524
2.2.	Umlage Sachkosten - Hilfsbereiche	256	326	582
3.	Betriebskosten	5.532	886	6.418
3.1.	Umlage BK - Verwaltung	0	0	0
3.2.	Umlage BK - Hilfsbereiche	1	2	3
4.	Instandhaltung	688	2.077	2.765
4.1.	Umlage Instandhaltung – Verwaltung	9	11	20
4.2.	Umlage Instandhaltung – Hilfsbereiche	1	1	2
	Summe Kosten	**18.767**	**15.278**	**34.045**
5.+6.	Erträge von Dritten und Sonstige Erträge	16.368	7.457	23.825
6.1.	Umlage Erlöse - Verwaltung	400	510	910
6.2.	Umlage Erlöse - Hilfsbereiche	59	76	135
	Erträge insgesamt	**16.827**	**8.043**	**24.870**
	Entgeltdeckungsgrad (%)	87,2	48,8	27,3
	Kostendeckungsgrad (%)	89,7	52,6	73,1
7.	**Ergebnis ohne neutrales Ergebnis**	**-1.940**	**-7.235**	**-9.175**
8.	**Neutrales Ergebnis**			**5.653**
	Jahresfehlbetrag			**-3.522**

409

Die Gegenüberstellung von Plan und Ist zeigt folgendes Bild:

Betriebswirtschaftliche Gewinn- und Verlustrechnung 2009			
Berichtszeitraum:	Jahresabschluss		
	Plan 2009 TEUR	Ist 2009 TEUR	% zum Plan
1. Umsatzerlöse	16.477	17.229	
2. Bestandsveränderungen	275	381	
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	83	0	
4. Sonstige betriebliche Erträge	13.882	22.372	
Erträge gesamt	**30.717**	**39.982**	**130**
5. Materialaufwand für bezog. Lieferungen und Leistungen	7.663	10.796	
Aufwendungen andere Lieferungen und Leistungen	0	932	
Rohergebnis	**23.054**	**28.254**	**123**
6. Personalaufwand	7.737	7.899	
7. Abschreibungen	8.785	8.547	
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.822	11.886	
9. Erträge aus Beteiligungen	357	563	
10. Erträge aus and. Wertpapieren/Ausleihungen Finanzanlagen	0	0	
11. Zinserträge	15	143	
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen u. and. Wertpapiere	0	0	
13. Zinsaufwand	3.832	4.028	
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-4.750**	**-3.400**	**72**
15. Außerordentliches Ergebnis	**0**	**0**	
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	121	-2	
17. Sonstige Steuern	46	124	
18. Jahresfehlbetrag	**4.917**	**3.522**	**72**

014

Die Abweichung des geplanten Jahresfehlbetrages zum Jahresergebnis des Geschäftsjahres um TEUR 1.395. resultiert im Wesentlichen aus dem Saldo der Abweichungen der Posten Umsatzerlöse (TEUR 752) Sonstige betriebliche Erträge (TEUR 8.490), Materialaufwand (./. TEUR 4.065) und sonstige betriebliche Aufwendungen (./. TEUR 4.064).

Die hohe Abweichung des Postens sonstige betriebliche Erträge begründet sich vor allem in der Realisierung von Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen sowie aus der Vereinnahmung von Fördermitteln und allgemeinen Investitionszuschüssen (Darstellung Zuführung Sonderposten) die im Planansatz des Geschäftsjahres nicht bzw. nicht vollständig berücksichtigt waren. Der Vereinnahmung von Fördermitteln und allgemeinen Investitionszuschüssen stehen sonstige betriebliche Aufwendungen aus der Einstellung in den Sonderposten in gleicher Höhe gegenüber, die insgesamt keine Auswirkung auf das Jahresergebnis haben und gleichermaßen keinem Planansatz gegenüberstehen.

Der Anstieg der Position Materialaufwand betrifft neben gestiegenen Betriebskosten, insbesondere im Bereich Fernwärme, auch zur GuV abweichende Zuordnungen im Planungsbereich.

III. Risikobericht

Die Betriebsleitung sieht aktuell keine Risiken, die den Bestand des Eigenbetriebes akut gefährden. Zur Sicherung des Vermögens und der dauerhaften Zahlungsfähigkeit wurde 2008 ein Risikofrüherkennungssystem entwickelt und durch einen festgelegten Berichtsturnus an die Betriebsleitung im laufenden Geschäftsbetrieb umgesetzt. Neben der laufenden Berichterstattung im Geschäftsjahr 2009 wurde mit Datum vom 10. September 2010 der Risikobericht für das Geschäftsjahr 2009 erstellt. Wesentliche Risiken stellten im Berichtsjahr die Mehraufwendungen im Bereich Winterdienst und Instandhaltung aufgrund der strengen Witterungsverhältnisse sowie Mindereinnahmen im Bereich Friedhofswesen aufgrund geänderter Nachfragestrukturen im Zusammenhang mit der sich ändernden Friedhofskultur dar. Als Gegenmaßnahmen wurden in Umsetzung des Ergänzungsbeschlusses zum Haushaltsplan der Stadt 2010 vom 03. Juni 2010 für den Bereich Winterdienst und für den Bereich Friedhofswesen neue Gebührensatzungen beschlossen.

Weiterhin wird das Risikomanagement vorrangig durch das Controlling und die unterjährige interne Berichterstattung gesteuert. Außerdem werden externe Beobachtungsbereiche, wie insbesondere die Entwicklung der Stadt und der Region, die rechtlichen Rahmenbedingungen unserer Tätigkeit und des Kapitalmarktes in die Betrachtung einbezogen.

Wirtschaftliche Beziehungen zu nahestehenden Personen im Sinne des § 285 HGB bestanden zum Berichtszeitpunkt und bestehen zum aktuellen Zeitpunkt nur zu üblichen Geschäftsbedingungen. Die Verwaltungsvorschrift der Landesregierung zur Korruptionsbekämpfung wurde allen Mitarbeitern zur Kenntnis gegeben. Jährlich finden Belehrungen auf den unterschiedlichen Mitarbeiterebenen zu diesem Themengebiet statt.

Investitionsentscheidungen werden koordinierend von verantwortlichen Vertretern der jeweiligen Abteilung, grundsätzlich in enger Abstimmung mit den Fachabteilungen und der Kernverwaltung der Stadt Neubrandenburg vorbereitet und durch die Betriebsleitung bzw. abhängig von feststehenden Wertgrenzen durch den Betriebsausschuss bzw. die Stadtvertretung beschlossen.

Risiken aufgrund von Verpflichtungen aus Termingeschäften bestehen nicht. Die Betriebsleitung wird regelmäßig über die Risikolage und gegebenenfalls zu bildende Vorsorgen durch die beauftragten Mitarbeiter unterrichtet. Darüber hinaus wird der Betriebsausschuss gemäß der Vorgabe der Stadtvertretung regelmäßig im Rahmen der Quartalsberichterstattung über den Einsatz entsprechender Sicherungsgeschäfte informiert.

Besondere Risiken könnten in den nächsten Jahren daraus erwachsen,

- dass im Zuge der bereits beschlossenen Kreisgebietsreform Auswirkungen noch nicht absehbar sind, insbesondere bei Vermögensübertragungen von Immobilien im Zuge der Verwaltungsmodernisierung mit ungeklärtem Vermögensausgleich,
- dass die Bevölkerungsentwicklung weiterhin rückläufig ist, so dass die Gefahr weiterer Mindernutzungen besteht,
- dass durch die Haushaltslage der Stadt Neubrandenburg sowie die daraus resultierende Genehmigungspraxis der Kommunalaufsicht selbst notwendige und zukünftig kostenreduzierende Investitionen nicht oder nur zum Teil oder nur zeitverzögert vorgenommen werden können.

Weitere Rückbau- und Abrissmaßnahmen bzw. Veräußerungen werden notwendig, um zu verhindern, dass aus dieser Entwicklung ein Bestandsbedrohungspotenzial für den Eigenbetrieb Immobilienmanagement entsteht.

Im Zuge der Kreisgebietsreform können neben den Risiken aus Vermögensübertragungen auch Chancen erwachsen, deren Auswirkungen aufgrund der möglichen Auslegungen der Vorschriften nicht benannt werden können.

411

IV. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag haben sich nachfolgende wesentliche Vorgänge ergeben:

Der Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2008 wurde von der DOMUS AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft mit Datum vom 09. Dezember 2009 testiert. Die Stadtvertretung Neubrandenburg hat in der 7. Sitzung vom 25. März 2010 den Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes festgestellt. Mit Datum der Niederschrift über die Feststellung des Jahresabschlusses 2008 vom 22. Juli 2010 wurde der Betriebsleitung vom Oberbürgermeister Entlastung erteilt. Die Veröffentlichung erfolgte in der 8. Ausgabe des Stadtanzeigers vom 25. August 2010.

Im Bereich des öffentlichen Hochbaus wurde in 2009 wie in vorangegangenen Geschäftsjahren eine weitere Mietanpassung an das Kostenniveau angestrebt. Eine ausschließliche Kostendeckung über kalkulierte Mietpreise wurde aber durch die immer noch fehlende Zugrundelegung von Abschreibungen innerhalb der Kalkulationen für die städtisch genutzten Immobilien sowie die bisher noch nicht vorgenommene Einbeziehung der Bereiche Straße und Grün in ein mietähnliches Modell nicht erreicht. Aufgrund dieser fehlenden Kalkulationsbestandteile war es dem Eigenbetrieb auch weiterhin nicht möglich, seine Aufwendungen zu decken, die notwendigen Investitionen mit angemessenen Eigenkapitalanteilen zu finanzieren und eine Rücklage für künftige Investitionen über die vereinnahmten Mietentgelte zu bilden. Der erforderliche Finanzbedarf für diese Projekte und damit auch die Liquidität des Unternehmens werden damit auch in den nächsten Jahren nur in Abhängigkeit von der Haushaltslage der Stadt gesichert sein.

Auf Grund der in Vorjahren und auch derzeit noch äußerst angespannten finanziellen Situation der Stadt mussten Investitionen auf die Beendigung begonnener Vorhaben und die Durchführung unaufschiebbarer Maßnahmen im Verkehrs- und Bildungsbereich beschränkt werden. Insbesondere bei den meisten Schulen wurden dadurch nur dringend notwendige Arbeiten zur Havariebeseitigung durchgeführt. Dabei wird in den Folgejahren die o. g. Beschränkung der Investitionstätigkeit zu einem gravierenden Modernisierungsstau und zu Mehraufwendungen in der laufenden Instandhaltung führen.

Die mit Datum vom 25. Februar 2008 erfolgte Änderung der Eigenbetriebsverordnung Mecklenburg-Vorpommern führte im Geschäftsjahr 2009 zu umfangreichen Veränderungen im Rechnungswesen und im Aufbau eines aussagekräftigen Berichtswesens, die auch in den folgenden Jahren getragen werden. Eine Anpassung der Satzung des Eigenbetriebes an die neue Rechtslage ist noch notwendig. Die nach der neuen Rechtslage erforderliche Spartenbildung in die Bereiche Hochbauten und Straße/ Grün sowie die Anforderungen des Finanzamtes an die Rechnungslegung der Betriebe gewerblicher Art führen zur Einführung von 6 zu bisher 3 Buchungskreisen ab dem 01.01.2010. Die Änderungen erfordern neben der kostenintensiven Betreuungsleistung des EDV-Anbieters zur Umstellung des gesamten Blue-Eagle-Systems ein großes Maß an zeitlichem und internem personellen Aufwand. Die Änderungen der Betriebssatzung werden im Wesentlichen die Aufgliederung in die Bereiche Hochbau und Straße/Grün unter Angabe der dazugehörigen Eigenkapitalausstattung betreffen. Die vorgenommene Bereichsbildung wurde mit dem zuständigen Referat des Innenministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern abgestimmt. Sie gilt ebenso für die bereichsbezogene Wirtschaftsplanung (Spartenerfolgspläne, - Finanzpläne und –Investitionspläne) für das Planjahr 2010 sowie die nach Bereichen getrennte Erstellung von Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen ab dem Wirtschaftsjahr 2010.

In der Stadtvertretung vom 09. September 2010 wurde der bisherige stellvertretende Betriebsleiter Herr Dirk Schwabe zum Betriebsleiter des Eigenbetriebes ernannt. Das Arbeitsverhältnis des bisherigen Betriebsleiters Herrn Frank Benischke endete zum 30. Juni 2010.

V. Prognosebericht

Das Unternehmen hält an seinen erklärten Zielen fest,

- den öffentlich genutzten Immobilienbestand effizient zu bewirtschaften und entsprechend der Nachfrage und der finanziellen Spielräume instand zu setzen und zu modernisieren,
- die drittgenutzten Immobilienbestände, soweit nicht betriebsnotwendig, zu veräußern oder zu marktfähigen Konditionen zur Erzielung von Deckungsbeiträgen zu vermarkten,
- die ihm übertragenen weiteren hoheitlichen Aufgaben und Aufgaben im öffentlichen Interesse effektiv zu erledigen.

Von der Betriebsleitung wurde eine Prognoserechnung über die technischen und wirtschaftlichen Restnutzungsdauern der Gebäude und sonstigen Immobilien im Vergleich zu verbleibenden Restlaufzeiten aufgenommener Investitionsdarlehen vorgenommen. Die Analyse zeigt, dass im Zeitpunkt der vollständigen Abschreibung des Immobilienbestandes nach der wirtschaftlichen Nutzungsdauer die darauf entfallenden Darlehensverbindlichkeiten ebenfalls vollständig getilgt sind. Eine Einzelaufstellung des finanzierten Immobilienbestandes zeigt die nachfolgende Übersicht:

Objekt	Restnutzungsdauer in Jahren	Kreditrestlaufzeit in Jahren
Rathaus	36	37
Marienkirche	42	11
KITA – Badstüberstraße	18	39
Oberbachsportzentrum – Schillerstraße	61	17
Sportkomplex Datzeberg - Otto-Reinhardt-Weg	16	22
Sportkomplex Katharinenstraße – Katharinenstraße	46	22
Sportgymnasium --- Lessingstraße	15	22
Sportgymnasium – Schwedenstraße	96	24
Berufliche Schule WH! Turnhalle - Stavener Straße	46	17
Berufliche Schule W&V Rasgrader Straße	29	22
Gesamtschule Mitte – Krämerstraße	44	29
Regionale Schule Mitte – Katharinenstraße	75	17
Grundschule Süd – Seelenbinderstraße	31	21
Sprachheilschule – Baumhaselstraße	26	7
Neuer Friedhof Feierhalle	72	23
Feuerwehr – Ziegelbergstraße	43	31
Schulkomplex Demminer Straße 42	59	31
Schulkomplex Geschwister-Scholl-Straße 14	80	27

Veränderungen der Kreditrestlaufzeiten bei den Objekten resultieren aus der im Geschäftsjahr vorgenommen eindeutigen Zuordnung von mit der Gründung des Eigenbetriebes übernommenen Krediten entsprechend dem angefallenen Investitionsvolumina. Im Vorjahr waren lediglich nur eindeutig zum Investitionsvorhaben zugeordnete Kredite erfasst worden.

Mittel- und langfristig wird die Entwicklung des Eigenbetriebes Immobilienmanagement von der weiter sinkenden Einwohnerzahl in der Stadt Neubrandenburg und ggf. von der Verwaltungsmodernisierung (Verlust der Kreisfreiheit) negativ beeinflusst.

413

Für die mittelfristige Bestandsentwicklung der Immobilien des Eigenbetriebes Immobilienmanagement sind weitere planerische Entscheidungen getroffen. Rückbaumaßnahmen zum Abbau des Leerstandes sind bis zum Jahr 2010 objektbezogen festgelegt. Diese erfolgen in Übereinstimmung mit dem ISEK – Integriertes Stadtentwicklungskonzept für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen –. Parallel dazu wurde für erste Immobilienarten ein entsprechender Modernisierungs-/Sanierungsplan erstellt, welcher Maßnahmen der Bestandsaufwertung enthält.

Derzeit wird in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und anderen städtischen Gesellschaften ein Immobilienverwertungskonzept erarbeitet, um Synergien bei der Vermarktung der Immobilien in verschiedenen Segmenten und auf verschiedenen Angebotsmärkten zu erzielen.

Der erforderliche Finanzbedarf für diese Projekte und damit die Liquidität des Unternehmens werden jedoch nur in Abhängigkeit von der Haushaltslage der Stadt gesichert sein.

Neubrandenburg, den 04. Oktober 2010

Eigenbetrieb Immobilienmanagement, Neubrandenburg

Dirk Schwabe
Betriebsleiter

4/14

Bilanz zum 31. Dezember 2009
Eigenbetrieb Immobilienmanagement, Neubrandenburg

Aktivseite	EURO	EURO	Vorjahr EURO
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände		5.839,15	7.191,74
Sachanlagen			
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	278.391.783,25		275.637.739,95
Grundstücke ohne Bauten	48.996.298,39		46.940.697,19
Gleisanlagen, Streckenausrüstung, Sicherheitsanlagen	558.329,14		573.491,29
Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr	27.798,93		47.127,95
Maschinen und maschinelle Anlagen	2.169.148,59		2.407.987,16
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.064.745,53		625.551,39
Anlagen im Bau	5.004.174,34	336.212.278,17	4.718.627,94
Finanzanlagen			
Beteiligungen		524.590,00	524.590,00
Anlagevermögen gesamt		**336.742.707,32**	**331.483.004,61**
Umlaufvermögen			
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	58.930,88		39.710,60
Unfertige Leistungen	4.096.680,08		3.715.848,56
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	5.661.604,88	9.817.215,84	5.790.160,88
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen aus Vermietung	791.517,61		433.213,41
Forderungen aus Verkauf von Grundstücken	380.082,42		459.401,23
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	86.651,83		1.335.847,31
Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen	415.115,35		389.766,00
Sonstige Vermögensgegenstände	1.600.684,06	3.274.051,27	2.211.093,33
Flüssige Mittel			
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		5.019.210,14	7.893.102,70
Rechnungsabgrenzungsposten		20.891,86	122.051,27
Bilanzsumme		**354.874.076,43**	**353.873.199,90**

415

Passivseite	EURO	EURO	Vorjahr EURO
Eigenkapital			
Stammkapital		10.000.000,00	10.000.000,00
Kapitalrücklage		168.652.548,05	172.863.043,29
Bilanzverlust			
Unverteiltes Jahresergebnis des Vorjahres		-7.525.507,93	-5.204.115,11
Entnahme aus Kapitalrücklage		7.525.507,93	0,00
Jahresfehlbetrag		-3.522,464,33	-2.321.392,82
Eigenkapital gesamt		**175.130.083,72**	**175.337.535,36**
Sonderposten mit Rücklageanteil		56.994.085,23	54.169.360,16
Rückstellungen			
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.686.817,20		1.773.147,60
Steuerrückstellungen	7.267,00		30.277,50
Sonstige Rückstellungen	10.980.990,74	12.675.074,94	15.105.729,16
Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	97.683.347,04		95.956.153,07
Erhaltene Anzahlungen	3.567.066,48		4.348.836,62
Verbindlichkeiten aus Vermietung	0,00		252.609,44
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.997.669,81		6.102.193,70
Sonstige Verbindlichkeiten	725.034,95		691.814,57
davon aus Steuern	(58.686,57)		(64.266,86)
		109.973.118,28	
Rechnungsabgrenzungsposten		101.714,26	105.542,72
Bilanzsumme		**354.874.076,43**	**353.873.199,90**

410

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2009
Eigenbetrieb Immobilienmanagement, Neubrandenburg

			Vorjahr
	EURO	**EURO**	**EURO**
Umsatzerlöse			
a) aus der Hausbewirtschaftung	16.062.133,36		15.490.350,26
b) aus Verkauf von Grundstücken	0,00		13.261,00
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	1.167.197,34	17.229.330,70	1.159.071,47
Veränderung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken sowie unfertigen Leistungen		380.831,52	-712.801,40
Sonstige betriebliche Erträge		22.372.365,33	28.820.308,72
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	10.795.691,98		9.287.037,15
b) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	932.204,30	11.727.896,28	638.361,17
Rohergebnis		**28.254.631,27**	**34.844.791,73**
Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	6.075.559,07		6.156.853,67
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	1.823.816,94	7.899.376,01	2.962.025,87
davon für Altersversorgung	(393.773,50)		(1.497.353,16)
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		8.547.529,12	8.862.431,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen		11.886.245,51	15.716.272,17
Erträge aus Beteiligungen		563.448,35	494.000,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		142.595,83	116.921,18
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		4.028.152,67	3.938.827,76
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		**-3.400.627,86**	**-2.180.697,56**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-1.919,95	30.277,50
Sonstige Steuern		123.756,42	110.417,76
Jahresfehlbetrag		**-3.522.464,33**	**-2.321.392,82**
Unverteiltes Jahresergebnis des Vorjahres		**-7.525.507,93**	**-5.204.115,11**
Entnahme aus Kapitalrücklagen		**7.525.507,93**	**0,00**
Bilanzverlust		**-3.522.464,33**	**-7.525.507,93**

417

F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

81 Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 29. Oktober 2010 den folgenden mit einem Hinweis zu den wirtschaftlichen Verhältnissen versehenen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

> „Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des
>
> **Eigenbetrieb Immobilienmanagement, Neubrandenburg,**
>
> für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Durch § 13 Abs. 3 KPG M-V n. F. wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes abzugeben.
>
> Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 Abs. 3 KPG M-V n. F. unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für

8/4

die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes geben nach unserer Beurteilung in Hinblick auf die nicht zufriedenstellende Ertragskraft sowie gemäß vorliegender Finanzplanung unzureichende Sicherstellung der mittelfristigen Liquidität Anlass zu wesentlichen Beanstandungen."

Schwerin, den 29. Oktober 2010

DOMUS AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Zweigniederlassung Schwerin

Kobarg
Wirtschaftsprüfer

Fietzek
Wirtschaftsprüfer

419

Herausgeber:

Stadt Neubrandenburg
Der Oberbürgermeister

Friedrich-Engels-Ring 53
17033 Neubrandenburg

www.neubrandenburg.de
stadt@neubrandenburg.de